

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1974

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



Herausgeber Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

INHALT

Bevölkerungsentwicklung 1973

- 259 Im Jahre 1973 konnte Rheinland-Pfalz noch eine ansteigende Wohnbevölkerungszahl verzeichnen, doch nehmen die Zuwachsraten seit 1969 ständig ab. Die Entwicklung des letzten Quartals läßt für die Zukunft einen Rückgang der Wohnbevölkerung erwarten.
-

Berufsstruktur

- 262 Eine Hauptaufgabe der Volkszählung ist die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem ausgeübten Beruf. Die Frage nach dem ausgeübten Beruf wurde allerdings nur in dem repräsentativen Erhebungsteil gestellt, der 10% der Bevölkerung erfaßte, da regionale Angaben über die Berufsstruktur nicht benötigt werden.
-

Hallen- und Freibäder 1974

- 267 Als erster Schritt zur Erstellung von Sportstätten-Leitplänen wurde eine Bestandserhebung über Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen 1974 durchgeführt. Die ersten Ergebnisse über Hallen- und Freibäder liegen vor.
-

Weinbau 1972

- 270 In Rheinland-Pfalz, mit knapp drei Vierteln der Rebfläche das mit Abstand größte Weinbauland der Bundesrepublik, entfiel im Wirtschaftsjahr 1972/73 knapp ein Drittel des Produktionswertes der Landwirtschaft allein auf den Weinbau. Die Ergebnisse von Strukturuntersuchungen in diesem Bereich des Sonderkulturanbaues sind daher gerade für unser Land von besonderer Bedeutung.
-

Umsätze nach Größenklassen und Verwaltungsbezirken 1972

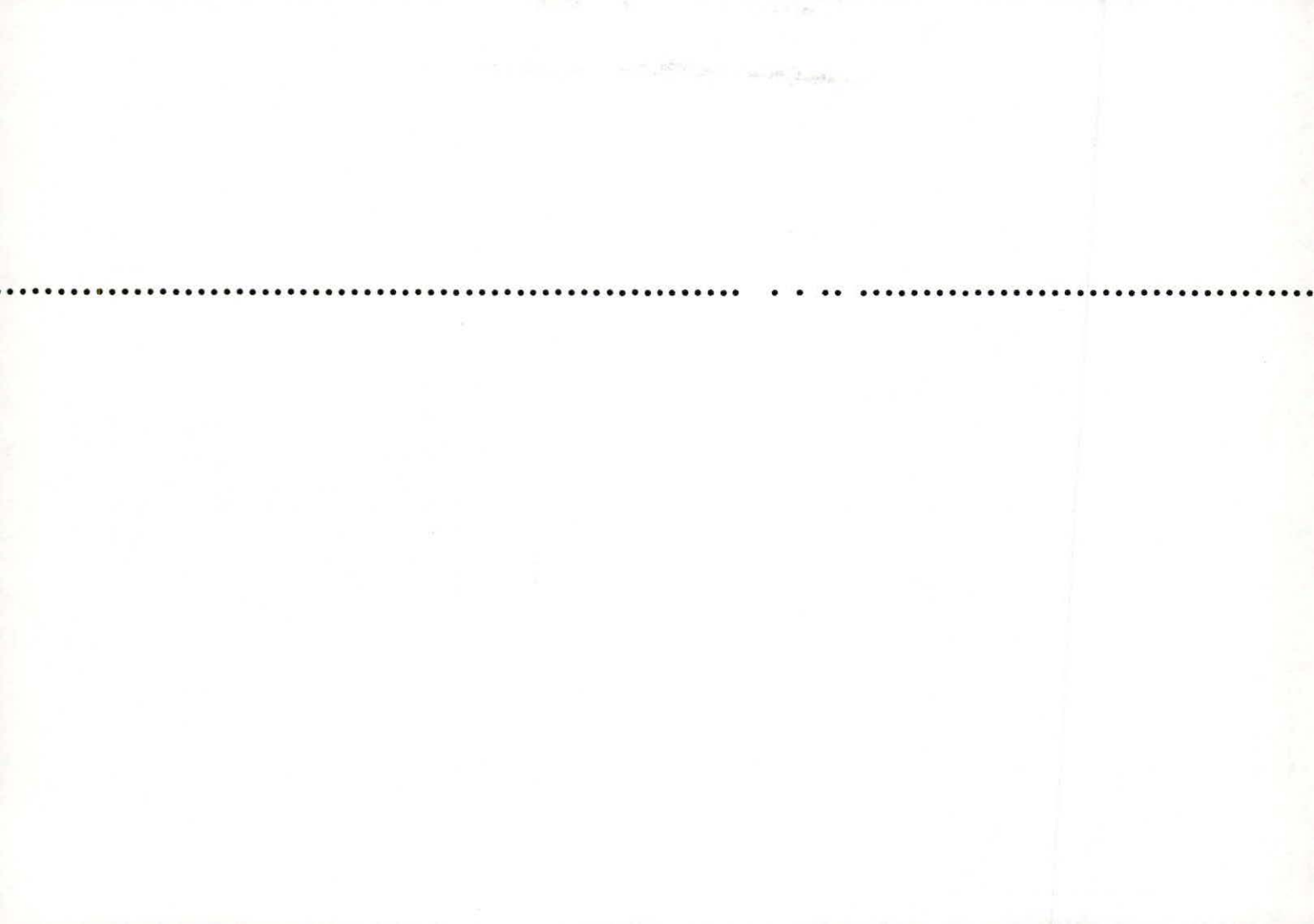
- 275 Neben Bilanzsumme und Beschäftigtenzahl dient nicht zuletzt die Umsatzhöhe als Maßstab zur Beurteilung der Größe von Unternehmen. Dementsprechend gibt die Gliederung der Umsatzsteuerpflichtigen nach Umsatzgrößenklassen Aufschluß über die Größenstruktur der gewerblichen Wirtschaft. Der vorliegende Beitrag enthält außerdem eine Darstellung der Steuerpflichtigen und ihrer Umsätze nach Verwaltungsbezirken.
-

Hochbautätigkeit 1973

- 280 Die vor Jahresfrist für 1973 aufgestellte Prognose eines neuen Rekordergebnisses fertiggestellter Wohnungen hat sich als nahezu exakt zutreffend erwiesen. Das konjunkturbedingte Bemühen um Drosselung des Wohnungsbaus wird sich erst im Ergebnis der Baufertigstellungen 1974 auswirken, wobei sowohl die Aussetzung der Steuervergünstigungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes als auch das hohe Zinsniveau und der fortschreitende Preisanstieg den Markt beeinflussen.
-

Anhang

- 81* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-



B e r i c h t i g u n g

Statistisches Monatsheft September 1974, Seite 231, Textübersicht "Schüler der Abschlußklassen 1974 nach Hochschulart und Studienbeginn".

Eine nachträgliche ländereinheitliche Programmumstellung hat zu kleineren Veränderungen in der Gliederung der Abiturienten nach Hochschularten geführt. Wir bitten, die Textübersicht auf Seite 231 mit der beigegeführten korrigierten Tabelle zu überkleben.

Schüler der Abschlußklassen 1974 nach Hochschulart und Studienbeginn

Studienabsicht Hochschulart	Schüler				Beabsichtigte Studienaufnahme im							
	insgesamt		männ- lich	weib- lich	SS 1974	WS 1974/75	SS 1975	WS 1975/76	SS 1976	WS 1976/77	SS 1977	später und ohne Angabe
	Anzahl	%			Anzahl							
Universitäten / Gesamthochschulen	4 810	45,04	3 037	1 773	51	2 984	109	724	264	580	26	72
Philosophisch-theologische und kirchliche Hochschulen	27	0,25	25	2	-	24	1	1	-	-	-	1
Pädagogische Hochschulen / Erziehungswissenschaftliche Hochschulen	681	6,38	187	494	5	564	11	48	19	25	-	9
Kunsthochschulen	39	0,37	14	25	-	27	3	4	3	1	-	1
Fachhochschulen / Ingenieurschulen	2 636	24,68	2 046	590	59	1 908	58	289	76	199	10	37
Hochschulen im Ausland	24	0,22	11	13	-	14	4	2	2	2	-	-
Unentschieden / ohne Angabe der Hochschule	695	6,51	451	244	12	387	31	111	57	78	6	33
Hochschulen insgesamt	8 912	83,45	5 771	3 141	127	5 888	217	1 179	421	885	42	153
Unentschlossene	1 117	10,46	748	369	-	-	-	-	-	-	-	-
Ohne Studienabsicht	651	6,09	297	354	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	10 680	100,0	6 816	3 864	127	5 888	217	1 179	421	885	42	153

Zwei Drittel der Hallenbäder nach 1970 gebaut

Der rheinland-pfälzischen Bevölkerung standen am 1. Juli 1974 für den öffentlichen Schwimm- und Badebetrieb 76 Hallenbäder mit einer Gesamtwasserfläche von 26 021 qm zur Verfügung. Etwas mehr als zwei Drittel dieser Bäder waren 1970 und später erbaut worden. 30 Hallenbäder sind in Kombination mit einem Freibad angelegt, drei Bäder können als sogenannte Allwetterbäder je nach Witterung als Hallen- und als Freibad benutzt werden. 22 Hallenbäder sind neben dem Hauptbecken mit einem Zweitbecken ausgestattet.

An Schulhallenbädern wurden 77 gezählt; 14 davon waren mit einem Hubboden versehen.

Außerdem können 197 Freibäder im Land in Anspruch genommen werden. Gut die Hälfte davon hat mehr als 1 000 qm Wasserfläche. Daneben sind 36 Strandbäder an Badeseen für den öffentlichen Betrieb ausgebaut. Darüber hinaus stehen 22 öffentlich zugängliche Thermal-Kurbäder und 82 Hotelbäder zur Verfügung. ke

Mehr über dieses Thema auf Seite 267

Hohe Rückfallquote unter den Strafgefangenen

Die acht in Rheinland-Pfalz bestehenden Justizvollzugsanstalten verfügten am Jahresende 1973 über insgesamt 3 056 Plätze. Zwei Drittel von diesen waren für eine Einzelunterbringung bestimmt. Den in den Anstalten im Laufe des Jahres 1973 registrierten 19 729 Zugängen standen 16 628 Abgänge gegenüber; beide Zahlen haben sich gegenüber 1973 leicht erhöht. Der Anteil weiblicher Gefangener belief sich auf jeweils weniger als 3%.

Ende März 1974 waren in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 2 060 Strafgefangene untergebracht, darunter elf Frauen. Die Zahl der nichtdeutschen Gefangenen beläuft sich auf 112 Personen. Eine Freiheitsstrafe verbüßten 1 756 Gefangene (1973: 1 664). Bei über der Hälfte dieser Verurteilten beträgt die voraussichtliche Strafdauer mehr als ein Jahr; 51 hatten eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verbüßen. Annähernd vier Fünftel der zu Freiheitsstrafe Verurteilten waren zwischen 21 und 40 Jahre alt. Jugendstrafe wurde an 304 zwischen 14 und unter 25 Jahre alten Delinquenten vollzogen. Unter diesen bildeten die 18- bis 21-jährigen die große Mehrheit. Etwa die Hälfte der Strafgefangenen war ledig, ein Viertel verheiratet und fast ein Fünftel geschieden.

Der Anteil der Vorbestraften (1 499) betrug 79%. Annähernd die Hälfte dieser Personen hatte mehr als fünf Vorstrafen. Von den 1 127 Vorbestraften, welche zuvor bereits eine Freiheits- oder Jugendstrafe verbüßt hatten, wurden etwa zwei Fünftel innerhalb des ersten Jahres nach Entlassung zu einem erneuten Strafantritt eingewiesen. Bei einem weiteren Fünftel waren nach der vorherigen Entlassung schon zwei oder mehr Jahre vergangen.

Rund 45% der am Stichtag Inhaftierten verbüßten eine Freiheits- oder Jugendstrafe wegen Diebstahls oder Unterschlagung. Es folgten die wegen Raub und Erpressung (11,4%), wegen Verbrechen oder Vergehen wider die Sittlichkeit (9%) und wegen Verbrechen oder Vergehen wider das Leben Verurteilten (5,8%). In der letztgenannten Gruppe befanden sich 86 Inhaftierte, denen ein vollendeter oder versuchter Mord nachzuweisen war. Eines Vergehens oder einer Übertretung im Straßenverkehr hatten sich 7% der Eingewiesenen schuldig gemacht.

205 Personen und zwar 196 Männer und 9 Frauen waren aufgrund richterlicher Entscheidung in Anstalten außerhalb der Justizverwaltung (Landesnervenkliniken) untergebracht. zi

Negativer Wanderungssaldo im 1. Halbjahr 1974

Die bereits im letzten Quartal des Jahres 1973 eingetretene Situation, daß die Fortzüge aus Rheinland-Pfalz die Zuzüge überwiegen, hielt auch im ersten Halbjahr 1974 an.

Im ersten Halbjahr 1974 ergaben 47 315 Zuzüge und 49 481 Fortzüge einen Wanderungsverlust von 2 166 Personen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres noch ein Wanderungsgewinn von 9 298 Personen zu verzeichnen war. Infolge rückläufiger Beschäftigungslage war der Wanderungsverlust des zweiten Quartals 1974 viermal so hoch wie der des ersten. Die Ursache dafür ist in dem erstmals negativen Wanderungssaldo mit dem Ausland zu sehen. Besonders aus den sogenannten Gastarbeiterländern sind deutlich weniger Zuzüge zu registrieren, wobei sich gleichzeitig die Fortzüge dorthin stark erhöhen. So ergaben die Wanderungen zwischen unserem Land und der Türkei im ersten Halbjahr 1973 noch einen Wanderungsgewinn von 3 273 Personen, der aber in der ersten Hälfte dieses Jahres auf 257 Personen schrumpfte. Mit Spanien und Jugoslawien errechnet sich sogar ein negativer Wanderungssaldo. Bei den Wanderungen mit dem Ausland insgesamt überwogen die Fortzüge die Zuzüge um 733 Personen, im gleichen Zeitraum des Vorjahres hatte Rheinland-Pfalz noch einen Wanderungsgewinn von 8 958 Personen aus dem Ausland zu verbuchen. Verstärkt wurde diese Erscheinung noch durch den Wanderungsverlust von 1 833 Personen bei den Wanderungen mit den anderen Ländern des Bundesgebietes. Besonders groß war hier mit 1 475 Personen das Wanderungsdefizit gegenüber Hessen, wobei die Frauen mit 919 den Hauptanteil stellten. Ähnliches ist auch bei den negativen Wanderungssalden gegenüber Baden-Württemberg und Bayern festzustellen. ko

Statistischer Landesausschuß in Bad Ems

Im Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz in Bad Ems traf sich am Donnerstag, dem 24. Oktober 1974, der Statistische Landesausschuß zu seiner turnusmäßigen jährlichen Tagung. Aufgabe des Statistischen Landesausschusses ist es, das Statistische Landesamt bei der Durchführung seiner Aufgaben zu beraten, Vorschläge und Anregungen zur Vereinfachung und Verbesserung der Statistik zu unterbreiten sowie zu Entwürfen von Rechtsvorschriften auf dem Gebiet der Statistik gutachtlich Stellung zu nehmen.

Im Ausschuß vertreten sind die Obersten Landesbehörden, Kommunalen Spitzenverbände, Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern, Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, Arbeitnehmerverbände, Landeszentralbank und die Universität Mainz.

Thema der Beratungen waren unter anderem das Arbeitsprogramm der amtlichen Statistik, die statistische Erfassung der Gemeinden in kleinräumlicher Gliederung sowie die jetzt abgeschlossene Drei-Seiten-Rechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Behandelt wurden außerdem die Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, das neue Programm der Personalstatistiken sowie der Entwurf eines Regierungsabkommens der Länder über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Datenbereitstellung und Datenauswertung im Bildungsbereich. ge

Zunahme der Wohnbevölkerung verringert sich

Rheinland-Pfalz konnte im Jahre 1973 ein Anwachsen der Wohnbevölkerung um 7 739 Personen verzeichnen, weil der Gestorbenenüberschuß durch den positiven Wanderungssaldo mehr als ausgeglichen wurde. Die Entwicklung des letzten Quartals läßt aber erwarten, daß für die nähere Zukunft eine Stagnation oder gar ein Rückgang bei der Wohnbevölkerung eintreten wird. Die Gründe sind der anhaltende, ja sogar noch steigende Gestorbenenüberschuß und die erhebliche Abnahme der Zuzüge bei gleichzeitigem Anstieg der Fortzüge. Ursache für den Rückgang des Wanderungsgewinns ist die allgemeine Konjunkturlage, die zu einer Entspannung am Arbeitsmarkt und damit zu einer Verringerung der ausländischen Arbeitskräfte führt. Die Rückkehr der Gastarbeiter mit ihren Familien in die Heimatländer wird ein weiteres Absinken der Geburtenraten zur Folge haben, weil die Frauen dieser Bevölkerungsgruppe eine weit höhere altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer als deutsche Frauen haben. Das wird daran deutlich, daß im vergangenen Jahr 1 000 nichtdeutsche Frauen im gebärfähigen Alter 83 Kinder lebend zur Welt gebracht haben, deutsche Frauen dagegen nur 42 Kinder. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 259

Erhebliche Wandlungen in der Berufsstruktur

Unter den bei der Volkszählung 1970 erfaßten 1 463 900 deutschen Erwerbstätigen bilden die Dienstleistungsberufe (686 990) noch vor den Fertigungsberufen (543 080) die bei weitem größte Gruppe. Die Zahl der Erwerbstätigen in den anderen Berufsbereichen war dagegen sehr viel geringer: Auf die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe entfielen 165 970 Erwerbstätige, auf die technischen Berufe 58 620 und auf die Bergleute und Mineralgewinner 3 280.

Seit 1961 ist die Zahl der Pflanzenbauer und Tierzüchter (— 53,2%) sowie der Bergleute und Mineralgewinner (— 70,7%) zurückgegangen. Die Gründe hierfür sind in der Aufgabe von kleineren bäuerlichen Betrieben, in dem Übergang zu größeren Betriebseinheiten und der damit verbundenen Rationalisierung des Arbeitseinsatzes zu sehen, im zweiten Falle in erster Linie in der Stilllegung des unter den gegebenen Verhältnissen unrentablen Bergbaues in Rheinland-Pfalz. Die Zahl der Erwerbstätigen in den Fertigungsberufen verminderte sich dagegen nur um 4,2%. Wenn die technischen Berufe mit 58,0% den stärksten Zuwachs aufweisen, so ist dies dadurch bedingt, daß hierunter relativ homogene Berufe subsumiert sind, die sich nicht nur auf Grund der stark expandierenden Wirtschaft und den gleichzeitigen Anstrengungen zur Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, die den verstärkten Einsatz von hochqualifizierten Ingenieuren und Technikern verlangen, einer beträchtlich steigenden Nachfrage gegenüber sahen, sondern auch durch den wachsenden Bedarf von Seiten des Staates und der Kommunen. Demgegenüber erklärt sich die Zunahme der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsberufen um durchschnittlich 12,8% primär daraus, daß der Dienstleistungsbereich in dem gegenwärtigen Stadium der wirtschaftlichen Entwicklung stärker wächst als der warenerzeugende Produktionsbereich. nd

Mehr über dieses Thema auf Seite 262

Industrieproduktion im September 1974 gegenüber dem Vorjahresstand leicht rückläufig

Während die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie im September 1974 gegenüber August 1974 weiter anstieg (+ 5,2%), war im Vergleich zum Vorjahresmonat ein leichter Rückgang zu verzeichnen (— 0,7%). Gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex der Industrie waren an dem Anstieg der Produktion gegenüber August 1974 die vier Industriehauptgruppen unterschiedlich beteiligt, wobei sich die Zuwachsraten zwischen + 20,6% im Investitionsgüter- sowie + 0,2% im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich bewegten (Verbrauchsgüterindustrien + 2,7%). Im Vergleich zu September 1973 wurde gleichfalls für die Investitionsgüterindustrien (+ 14,6%) das weitaus günstigste Ergebnis ermittelt, wogegen die übrigen drei Hauptgruppen jeweils durch Einbußen gekennzeichnet waren (Verbrauchsgüterindustrien — 12,9%).

Von Januar bis September 1974 ist im Vergleich zu den ersten neun Monaten des Vorjahres die industrielle Produktion mit einer Veränderung um + 0,5% im wesentlichen unverändert geblieben, während für das Vergleichsintervall des Jahres 1973 gegen 1972 noch eine Steigerung um + 7,2% ermittelt worden war. Die Differenzierung nach Hauptgruppen läßt auch hier für 1974 merkliche Schwankungen erkennen, wobei sich bei den Investitionsgüter- und den Verbrauchsgüterindustrien mit Veränderungen von + 4,4 bzw. — 8,4% die Extremwerte errechnen (Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien + 1,7%). Die tiefere Gliederung nach Zweigen zeigt insbesondere bei der Schuhherstellung (— 12,8%) sowie bei der Industrie der Steine und Erden (— 12,0%) eine sehr ungünstige Entwicklung. Demgegenüber expandierten der Maschinenbau mit + 15,1% und die chemische Industrie mit + 4,1%. pe

Mehr als 624 000 Krankenhausaufnahmen 1973

Anfang 1974 wurden in Rheinland-Pfalz 220 Krankenhäuser mit 43 579 planmäßigen Betten gezählt. Damit standen für je 10 000 Einwohner 118 Krankenbetten zur Verfügung. Abgegrenzt nach ihrer Zweckbestimmung gab es 115 Allgemeine Krankenhäuser, 24 Fachkrankenhäuser und 81 Sonderkrankenhäuser. Zu den beiden erstgenannten Krankenhauskategorien, welche für die Aufnahmen von Akutkranken bestimmt sind, gehören 63% aller erfaßten Anstalten. Der Bettenanteil dieser Häuser reicht mit 66,5% (absolut 28 967) etwas über diese Marke. Die ärztliche und pflegerische Betreuung in den Krankenhäusern lag in den Händen von 2 873 Ärzten und 11 874 Pflegepersonen. Damit kamen im Durchschnitt auf 100 Krankenbetten 6,6 Ärzte und 27,2 Pflegepersonen.

In der stetig wachsenden Zahl von Krankenhausaufnahmen findet der anhaltende Trend zur stationären Heilbehandlung seine Bestätigung. Im Jahre 1973 wurden 624 300 Aufnahmen gezählt, was gegenüber 1972 (617 800) eine Steigerung um stark 1% ausmacht. Geringfügig rückläufig gegenüber dem Vorjahr war die Gesamtzahl der Krankenhauspflegetage (1973 rund 13,6 Millionen), wie auch die durchschnittliche Verweildauer um 0,6 Tage auf 22,8 Tage sank. Die ausschließlich für die Akutkrankenhäuser ermittelte durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 17,3 Tage (1972: 17,5). zi

Bevölkerungsentwicklung 1973

Am Ende des Jahres 1973 ergab die auf der Basis der Volkszählung vom 27. Mai 1970 erfolgte Fortschreibung für Rheinland-Pfalz eine Wohnbevölkerung von 3 700 787 Personen. Von diesen waren 1 772 951 (47,9%) männlichen und 1 927 836 (52,1%) weiblichen Geschlechts. In diesen Zahlen sind 2 676 Personen enthalten, die infolge einer Untererfassung bei den Gemeinden in der Volkszählung 1970 im Verlaufe des vergangenen Jahres nachgetragen wurden. Aus technischen Gründen mußten diese Personen als Zugezogene von Unbekannt verbucht werden. Die hier darzustellenden Zahlen und Relationen sind jedoch die für 1973 tatsächlich ermittelten.

Geringes Bevölkerungswachstum

Die Bevölkerungsentwicklung wird durch die Zahl der Geburten, der Sterbefälle, der Zu- und Fortzüge bestimmt. Das Wachstum der Bevölkerung ging gegenüber 1972 in unserem Lande weiter zurück. Die Zunahme der Wohnbevölkerung betrug nur noch 7 739 Personen; im Jahre 1972 waren es noch 9 922 Personen gewesen. Auf 1 000 Einwohner bezogen ergibt sich nur eine Zunahme von 2,1 (1972: + 2,7). Die Hauptursache dieser Entwicklung liegt in dem verstärkten Gestorbenenüberschuß. Dieser ist mit 7 186 Personen mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Im Jahre 1971 war noch ein Geborenenüberschuß von 2 048 Personen und im Jahre 1964 von 28 794 Personen zu verzeichnen. Der starke Gestorbenenüberschuß aus der

natürlichen Bevölkerungsbewegung wurde jedoch durch den positiven Wanderungssaldo in Höhe von 14 925 Personen mehr als ausgeglichen, so daß Rheinland-Pfalz noch eine ansteigende Wohnbevölkerungszahl hat, wobei die Zuwachsraten allerdings seit 1969 ständig abnehmen.

Wohnbevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet
Januar 1973 - Juni 1974

Monat	Rheinland-Pfalz	Bundesgebiet
Januar 1973	3 690 755	61 818 000
Februar "	3 691 441	61 844 000
März "	3 693 057	61 880 000
April "	3 694 579	61 904 000
Mai "	3 695 881	61 933 000
Juni "	3 698 291	61 967 000
Juli "	3 699 928	62 004 000
August "	3 702 162	62 046 000
September "	3 703 099	62 089 000
Oktober "	3 703 202	62 118 000
November "	3 702 565	62 125 000
Dezember "	3 700 787	62 101 000
Januar 1974	3 699 823	62 098 000
Februar "	3 698 862	62 089 000
März "	3 697 880	62 075 000
April "	3 696 858	62 059 000 ^P
Mai "	3 697 030	62 051 000 ^P
Juni "	3 695 709	62 041 000 ^P

Bundes- und Ländervergleich

Im Vergleich mit den anderen Bundesländern hat Rheinland-Pfalz mit 1,9 Personen, bezogen auf 1 000 Einwohner am Jahresanfang, einen Gestorbe-

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1950 - 1973

Zeitraum	Eheschließungen	Lebendgeborene				Totgeborene		Gestorbene					Geborenen- bzw. Gestorbenen-überschuß
		insgesamt	männlich	weiblich	nicht-ehe-lich	insgesamt	nicht-ehe-lich	insgesamt	männlich	weiblich	im ersten Lebens-jahr	in den ersten 28 Lebens-tagen	
1950	32 617	56 147	29 115	27 032	4 242	1 146	136	31 958	16 145	15 813	2 950	1 734	24 189
1960	31 924	64 251	32 743	31 508	3 350	1 023	72	39 533	20 596	18 937	2 369	1 565	24 718
1970	27 665	48 706	25 119	23 587	2 331	514	35	43 694	22 202	21 492	1 241	1 001	5 012
1971	27 077	46 049	23 810	22 239	2 314	482	47	44 001	22 381	21 620	1 052	824	2 048
1972	26 444	41 035	21 023	20 012	2 239	442	26	43 914	22 360	21 554	989	722	- 2 879
1973	25 641	37 000	19 052	17 948	2 121	341	36	44 186	22 355	21 831	911	650	- 7 186
1. Vj. 1972	5 597	10 860	5 495	5 365	593	116	8	12 117	6 132	5 985	259	185	- 1 257
2. Vj. 1972	7 492	10 806	5 614	5 192	542	109	7	10 318	5 290	5 028	275	206	488
3. Vj. 1972	7 703	10 056	5 216	4 840	551	109	4	10 308	5 238	5 070	237	180	- 252
4. Vj. 1972	5 652	9 313	4 698	4 615	553	108	7	11 171	5 700	5 471	218	151	- 1 858
1. Vj. 1973	5 042	9 626	4 973	4 653	527	109	8	12 004	6 089	5 915	218	.	- 2 378
2. Vj. 1973	7 614	9 418	4 838	4 580	548	84	11	10 640	5 407	5 233	238	.	- 1 222
3. Vj. 1973	7 528	9 275	4 835	4 440	535	80	9	10 268	5 140	5 128	230	.	- 993
4. Vj. 1973	5 457	8 681	4 406	4 275	511	68	8	11 274	5 719	5 555	225	.	- 2 593

Zeitraum	Eheschließungen	Lebendgeborene	Gestorbene	Geborenen- bzw. Gestorbenen-überschuß	Nicht-ehe-lich Lebendgeborene	Gestorbene		Knaben auf 1 000 lebendgeborene Mädchen	Totgeborene auf 1 000 Lebend- und Totgeborene
						im ersten Lebensjahr 1)	in den ersten 28 Lebenstagen		
						auf 1 000 Einwohner	auf 1 000 Lebendgeborene		
1950	11,0	19,0	10,8	8,2	75,6	52,8	30,9	1 077	20,0
1960	9,4	18,9	11,6	7,3	52,1	36,9	24,4	1 039	15,7
1970	7,6	13,4	12,0	1,4	47,9	25,2	20,6	1 065	10,4
1971	7,4	12,5	12,0	0,6	50,3	22,7	17,9	1 071	10,4
1972	7,2	11,1	11,9	- 0,8	54,6	23,8	17,6	1 051	10,7
1973	6,9	10,0	12,0	- 1,9	57,3	24,3	17,6	1 062	9,1
1. Vj. 1972	6,1	11,8	13,2	- 1,4	54,6	23,8	17,0	1 024	10,6
2. Vj. 1972	8,2	11,8	11,2	0,5	50,2	25,5	19,1	1 081	10,0
3. Vj. 1972	8,3	10,8	11,1	- 0,3	54,8	23,1	17,9	1 078	10,7
4. Vj. 1972	6,1	10,0	12,0	- 2,0	59,4	22,5	16,2	1 018	11,5
1. Vj. 1973	5,5	10,6	13,2	- 2,6	54,7	22,9	.	1 069	11,2
2. Vj. 1973	8,3	10,2	11,5	- 1,3	58,2	25,2	.	1 056	8,8
3. Vj. 1973	8,1	9,9	11,0	- 1,1	57,7	24,4	.	1 089	8,6
4. Vj. 1973	5,8	9,3	12,1	- 2,8	58,9	25,2	.	1 031	7,8

1) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den letzten 12 Monaten.

nenüberschuß, der höher liegt als der Bundesdurchschnitt (1,5 auf 1 000). Besser schneiden die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg ab. Letzteres weist als einziges Bundesland einen Geburtenüberschuß auf (1,1 auf 1 000). Ein höherer Gestorbenenüberschuß ist bei den Ländern Schleswig-Holstein, Saarland, Bremen, Hamburg und Berlin (10,3) zu verzeichnen. Bei den Wanderungen liegt Rheinland-Pfalz mit + 4,0 Personen auf 1 000 Einwohner ebenfalls unter dem Bundesdurchschnitt (+ 6,2), aber noch vor den Ländern Berlin, Hamburg, Saarland und Bremen, die teilweise einen negativen Wanderungssaldo hinnehmen müssen. Den höchsten Wanderungsgewinn konnte mit + 10,6 auf 1 000 Hessen verbuchen, gefolgt von Baden-Württemberg (+ 8,2), das auch mit + 9,3 die höchste Bevölkerungszunahme hat. Die Bevölkerungszunahme im Bundesdurchschnitt liegt bei 4,7 Personen auf 1 000 Einwohner.

Weiter rückläufige Geburtenentwicklung

Bei den Lebendgeborenen war im Jahre 1973 ein weiterer Rückgang auf 37 000 festzustellen. Davon waren 19 052 Knaben und 17 948 Mädchen. Die Relation von 1 062 Knaben zu 1 000 Mädchen ent-

spricht etwa dem langjährigen Durchschnitt. Die Gründe für die Geburtenabnahme liegen nicht in erster Linie bei dem leichten Rückgang der Eheschließungen, sondern hauptsächlich im geänderten generativen Verhalten der Ehepaare. Die Geburtenrate hat mit 10 Lebendgeborenen auf 1 000 Einwohner ihren niedrigsten Stand seit Bestehen des Landes erreicht.

Der Anteil der nichtehelich Geborenen an der Gesamtzahl der Lebendgeborenen ist seit einigen Jahren leicht steigend. Er liegt aber mit 5,7% unter dem Bundesdurchschnitt (6,3%) und hat noch nicht den Stand des Jahres 1950 erreicht, als 7,6% der Lebendgeborenen nichtehelich geboren wurden.

Hohe altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern bei nichtdeutschen Frauen

Auffallend ist der große Anteil der Lebendgeborenen mit einer nichtdeutschen Mutter an der Gesamtheit der Lebendgeborenen, der in den hohen altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern dieser Bevölkerungsgruppe begründet ist. Von 1 000 deutschen Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 50 Jahre) wurden 42 Kinder lebend geboren, von 1 000 nichtdeutschen Müttern dagegen mit 83 Kindern die doppelte Anzahl. Bei einer weiteren Auf-

Wanderungen über die Landesgrenzen 1950 - 1973

Zeitraum	Insgesamt			Bundesländer			Ausland und übrige Gebiete		
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo
1950	160 144	45 219	114 925	134 277	41 497	92 780	25 867	3 722	22 145
1960	109 356	101 410	7 946	84 901	89 338	- 4 437	24 455	12 072	12 383
1970	129 860	109 011	20 849	88 085	88 732	- 647	41 775	20 279	21 496
1971	126 962	109 423	17 539	87 030	87 437	- 407	39 932	21 986	17 946
1972	122 587	109 786	12 801	85 475	86 816	- 1 341	37 112	22 970	14 142
1973	122 890	107 965	14 925	83 350	84 906	- 1 556	39 540	23 059	16 481
1. Vj. 1972	27 509	24 105	3 404	18 885	19 177	- 292	8 624	4 928	3 696
2. Vj. 1972	29 696	25 264	4 432	20 773	20 704	69	8 923	4 560	4 363
3. Vj. 1972	33 977	30 070	3 907	23 376	23 571	- 195	10 601	6 499	4 102
4. Vj. 1972	31 405	30 347	1 058	22 441	23 364	- 923	8 964	6 983	1 981
1. Vj. 1973	27 528	23 383	4 145	18 082	18 774	- 692	9 446	4 609	4 837
2. Vj. 1973	30 221	25 068	5 153	20 763	20 163	600	9 458	4 905	4 553
3. Vj. 1973	35 561	29 758	5 803	23 432	23 269	163	12 129	6 489	5 640
4. Vj. 1973	29 580	29 756	- 176	21 073	22 700	- 1 627	8 507	7 056	1 451

Herkunfts- und Zielgebiet	1972			1973					
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo	Zuzüge		Fortzüge		Wanderungssaldo	
	insgesamt			insgesamt	männlich	insgesamt	männlich	insgesamt	männlich
Bundesgebiet	85 475	86 816	- 1 341	83 350	48 963	84 906	49 819	- 1 556	- 856
Schleswig-Holstein	1 857	1 784	73	1 730	1 070	1 748	1 037	- 18	33
Hamburg	907	921	- 14	809	469	819	501	- 10	- 32
Niedersachsen	4 252	4 065	187	4 117	2 383	3 939	2 355	178	28
Bremen	472	446	26	470	266	458	281	12	- 15
Nordrhein-Westfalen	27 700	24 848	2 852	26 918	15 151	24 779	14 259	2 139	892
Hessen	15 402	18 502	- 3 100	15 560	9 285	18 719	10 872	- 3 159	- 1 587
Baden-Württemberg	17 735	19 223	- 1 488	17 272	10 571	18 468	11 015	- 1 196	- 444
Bayern	7 244	8 283	- 1 039	7 050	4 363	8 346	4 892	- 1 296	- 529
Saarland	7 176	6 322	854	7 403	4 252	5 664	3 380	1 739	872
Berlin (West)	2 730	2 422	308	2 021	1 153	1 966	1 227	55	- 74
DDR einschl. Berlin (Ost)	646	69	577	575	225	51	15	524	210
Ostgebiete des Deutschen Reiches (Gebietsstand 31. 12. 1937)	464	110	354	379	158	134	52	245	106
Ausland	35 692	22 785	12 907	38 496	24 285	22 872	14 915	15 624	9 370
Europäisches Ausland	30 710	19 013	11 697	33 797	21 676	19 195	12 966	14 602	8 710
Frankreich	1 994	1 301	693	1 534	844	1 266	727	268	117
Griechenland	1 343	1 268	75	941	468	1 301	769	- 360	- 301
Italien	6 800	5 251	1 549	6 789	4 661	5 122	3 648	1 667	1 013
Jugoslawien	4 309	3 144	1 165	4 911	3 180	2 856	2 013	2 055	1 187
Portugal	1 392	356	1 036	1 931	1 248	530	379	1 401	869
Spanien	2 198	1 619	579	2 559	1 928	1 638	1 248	921	680
Türkei	7 825	2 834	4 991	10 177	6 611	3 150	2 270	7 027	4 341
Übriges europäisches Ausland	4 849	3 240	1 609	4 955	2 736	3 332	1 912	1 623	824
Außereuropäisches Ausland	4 982	3 769	1 213	4 697	2 607	3 672	1 945	1 025	662
Amerika	2 880	2 578	302	2 586	1 266	2 557	1 231	29	35
USA	2 232	2 059	173	1 975	970	1 984	893	- 9	77
Afrika	945	491	454	850	586	411	279	439	307
Asien	910	505	405	1 023	626	527	345	496	281
Australien	247	195	52	238	129	177	90	61	39
Unbekanntes Ausland	-	3	- 3	2	2	5	4	- 3	- 2
Unbekannt und ohne Angabe	310	6	304	90	52	2	2	88	50
Insgesamt	122 587	109 786	12 801	122 890	73 683	107 965	64 803	14 925	8 880

teilung nach den Staatsangehörigkeiten kommen große Unterschiede zum Vorschein. Türkische Frauen stehen mit 130 Kindern auf 1 000 Frauen ihrer Nationalität und Altersgruppe weit an der Spitze, gefolgt von griechischen mit 92 Kindern. Dagegen liegen französische Mütter mit 57 Kindern und spanische mit 51 unter dem Durchschnitt aller Ausländerinnen dieser Altersgruppe. Damit tragen nicht-deutsche Mütter wesentlich dazu bei, daß die Geburtenrate des Landes nicht noch tiefer liegt.

Säuglingssterblichkeit unverändert

Mit 44 186 Gestorbenen im Jahre 1973 ergibt sich eine Sterberate von 12 Personen auf 1 000 Einwohner, die seit vielen Jahren etwa die gleiche Höhe hat. Wie bereits in früheren Jahren starben auch 1973 mehr Männer (50,6%) als Frauen (49,4%). Von den gesamten Sterbefällen waren 911 oder 2,1% Kinder im ersten Lebensjahr, von denen wiederum 71,4% bereits in den ersten 28 Lebenstagen starben. Während sich in den letzten drei Jahren die Säuglingssterblichkeit nicht wesentlich verändert hat, ist in einer längeren Zeitreihe doch eine Abnahme zu erkennen. Allerdings liegt Rheinland-Pfalz mit 24,3 im Alter von unter einem Jahr gestorbenen Kindern, bezogen auf 1 000 Lebendgeborene, immer noch über dem Bundesdurchschnitt von 22,7.

Bevölkerungswachstum von Zuwanderungen getragen

Das Bevölkerungswachstum in Rheinland-Pfalz wurde auch im Jahre 1973 nur durch Zuwanderun-

gen bewirkt. Es standen 122 890 Zuzügen 107 965 Fortzüge gegenüber, woraus ein Zuzugsüberschuß von 14 925 Personen resultiert. Im Vorjahr betrug dieser positive Wanderungssaldo 12 801 Personen. Bei einer Aufgliederung nach Ziel- und Herkunftsgebieten wird mit dem Bundesgebiet ein negativer Wanderungssaldo von 1 556 Personen, mit dem Ausland ein positiver von 16 481 ersichtlich. Deutlich erkennbar ist, daß es die sogenannten Gastarbeiterländer sind, welche die starke Zuwanderung tragen. An der Spitze steht die Türkei mit einem Wanderungssaldo von + 7 027 Personen (1972: + 4 991). Es folgt Jugoslawien mit + 2 025 Personen vor Italien mit + 1 667 Personen, das im Jahre 1972 noch an zweiter Stelle stand. Bei einer Betrachtung der einzelnen Vierteljahre zeigt sich, daß die Zuzüge aus Italien im Laufe des Jahres ständig abnahmen. Gleichzeitig verstärkten sich die Fortzüge und übertrafen im letzten Quartal die Zuzüge. Bei den aus der Türkei zugezogenen Personen erhöhte sich die Zuwanderung im Verlauf der ersten drei Quartale ständig. Im vierten Quartal ging allerdings auch hier die Zuwachsrate zurück, wobei aber für diesen Zeitabschnitt noch ein positiver Wanderungssaldo verblieb. Nicht mehr positiv war dagegen der Gesamtwanderungssaldo unseres Landes im vierten Quartal, denn einem sehr niedrigen positiven Auslandswanderungssaldo von 1 451 Personen (drittes Quartal + 5 640 Personen) stand ein negativer Wanderungssaldo mit anderen Bundesländern von 1 627 Personen (drit-

tes Quartal + 163) gegenüber. Dieser negative Gesamtwanderungssaldo von 176 Personen verstärkte den Gestorbenenüberschuß von 2 593 Personen noch weiter. Bei einem Anhalten der gegenwärtigen Konjunktur- und Beschäftigungslage wird die Zuwanderung von Gastarbeitern weiter abnehmen

und die Abwanderung wird sich verstärken. Dadurch wird der wahrscheinlich noch steigende Gestorbenenüberschuß immer weniger durch positive Wanderungssalden kompensiert werden können.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Erwerbstätige in berufssystematischer Gliederung

1. Gesamtüberblick

Eine Hauptaufgabe der Volkszählungen ist die Gliederung der Erwerbstätigen nach dem von ihnen ausgeübten Beruf. Welche Bedeutung man dieser Fragestellung schon immer beigemessen hat, ersieht man daraus, daß dieser Zählungsteil in die Bezeichnung der Gesamterhebung als Volks- und Berufszählung aufgenommen wurde. Wenn man sich gleichwohl bei der Zählung von 1970 dazu entschlossen hat, die Frage nach dem ausgeübten Beruf in den repräsentativen Erhebungsteil zu verweisen, der nur 10% der Bevölkerung erfaßte, so hat dies seinen Grund darin, daß an den Ergebnissen für regional tiefer gegliederte Räume nur wenig Interesse besteht und die Bereitstellung von hinlänglich genauen Angaben für die Bundesländer bei einer 10%igen Stichprobe gesichert erschien. Wie der gesamte repräsentative Erhebungsteil beschränkte sich auch die Ermittlung des ausgeübten Berufs auf die deutsche Bevölkerung, denn die zum Zeitpunkt der Zählung in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer, insbesondere die Gastarbeiter, können nicht zum ständigen Arbeitskräftepotential gerechnet werden, so daß ihre Einbeziehung Untersuchungen über die Berufsstruktur insoweit beeinträchtigt hätte, als ihre Zahl und Zusammensetzung verhältnismäßig stark fluktuiert. Andererseits muß man sich der Tatsache bewußt sein, daß die Angaben nur für die deutschen Erwerbstätigen lückenhaft sind, zumal die Masse der Gastarbeiter der unteren Hierarchie der Berufsstruktur zugerechnet werden muß.

47% der Erwerbstätigen in Dienstleistungsberufen

Unter den 1 463 900 deutschen Erwerbstätigen, die sich auf Grund der Hochrechnung der 10%igen Stichprobe ergaben, bilden die Dienstleistungsberufe (686 990) noch vor den Fertigungsberufen (543 080) die bei weitem größte Gruppe. Die Zahl der Erwerbstätigen in den anderen Berufsbereichen war dagegen sehr viel geringer: Auf die Pflanzenbauer, Tierzüchter und Fischereiberufe entfielen 165 970 Erwerbstätige, auf die technischen Berufe 58 620 und auf die Bergbau- und Mineralgewinner 3 280.

Untersucht man diese Berufsbereiche in ihrer systematischen Reihenfolge etwas näher daraufhin, welche der hierunter jeweils subsumierten Berufsgruppen das größte Gewicht besitzen, so ergibt sich das folgende Bild: Von den 165 970 Pflanzenbauern und Tierzüchtern waren 81 500 Landwirte und 66 960 landwirtschaftliche Arbeitskräfte und Tierpfleger; die übrigen Berufsgruppen dieses Bereichs machen insgesamt nur 10% aus. Diese starke Konzentration war wegen der Homogenität dieses Berufsbereichs zu erwarten. Ähnlich sind die Verhält-

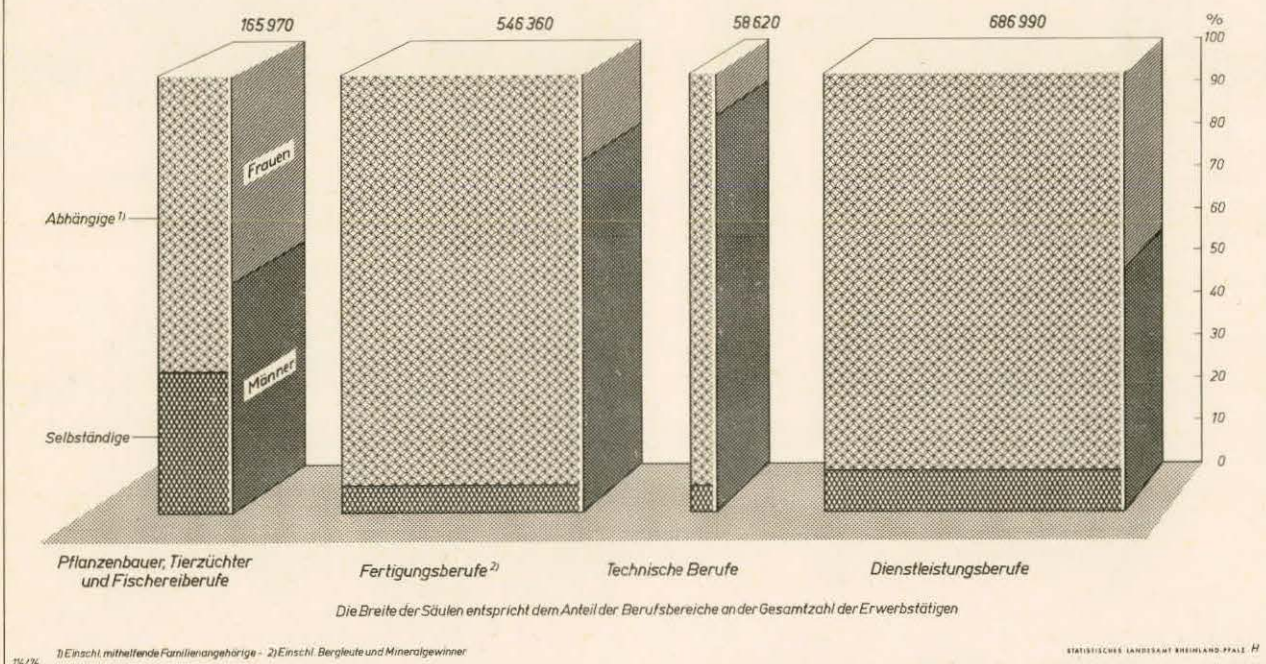
nisse bei den Bergleuten und Mineralgewinnern; die 3 280 Bergleute und Mineralgewinner verteilen sich etwa je zur Hälfte auf die erste und zweite Gruppe, wobei es sich bei den Bergleuten überwiegend um Pendler nach dem Saarland und Nordrhein-Westfalen handeln dürfte, da der Bergbau in Rheinland-Pfalz nahezu vollständig zum Erliegen gekommen ist.

Unter den Fertigungsberufen kommt bestimmten handwerklichen Berufen noch immer die größte Bedeutung zu; hierzu gehören die Schlosser (47 870), die Elektriker (39 630), die Maurer und Betonbauer (34 380) und die Mechaniker (31 280). Daneben ragen noch die Zahlen für die Lederhersteller und -verarbeiter mit 35 320 und für die Chemiearbeiter mit 24 960 stärker heraus, was sich aus der Industriestruktur des Landes erklärt, für die das große Gewicht der Schuhindustrie und der chemischen Industrie bestimmend ist; im Falle der chemischen Industrie kommt dies auf Grund der kapitalintensiven Produktion in der Zahl der Erwerbstätigen nicht so stark zum Ausdruck wie bei der Schuhindustrie. Zu den Fertigungsberufen gehören weiterhin 31 810 Hilfsarbeiter, die sich keiner bestimmten Berufsgruppe zuordnen lassen.

Bei den 58 620 in einem technischen Beruf arbeitenden Erwerbstätigen handelt es sich um 18 100 Ingenieure, 25 280 Techniker und 12 830 technische Sonderfachkräfte. Die hierzu weiterhin gehörende Gruppe der Chemiker, Physiker und Mathematiker ist mit 2 410 für ein Land wie Rheinland-Pfalz relativ groß, was wiederum in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß hier einige Betriebe der Großchemie ihren Standort haben.

Von den 686 990 Erwerbstätigen in einem Dienstleistungsberuf entfielen allein 162 040 auf Bürofach- und Bürohilfskräfte und 116 180 auf Warenkaufleute. Sehr stark vertreten waren daneben noch die Berufe des Landverkehrs (55 730) und die Sicherheitswahrer (43 080), zu denen neben den Polizeibediensteten und einigen anderen zahlenmäßig weniger bedeutenden Berufsklassen, die Soldaten gehören, und zwar auch die zum Zeitpunkt der Volkszählung zur Leistung ihrer Wehrpflicht oder zu einer Wehrübung Einberufenen. Die Größenordnung der übrigen zu den Dienstleistungsberufen rechnenden Gruppen, in denen vielfach recht heterogene Berufe zusammengefaßt werden mußten, ist zum Teil durch ihre Abgrenzung bedingt. Mehr als 20 000 Personen zählten die Lager- und Transportarbeiter (31 770), die Rechnungskaufleute

Deutsche Erwerbstätige nach Berufsbereichen und Stellung im Beruf 1970



und Datenverarbeitungsfachleute (24 170), die Gesundheitsdienstberufe (33 530 einschließlich Ärzte und Apotheker), die Lehrer (26 670), die Gästebetreuer (24 550) und die Reinigungsberufe (29 320).

Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählung von 1961

Eine Untersuchung der seit der letzten Volkszählung von 1961 eingetretenen Veränderungen in der Berufsstruktur der erwerbstätigen Bevölkerung wird zunächst dadurch beeinträchtigt, daß das Aufbereitungsprogramm für 1961 in die berufssystematische Gliederung alle Erwerbspersonen einbezog, während bei der Volkszählung 1970 in berufssystematischer Gliederung nur die deutschen Erwerbstätigen nachgewiesen werden. Wie groß dieser Fehler im Durchschnitt ist, läßt sich in der Weise zeigen, daß von der Gesamtzahl der bei der Volkszählung 1961 erfaßten 1 630 289 Erwerbspersonen die Erwerbslosen (4 955) sowie die erwerbstätigen Ausländer, die damals noch vor der großen Zuwanderung von Gastarbeitern nur 18 914 ausmachten, abgezogen werden. Es ergibt sich dann von 1961 bis 1970 ein Rückgang in der Gesamtzahl der deutschen Erwerbstätigen um 8,9%, während die Zahl der deutschen Erwerbstätigen 1970 um 10,2% unter der Gesamtzahl der Erwerbspersonen 1961 liegt. Der im Durchschnitt für alle Berufsbereiche und Berufsgruppen aufgezeigte Rückgang ist mithin um 1,3 Prozentpunkte überhöht. Die Aussagefähigkeit der nachgewiesenen Veränderungsrate wird dadurch insgesamt gesehen kaum gestört; das gilt jedoch nicht unbedingt für einzelne Berufsgruppen, auf die bereits 1961 eine größere Anzahl von Gastarbeitern entfiel. Der Vergleich zwischen

den Ergebnissen von 1961 und 1970 wird weiterhin dadurch erschwert, daß die Berufssystematik für die Volkszählung 1970 umgestellt wurde, um sie den Veränderungen im Wirtschaftsleben anzupassen und mit der 1968 veröffentlichten Neufassung der International Standard Classification of Occupations abzustimmen. Außerdem waren bereits die seit längerem für die verschiedensten Untersuchungen angemeldeten Verbesserungswünsche zu berücksichtigen. Die neue Systematik deckt sich jedoch in der Abgrenzung der einzelnen Positionen soweit mit der alten Klassifizierung, daß auf der Ebene der Berufsgruppen eine mehr oder minder vollständige Zusammenführung möglich ist.

Rückgang der Erwerbstätigen in landwirtschaftlichen Berufen um 53%

Im folgenden soll ein kurzer Überblick über die wichtigsten Strukturwandlungen gegeben werden, wobei sich die Darstellung an dieser Stelle auf die Berufsbereiche und die stärker besetzten Berufsgruppen (mindestens 10 000 deutsche Erwerbstätige im Jahre 1970) beschränken muß. Beträchtlich zurückgegangen ist seit 1961 die Zahl der Pflanzenbau und Tierzüchter sowie der Bergleute und Mineralgewinner; die Abnahmen machten für diese beiden Berufsbereiche 53,2 und 70,7% aus. Die Gründe hierfür sind bekannt. Sie sind in dem einen Fall in der Aufgabe von kleineren bäuerlichen Betrieben, in dem Übergang zu größeren Betriebs-einheiten und der damit verbundenen Rationalisierung des Arbeitseinsatzes zu sehen, in dem anderen Falle in erster Linie in der Stilllegung des

Deutsche Erwerbstätige nach Berufsgruppen und Stellung im Beruf 1961 und 1970

Nr.	Berufsbereich Berufsgruppe	Erwerbspersonen 1961			Deutsche Erwerbstätige 1970			Veränderung der Erwerbs- tätigen insgesamt 1961-1970
		ins- gesamt	Selb- stän- dige	Ab- hän- gige 1)	ins- gesamt	Selb- stän- dige	Ab- hän- gige 1)	
		Anzahl	%		Anzahl	%		
I	<u>Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe</u>	354 734	34,4	65,6	165 970	32,5	67,5	- 53,2
01-04	Landwirtschaftliche Berufe, Tierzüchter, Fischereiberufe	336 396	35,1	64,9	150 600	34,4	65,6	- 55,3
05	Gartenbauer	9 604	41,5	58,5	8 330	24,5	75,5	- 13,3
06	Forst-, Jagdberufe	8 734	0,3	99,7	7 040	0,3	99,7	- 19,4
II	<u>Bergleute, Mineralgewinner</u>	11 199	1,7	98,3	3 280	2,7	97,3	- 70,7
07	Bergleute	4 537	-	100,0	1 490	-	100,0	- 67,2
08	Mineral-, Erdöl-, Erdgasgewinner	5 758	3,2	96,8	1 440	6,3	93,8	- 75,0
09	Mineralaufbereiter	904	1,1	98,9	350	-	100,0	- 61,3
III	<u>Fertigungsberufe</u>	567 045	7,8	92,2	543 080	6,6	93,4	- 4,2
10	Steinbearbeiter	7 693	27,9	72,1	6 090	22,3	77,7	- 20,8
11	Baustoffhersteller	10 358	2,3	97,7	3 750	3,2	96,8	- 63,8
12	Keramiker	4 425	2,3	97,7	3 520	4,3	95,7	- 20,5
13	Glasmacher	3 576	0,9	99,1	2 690	1,1	98,9	- 24,8
14	Chemiearbeiter	28 842	0,3	99,7	24 960	0,8	99,2	- 13,5
15	Kunststoffverarbeiter	4 049	0,8	99,2	4 340	2,1	97,9	7,2
16	Papierhersteller, -verarbeiter	6 879	1,6	98,4	5 720	1,7	98,3	- 16,8
17	Drucker	7 596	4,4	95,6	8 350	2,9	97,1	9,9
18	Holzaufbereiter, Holzwarenfertiger und verwandte Berufe	9 201	7,2	92,8	4 850	7,0	93,0	- 47,3
19	Metallerzeuger, Walzer	5 364	0,4	99,6	2 260	-	100,0	- 57,9
20, 226, 323	Former, Formgießer	10 978	-	100,0	14 110	-	100,0	28,5
21	Metallverformer (spanlos)	6 234	0,6	99,4	4 180	-	100,0	- 32,9
22 (oh. 226)	Metallverformer (spanend)	13 267	0,5	99,5	13 250	0,2	99,8	- 0,1
23	Metalloberflächenbearbeiter, -vergüter, -beschichter	2 717	2,0	98,0	2 190	2,7	97,3	- 19,4
24	Metallverbinder	7 641	0,1	99,9	7 900	1,1	98,9	3,4
25	Schmiede	5 433	33,7	66,3	3 640	30,2	69,8	- 33,0
26	Feinblechner, Installateure	13 302	10,9	89,1	15 500	9,5	90,5	16,5
27/283	Schlosser, Flugzeugmechaniker	48 872	2,3	97,7	48 030	2,9	97,1	- 1,7
28 (oh. 283)	Mechaniker (ohne Flugzeugmechaniker)	23 818	7,9	92,1	31 120	7,5	92,5	30,7
29	Werkzeugmacher	3 092	1,3	98,7	4 650	3,2	96,8	50,4
30, 322	Metallfeinbauer und zugeordnete Berufe	3 236	18,2	81,8	3 390	18,3	81,7	4,8
31, 321	Elektriker	33 431	4,7	95,3	41 480	4,7	95,3	24,1
33	Spinnberufe	3 314	0,4	99,6	1 880	-	100,0	- 43,3
34	Textilhersteller	5 345	6,5	93,5	1 610	6,2	93,8	- 69,9
35	Textilverarbeiter	23 944	21,5	78,5	19 310	10,8	89,2	- 19,4
36	Textilveredler	515	1,6	98,4	410	2,4	97,6	- 20,4
37	Lederhersteller, Leder- und Fellverarbeiter	42 019	8,4	91,6	35 320	5,6	94,4	- 15,9
39	Back-, Konditorwarenhersteller	10 067	48,5	51,5	9 690	42,2	57,8	- 3,7
40	Fleisch-, Fischverarbeiter	8 473	38,4	61,6	10 350	28,1	71,9	22,2
41	Speisenbereiter	11 189	0,7	99,3	13 590	4,9	95,1	21,5
42	Getränke-, Genußmittelhersteller	6 326	7,2	92,8	3 530	7,1	92,9	- 44,2
43	Übrige Ernährungsberufe	3 012	21,9	78,1	1 710	18,7	81,3	- 43,2
44, 451	Maurer, Betonbauer, Zimmerer	44 434	5,3	94,7	40 540	6,5	93,5	- 8,8
45 (oh. 451)	Dachdecker und Gerüstbauer	3 390	20,6	79,4	3 920	15,6	84,4	15,6
46	Straßen-, Tiefbauer	12 258	1,0	99,0	10 190	1,1	98,9	- 16,9
47	Bauhilfsarbeiter	30 306	-	100,0	14 590	-	100,0	- 51,9
48, 491	Bau- und Raumausstatter	12 471	7,7	92,3	13 210	12,7	87,3	5,9
492	Polsterer	2 636	25,2	74,8	1 190	20,2	79,8	- 54,9
50	Tischler, Modellbauer	22 950	21,8	78,2	18 940	18,5	81,5	- 17,5
51	Maler, Lackierer und verwandte Berufe	20 181	18,2	81,8	17 730	17,0	83,0	- 12,1
52	Warenprüfer, Versandfertigmacher	22 849	-	100,0	18 200	-	100,0	- 20,3
53	Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe	3 663	-	100,0	31 810	-	100,0	768,4
54	Maschinenisten und zugehörige Berufe	17 699	0,3	99,7	19 390	0,5	99,5	9,6
IV, 835	<u>Technische Berufe</u>	37 495	6,5	93,5	59 250	6,5	93,5	58,0
V	<u>Dienstleistungsberufe</u>	608 423	14,3	85,7	686 360	9,5	90,5	12,8
68	Warenkaufleute	111 430	40,5	59,5	116 180	24,5	75,5	4,3
69	Bank-, Versicherungskaufleute	13 549	9,3	90,7	22 870	1,4	98,6	68,8
70	Andere Dienstleistungskaufleute und zugehörige Berufe	5 856	39,1	60,9	7 010	29,1	70,9	19,7
71	Berufe des Landverkehrs	58 105	7,3	92,7	55 730	5,9	94,1	- 4,1
72	Berufe des Wasser- und Luftverkehrs	4 185	12,5	87,5	2 200	10,9	89,1	- 47,4
73 (oh. 731)	Berufe des Nachrichtenverkehrs 2)	10 479	-	100,0	9 660	-	100,0	- 7,8
74	Lagerverwalter, Lager-, Transportarbeiter	48 772	0,2	99,8	31 770	0,0	100,0	- 34,9
75	Unternehmer, Organisatoren, Wirtschaftsprüfer	15 778	43,9	56,1	17 280	26,7	73,3	9,5
76, 863	Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige 3)	13 080	-	100,0	15 660	-	100,0	19,7
77/78, 731	Rechnungskaufleute, Datenverarbeitungsfachleute, Bürofach- und Bürohilfskräfte 4)	137 180	0,0	100,0	188 140	0,2	99,8	37,1

Nr.	Berufsbereich Berufsgruppe	Erwerbspersonen 1961			Deutsche Erwerbstätige 1970			Veränderung der Erwerbs- tätigen insgesamt 1961-1970
		ins- gesamt	Selb- stän- dige	Ab- hän- gige 1)	ins- gesamt	Selb- stän- dige	Ab- hän- gige 1)	
		Anzahl	%		Anzahl	%		
79 (oh. 791)	Dienst-, Wachberufe (ohne Werkschutzleute und Detektive)	10 440	0,3	99,7	9 090	0,4	99,6	- 12,9
80, 791	Sicherheitswahrer (einschl. Werkschutzleute und Detektive)	27 548	1,4	98,6	43 690	1,0	99,0	58,6
81	Rechtswahrer, -berater	3 313	23,1	76,9	3 380	21,3	78,7	2,0
82	Publizisten, Dolmetscher, Bibliothekare	1 755	14,5	85,5	2 530	9,9	90,1	44,2
83 (oh. 835)	Künstler und zugeordnete Berufe	4 560	25,6	74,4	6 170	17,2	82,8	35,3
84	Ärzte, Apotheker	7 368	67,4	32,6	7 530	62,5	37,5	2,2
85	Übrige Gesundheitsdienstberufe	17 140	5,7	94,3	26 000	3,3	96,7	51,7
86 (o. 863), 877	Sozialpflegerische Berufe 5)	4 993	6,7	93,3	8 970	7,5	92,5	79,7
87 (oh. 877)	Lehrer	17 103	2,8	97,2	25 930	1,4	98,6	51,6
88	Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, a.n.g.	377	8,2	91,8	1 440	8,3	91,7	282,0
89	Seelsorger	4 174	-	100,0	2 940	-	100,0	- 29,6
90	Körperpfleger 6)	12 785	28,5	71,5	14 160	24,4	75,6	10,8
91 (oh. 913)	Gästebetreuer	19 233	62,5	37,5	22 730	52,0	48,0	18,2
92, 913	Hauswirtschaftliche Berufe 7)	29 845	0,0	100,0	15 980	1,4	98,6	46,5
93	Reinigungsberufe	29 375	4,6	95,4	29 320	3,5	96,5	- 0,2
VI	Sonstige Arbeitskräfte	51 393	-	100,0	5 960	3,5	96,5	- 88,4
97	Mithelfende Familienangehörige außerhalb der Landwirtschaft, a.n.g.	49 939	-	100,0	3 620	-	100,0	- 92,8
98	Arbeitskräfte mit noch nicht bestimmtem Beruf	861	-	100,0	950	-	100,0	10,3
99	Arbeitskräfte ohne nähere Tätigkeitsangabe	593	-	100,0	1 390	15,1	84,9	134,4
	Insgesamt	1 630 289	-	100,0	1 463 900	10,9	89,1	- 10,2

1) Einschl. mithelfende Familienangehörige. - 2) Ohne Posthalter. - 3) Einschl. Arbeits- und Berufsberater. - 4) Einschl. Posthalter. - 5) Ohne Arbeits- und Berufsberater, einschl. sonstige Lehrer. - 6) Ohne "übrige Gästebetreuer". - 7) Einschl. "übrige Gästebetreuer".

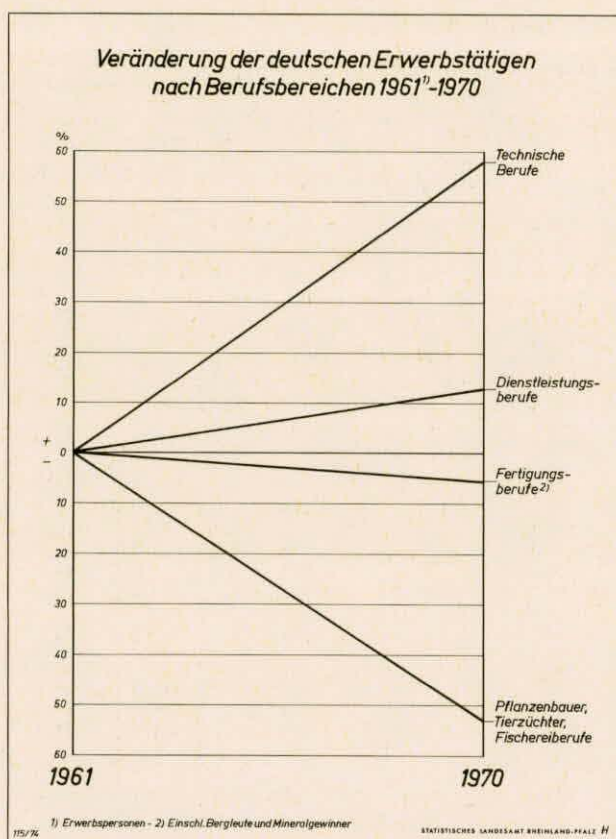
unter den gegebenen Verhältnissen unrentablen Bergbaus in Rheinland-Pfalz.

Die Zahl der Erwerbstätigen in den Fertigungsberufen verminderte sich dagegen nur um 4,2%. Von den ausgesprochenen Produktionsberufen, die mehr oder minder stark an bestimmte Industriezweige gebunden sind, erlebten einige trotz der über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg günstigen wirtschaftlichen Entwicklung einen rückläufigen Bedarf an Arbeitskräften; dazu gehörten die Chemiearbeiter (— 13,5%), die Textilverarbeiter (— 19,4%), die Lederhersteller und -verarbeiter (— 15,9%) und die Tischler (— 17,5%). Bei den Textilverarbeitern, zu denen ja auch die Schneider und Schneiderinnen rechnen, und in geringerem Umfang auch bei den Tischlern waren von diesem Rückgang allerdings vor allem die Selbständigen betroffen, die auf Grund von Wandlungen in der Nachfragestruktur ihre Betriebe aufgeben mußten. Stark zugenommen hat dagegen die Zahl der Former und Formgießer (+ 28,5%), der Feinblechner und Installateure (+ 16,5%), der Fleisch- und Fischverarbeiter (+ 22,2%) sowie der überwiegend im Gaststättengewerbe beschäftigten Speisebereiter (+ 21,5%). Die Zunahme der Fleisch- und Fischverarbeiter ist vor allem insofern bemerkenswert, als die Zahl der Selbständigen hier stark rückläufig war, weil sich die Kaufhäuser und Supermärkte eigene Fleischabteilungen mit einem umfassenden Angebot angliederten. Steigende Beschäftigtenzahlen waren aber auch in einer Reihe von Handwerksberufen zu verzeichnen, so bei den Elektrikern (+ 24,1%) und den Mechanikern (+ 30,7%),

während sich die Zahl der Schlosser im wesentlichen auf dem Stand des Jahres 1961 hielt. Bei der außergewöhnlich hohen Zuwachsrates für Mechaniker ist zu berücksichtigen, daß dazu auch die Kraftfahrzeugmechaniker gehören, an denen auf Grund der starken Motorisierung in den 60er Jahren - der Bestand an Personen- und Lastkraftwagen nahm von 313 000 im Jahre 1961 auf 815 000 im Jahre 1970 zu - ein sehr stark ansteigender Bedarf bestand. Um 9,6% erhöhte sich weiter die Zahl der Maschinisten, wofür vornehmlich die fortschreitende Mechanisierung und Rationalisierung der innerbetrieblichen Produktionsabläufe bei gleichzeitig wachsendem Produktionsausstoß maßgebend gewesen ist.

Starke Fluktuation unter den weniger qualifizierten Berufen

Unter den Bauberufen war der Rückgang bei den höher qualifizierten Arbeitskräften zwar geringer als bei den Bauhilfsarbeitern (— 51,9%), machte aber bei den Maurern, Betonbauern und Zimmerern gleichwohl — 8,8% aus, bei den Straßen- und Tiefbauern sogar — 16,9%. Die für die Bauhilfsarbeiter ausgewiesene Abnahme dürfte allerdings etwas überhöht sein, da die Ausgangszahl für 1961 eine nicht näher bekannte Zahl von Gastarbeitern einschließt, die im vorliegenden Fall vermutlich stärker ins Gewicht fällt als bei anderen Berufsgruppen. Hinzu kommt, daß unter der Berufsgruppe Hilfsarbeiter ohne nähere Tätigkeitsangabe 1961 nur 3 660 Erwerbspersonen, 1970 dagegen 31 810 deutsche Erwerbstätige nachgewiesen wer-



den. Eine Veränderung in diesem Umfang entspricht sicherlich nicht der Realität, sondern dürfte in erheblichem Maße auf eine unterschiedliche Zuordnung bei den Zählungen 1961 und 1970 zurückzuführen sein. Gerade bei den Erwerbstätigen mit einem nicht festumrissenen Berufsbild wie den Hilfsarbeitern müssen die Angaben zum ausgeübten Beruf relativ vage bleiben. In diesem Zusammenhang sei ferner darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl der nicht unter einer anderen Berufsgruppe erfaßten mithelfenden Familienangehörigen außerhalb der Landwirtschaft von 49 939 im Jahre 1961 auf 3 620 im Jahre 1970 fiel; es handelt sich hier um eine dem Berufsbereich der Sonstigen Arbeitskräfte zugeordnete Restgruppe, deren Abgrenzung noch mehr als im Falle der Hilfsarbeiter von Zufälligkeiten abhängt, so daß die Zahlen sich weitgehend einem Vergleich entziehen.

Vom Umfang der Bautätigkeit in stärkerem Maße bestimmt wird weiterhin die Zahl der Bau- und Raumausstatter, die um 5,9% anstieg und die Zahl der Maler, Lackierer usw., die sich um 12,1% verminderte. Insbesondere die zuletzt genannte Gruppe umfaßt jedoch auch Berufe, deren Existenz an völlig andere Branchen gebunden ist. Mit einiger Skepsis ist der Rückgang in der Zahl der Warenprüfer und Versandfertigmacher um 20,3% zu beurteilen, da auch dies eine Berufsgruppe ist, die sich in der Praxis eindeutig oft nur schwer festlegen läßt.

Auswirkungen des technischen Fortschritts auf die Berufsstruktur

Wenn die technischen Berufe mit + 58,0% den stärksten Zuwachs aufweisen, so ist dies dadurch

bedingt, daß hierunter relativ homogene Berufe subsumiert sind, die sich nicht nur auf Grund der stark expandierenden Wirtschaft und den gleichzeitigen Anstrengungen zur Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse, die den verstärkten Einsatz von hochqualifizierten Ingenieuren und Technikern verlangen, einer beträchtlich steigenden Nachfrage gegenüber sahen, sondern auch durch den wachsenden Bedarf von Seiten des Staates und der Kommunen.

Demgegenüber erklärt sich die Zunahme der Erwerbstätigen in den Dienstleistungsberufen um durchschnittlich 12,8% primär daraus, daß der Dienstleistungsbereich in dem gegenwärtigen Stadium unserer wirtschaftlichen Entwicklung stärker wächst als der warenerzeugende Produktionsbereich. Daß diese Feststellung nicht pauschal alle Zweige des Dienstleistungsbereichs abdeckt, zeigt sich etwa daran, daß die Erwerbstätigen in den Berufen des Landverkehrs - insbesondere auf Grund von Rationalisierungsmaßnahmen der Deutschen Bundesbahn - um 4,1%, die Lager- und Transportarbeiter um 34,9% und die Dienst- und Wachberufe um 12,9% abgenommen haben, um nur die zahlenmäßig stärksten Berufsgruppen zu nennen. Ein besonderer Fall sind dabei die hauswirtschaftlichen Berufe, in denen 1970 um 46,5% weniger Personen tätig waren als 1961.

Dienstleistungsberufe durch Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur begünstigt

Die meisten Berufsgruppen dieses Bereichs haben jedoch zum Teil erhebliche Zuwachsraten aufzuweisen; hierzu gehören vor allem die Bank- und Versicherungskaufleute (+ 68,8%), die Sicherheitswahrer (+ 58,6%), die Gesundheitsdienstberufe ohne die Ärzte und Apotheker (+ 51,7%), die Lehrer (+ 51,6%) und die Rechenkaufleute, Datenverarbeitungsfachleute und Bürokräfte (+ 37,1%). Die Sicherheitswahrer schließen dabei in beiden Vergleichsjahren auch die Soldaten im Grundwehrdienst und auf Wehrübung ein. Bei der Volkszählung 1961 wurden die Soldaten ausgeklammert, so daß sie nunmehr für einen Vergleich mit den Ergebnissen der Volkszählung 1970 der Zahl der Sicherheitswahrer zugeschlagen werden mußten. Nicht ganz so hohe Zunahmen waren für die administrativ entscheidenden Berufstätigen (+ 19,7%) und die Organisatoren und Wirtschaftsprüfer (+ 9,5%), eine Berufsgruppe, die auch die Unternehmer einschließt, sowie die Gästebetreuer (+ 18,2%) und Körperpfleger (+ 10,8%) zu verzeichnen. Die Zahl der Warenkaufleute, die größte Gruppe innerhalb des Bereichs der Dienstleistungsberufe, wuchs trotz des Übergangs zur personalsparenden Selbstbedienung im Einzelhandel noch um 4,3%, während die Zahl der Erwerbstätigen in den Reinigungsberufen - eine Gruppe, die sich allerdings aus recht heterogenen Berufen mit verschiedenen Wachstumsbedingungen zusammensetzt - 1970 etwa noch genauso groß war wie 1961.

Dr. G. Nold-Stahlberg

Sportstätten 1974: Hallen- und Freibäder

Zwecks optimaler Versorgung mit Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen sind alle Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz gehalten, im Rahmen der Allgemeinen Landesrichtlinien zum Goldenen Plan von Mai 1969 Sportstätten-Leitpläne zu erstellen. Das Planungsprogramm umfaßt Hallen- und Freibäder, Turn- und Sporthallen, Sportplatz- und Sondersportanlagen sowie Spiel- und Freizeiteinrichtungen einschließlich der Kinderspielplätze. Der Sinn der Sportstättenplanung ist es, zur Intensivierung des Breitensports beizutragen, der einerseits als Ausgleich zur mangelnden oder einseitigen körperlichen Belastung der Menschen bei der Arbeit immer notwendiger, andererseits durch zunehmende Freizeit eher möglich wird. Die Schaffung ausreichender, modern und gut ausgestatteter Sportanlagen, die sowohl im Bau als auch in der Unterhaltung hohe Kosten verursachen, setzt eine Planung voraus, die den Bedarf an Sportstätten in städtebauliche Planungsmaßnahmen einbezieht, damit Fehlinvestitionen vermieden werden und die Versorgung möglichst aller Bürger mit Sportstätten erreicht wird.

Bei der Leitplanung ist zunächst die Erfassung der bestehenden Anlagen vorgesehen. Aufgrund von vorgegebenen Orientierungswerten, wie Bevölkerungszahl und -entwicklung, Einzugsbereiche, Schülerzahl, Zahl, Größe und Aktivitäten von Sportvereinen, soll der Gesamtbedarf festgestellt werden. Durch die Gegenüberstellung zum Bestand wird der Fehlbedarf errechnet. Die als Bedarf festgestellten Anlagen sollten dann in die Flächennutzungs- und Bebauungspläne eingeordnet und ihre Erstellung realisiert werden.

In einem ersten Schritt zur Verwirklichung der Leitpläne wurden alle vorhandenen Sport-, Spiel- und Freizeitanlagen nach dem Stand vom 1. Juli 1974 erfaßt. Die Erhebung führten die kreisfreien Städte und Landkreise nach Maßgabe des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport durch. Nach der Ersterhebung ist geplant, die Bestandsänderungen der Sportstätten jährlich zu erfassen. Bei den ersten Erhebungen über Sportstätten, die 1955 und 1965 durchgeführt worden waren, war keine Fortschreibung vorgesehen worden.

Aus der Erhebung 1974 wurden bislang die Bestandszahlen von Hallen- und Freibädern einschließlich der Schulhallenbäder, Strandbäder sowie der Hotel- und Kurbäder, soweit sie der Öffentlichkeit zugänglich sind, ausgewertet. Anlagen, die am Stichtag noch im Bau waren, wurden dabei bereits als Bestände erfaßt.

Öffentliche Hallenbäder

Öffentliche Hallenbäder dienen sowohl dem Schwimm- und Badebetrieb der Bevölkerung als auch dem schulischen Schwimmunterricht sowie den Schwimm- und Sportvereinen für Wettbewerbs- und Trainingszwecke. Sie werden in der Regel unter kommunaler Trägerschaft errichtet und verwaltet. Am 1. Juli 1974 gab es in Rheinland-Pfalz 76 öffentliche Hallenbäder mit einer Gesamtwasserfläche von 26 521 Quadratmetern. 22 Bäder waren außer dem Hauptbecken noch mit einem Zweitbecken (Nichtschwimmerteil) ausgestattet.

Eine Beckengröße von 8 Metern Breite und 16% bis 25 Metern Länge wiesen 18 Bäder aus, 17 Becken waren 10 mal 25 Meter groß. 28 Becken hatten die Ausmaße 12¹/₂ mal 25 Meter und 10 waren 16%

mal 25 Meter groß. In Kombination mit einem Freibad wurden 30 Hallenbäder errichtet. Zwei Bäder sind als Wellenbäder eingerichtet, drei der Bäder sind Allwetterbäder. Diese Bäder haben 50-Meter-Becken, die mit transportablem Umbau versehen sind. Je nach Witterung können sie als Hallen- oder als Freibad benutzt werden. Die drei in Rheinland-Pfalz existierenden Allwetterbäder sind unterschiedlich konstruiert, sie gelten noch als Versuchseinrichtungen.

Im Regierungsbezirk Koblenz wurden 30 Hallenbäder mit einer Gesamtwasserfläche von 9 011 qm erfaßt. Im Regierungsbezirk Trier waren es 16 mit 3 756 qm und im Bezirk Rheinhessen-Pfalz 30 mit 13 254 qm. Als Orientierungswert für den Bedarf an Hallenbädern sind zwischen 0,02 qm Wasserfläche je Einwohner in kleinen Einzugsbereichen und 0,01 qm in großen Einzugsbereichen vorgesehen. In Großstädten kann der Wert bis zu 0,005 qm betragen. Dieser Orientierungswert ist in den Städten mit über 50 000 Einwohnern fast durchweg erreicht, wenn man ohne Beachtung des Einzugsgebietes die Einwohnerzahlen der Städte zugrunde legt. Nur in Trier, Mainz und Kaiserslautern liegt die Quadratmeterzahl je Einwohner noch bei 0,004, in einigen Städten, wie etwa Neustadt, wird der Richtwert mit 0,025 wesentlich überschritten. Im Landesdurchschnitt sieht das Verhältnis allerdings

Bäder nach Gemeindegrößenklassen 1974

Bäder	Ins-gesamt	In Gemeinden mit ... Einwohnern					
		unter 1 000	1 000 - 2 000	2 000 - 5 000	5 000 - 10 000	10 000 - 50 000	50 000 und mehr
Hallenbäder	76	1	5	16	20	18	14
Schulhallenbäder	77	3	11	20	17	17	9
Freibäder	197	27	37	44	40	29	20
Strandbäder	36	8	4	5	9	4	6

ungünstiger aus: Pro Einwohner stehen 0,007 qm Wasserfläche zur Verfügung. Die günstigste Situation besteht dabei im Regierungsbezirk Trier mit 0,0078 qm, die schlechteste im Regierungsbezirk Koblenz mit 0,0065 qm. Für Rheinhessen-Pfalz wurden 0,0072 qm Wasserfläche je Einwohner errechnet. Kleinere Städte und Gemeinden, die über Hallenbäder verfügen, überschreiten diese Werte wesentlich, so Rülzheim (0,189 qm), Gensingen (0,134 qm) oder Thalfang (0,132 qm). Allerdings ist auch hierbei der Einzugsbereich nicht berücksichtigt.

Vier Landkreise ohne Hallenbad

Während in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier alle kreisfreien Städte und Landkreise mit mindestens einem Hallenbad ausgestattet sind, gibt es im Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz noch vier Landkreise, in denen kein öffentliches Hallen-

Verwaltungsbezirk	Freibäder			Strandbäder
	insgesamt	bis 1 000 qm Wasserfläche	über 1 000 qm Wasserfläche	
Kreisfreie Stadt				
Koblenz	3	1	2	-
Landkreise				
Ahrweiler	7	4	3	-
Altenkirchen (Ww.)	6	2	4	2
Bad Kreuznach	16	11	5	-
Birkenfeld	6	3	3	1
Cochem-Zell	5	2	3	-
Mayen-Koblenz	8	3	5	-
Neuwied	13	10	3	-
Rhein-Hunsrück-Kreis	8	6	2	1
Rhein-Lahn-Kreis	11	7	4	1
Westerwaldkreis	13	11	2	5
Reg. Bez. Koblenz	96	60	36	10
Kreisfreie Stadt				
Trier	2	-	2	-
Landkreise				
Bernkastel-Wittlich	6	5	1	-
Bitburg-Prüm	11	8	3	-
Daun	3	2	1	3
Trier-Land	7	2	5	-
Reg. Bez. Trier	29	17	12	3
Kreisfreie Städte				
Frankenthal (Pfalz)	1	-	1	1
Kaiserslautern	2	-	2	2
Landau i. d. Pfalz	1	-	1	-
Ludwigshafen a. Rhein	1	-	1	3
Mainz	2	-	2	-
Neustadt a. d. Weinstr.	4	1	3	-
Pirmasens	1	1	-	-
Speyer	2	1	1	-
Worms	2	2	-	1
Zweibrücken	1	-	1	-
Landkreise				
Alzey-Worms	4	1	3	-
Bad Dürkheim	8	6	2	1
Donnersbergkreis	5	-	5	1
Germersheim	4	-	4	3
Kaiserslautern	7	-	7	2
Kusel	8	2	6	-
Landau-Bad Bergzabern	8	3	5	-
Ludwigshafen	1	-	1	6
Mainz-Bingen	4	1	3	-
Pirmasens	6	3	3	3
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	72	21	51	23
Rheinland-Pfalz	197	98	99	36

bad existiert, nämlich Alzey-Worms, Donnersbergkreis, Kusel und Pirmasens. Das älteste rheinland-pfälzische Hallenbad besteht in Neuwied; es wurde 1908 errichtet. Bei der Sportstättenzählung 1965 wurden noch 18 Schwimmhallen gezählt. 54 der 1974 erfaßten Hallenbäder waren erst in jüngster Zeit, 1970 und später, erbaut worden.

Der Bevölkerung in den neun Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern stehen 14 Hallenbäder zur Verfügung, das heißt die 926 268 Einwohner dieser Städte können 14 Hallenbäder benutzen. Den 618 589 Bewohnern der 30 Städte mit 10 000 bis 50 000 Einwohnern stehen 18 Hallenbäder zur Verfügung, den 437 187 Einwohnern in Städten mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern die gleiche Zahl. Das heißt, die Bevölkerung in den mittleren Gemeinden (5 000 bis 50 000 Einwohner) ist, global betrachtet, am besten mit Hallenbädern versorgt; denn den 525 481 Einwohnern der Städte mit einer Bevölkerungszahl von 2 000 bis 5 000 Einwohnern stehen nur 18 Bäder zur Verfügung, denen in Gemeinden bis zu 2 000 Einwohnern (1 193 262) nur noch 6. Allerdings enthält dieser Vergleich eine gewisse Vereinfachung, da die Verteilung der Wohnsitze unberücksichtigt bleibt und die Zahlen des ganzen Landes zugrunde gelegt werden.

77 Schulhallenbäder

Soweit öffentliche Hallenbäder den Bedarf für den schulischen Schwimmunterricht nicht decken, sind Schulhallenbäder erforderlich. Allerdings sollen bei der Errichtung öffentlicher Sportanlagen und damit auch der Hallenbäder diese Sportstätten Schulsystemen und Schulzentren zugeordnet werden, damit eine gesonderte Planung von Schulsportanlagen vermieden werden kann.

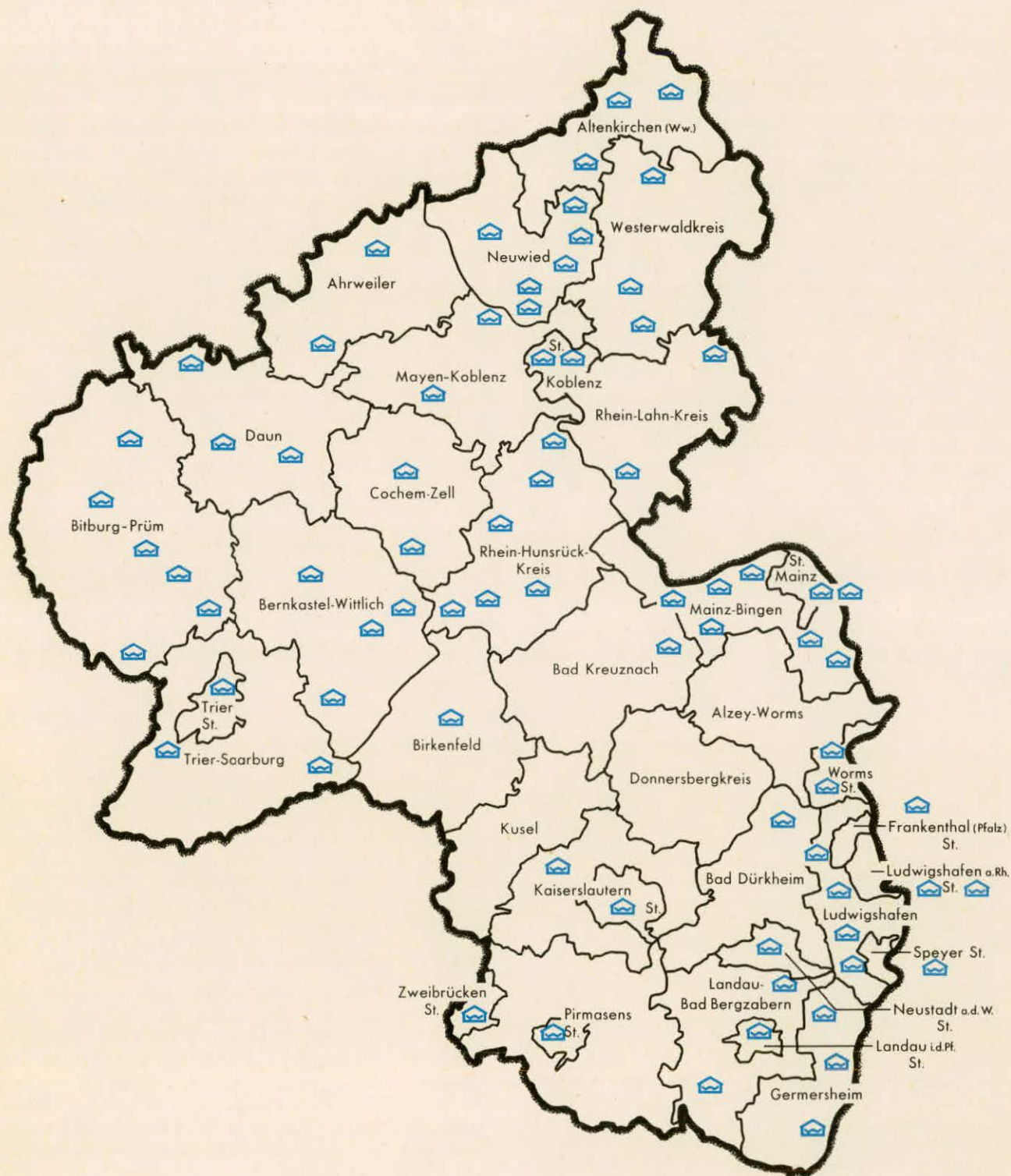
Schulhallenbäder sind in erster Linie für den Schwimmunterricht der Schulen gedacht, stehen aber zum Teil in der schulfreien Zeit auch Sport- und Schwimmvereinen zur Verfügung. Allerdings eignen sich nicht alle Schulhallenbäder für den Schwimmsport Erwachsener, da sie meist nur eine geringe Tiefe aufweisen. Deshalb strebt man an, die Schulhallenbäder mit höhenverstellbaren Zwischenböden auszustatten. Schulhallenbäder gab es am 1. Juli 1974 in Rheinland-Pfalz insgesamt 77, davon waren 63 noch ohne, 14 bereits mit Hubböden. 25 Bäder stehen im Regierungsbezirk Koblenz, 8 im Regierungsbezirk Trier und 44 in Rheinhessen-Pfalz.

Freibäder

Die Planung von Freibädern soll sich entsprechend der Allgemeinen Landesrichtlinien zum Goldenen Plan sowohl an der Einwohnerzahl der Einzugsbereiche als auch an den Belangen des Fremdenverkehrs orientieren. In Rheinland-Pfalz gab es 1974 insgesamt 197 Freibäder. 98 davon hatten eine Wasserfläche unter 1 000 qm, 99 eine Wasserfläche über 1 000 qm. Nach Regierungsbezirken aufgeteilt zeigt sich, daß die meisten Freibäder im Bezirk Koblenz bestehen, nämlich 96, knapp zwei Drittel davon mit unter 1 000 qm Fläche. Die meisten größeren Freibäder mit über 1 000 qm finden sich in

Kommunale Hallenbäder 1974

(ohne Kurbäder)



Schulhallenbäder in den Regierungsbezirken 1974

Regierungsbezirk	Schul-Hallenbäder		
	insgesamt	mit Hubboden	ohne Hubboden
Koblenz	25	7	18
Trier	8	1	7
Rheinhausen-Pfalz	44	6	38
Rheinland-Pfalz	77	14	63

Rheinhausen-Pfalz (51); dagegen gibt es hier 21 Bäder mit einer Wasserfläche unter 1 000 qm, also insgesamt 72 Bäder. 17 kleinere und 12 größere Bäder gibt es im Bezirk Trier.

Im Landesdurchschnitt steht für 18 786 Einwohner ein Freibad zur Verfügung. Im Regierungsbezirk Koblenz liegt das Verhältnis bei 1 zu 14 373. Auffallend ist dabei, daß für die großen Städte die Relation ungünstiger ist. So kommen auf ein Freibad in Koblenz 39 825 Einwohner, in Bad Kreuznach 21 784, in Neuwied 20 953 und in Idar-Oberstein 18 974. Auch die Stadt Trier ist im Vergleich zum Durchschnitt des Regierungsbezirks Trier schlechter mit Freibädern ausgestattet. Im Bezirk liegt die Relation bei 1 zu 16 590, in der Stadt Trier dagegen bei 1 zu 51 111. Nicht anders stellt sich die Situation in Rheinhausen-Pfalz dar, wo lediglich die Städte Neustadt, Speyer und Bingen unter den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern ein besseres Verhältnis von Einwohnern pro Freibad aufweisen als der Durchschnitt des Regierungsbezirks mit 25 554.

Bei den Freibädern zeigt sich die gleiche Tendenz wie bei den Hallenbädern. Auch hier sind die mitt-

leren Städte am besten ausgestattet. Die 20 Freibäder in den Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern können von 926 269 Personen benutzt werden, während den 1 055 776 Einwohnern der 95 Städte mit 5 000 bis 50 000 Einwohnern 69 Bäder zur Verfügung stehen. 44 Freibäder gibt es in den 177 Städten mit 2 000 bis 5 000 Einwohnern. Die 2 182 kleinen Gemeinden mit 1 193 262 Einwohnern teilen sich in 64 Freibäder. Allerdings gilt auch hier, daß die Gesamtzahlen zugrunde gelegt wurden, eine regionale Differenzierung aber nicht vorgenommen wurde und auch die Einzugsbereiche nicht berücksichtigt sind.

Neben Freibädern stehen der Bevölkerung in einigen Gemeinden auch Bäder an Natur- und künstlichen Seen zur Verfügung, die zum Badebetrieb ausgebaut wurden und als kommunale Einrichtung unter einer qualifizierten Leitung und Beaufsichtigung stehen. Von diesen Bädern gibt es 10 im Regierungsbezirk Koblenz, 23 in Rheinhausen-Pfalz und 3 im Bezirk Trier.

Kur- und Hallenbäder

Eine Ergänzung der öffentlichen Hallen- und Freibäder stellen die Kur- und Hotelbäder dar. Die Kurbäder dienen zwar in erster Linie der Behandlung der Kurgäste, die Hotelbäder dem Freizeitangebot der Hotels für ihre Gäste, sie werden jedoch teilweise auch zur Bereicherung des Angebots der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. An Kurbädern, die durchweg Thermalbäder sind, können in Rheinland-Pfalz 22 von der Öffentlichkeit genutzt werden, 14 dieser Bäder sind Thermal-Hallenbäder. Öffentlich zugängliche Hotelbäder gibt es 82. Davon sind 70 Hallenbäder und 12 Freibäder.

Diplom-Volkswirtin G. Kernich-Möhringer

Produktionsverhältnisse im Weinbau 1972

Die in etwa zehnjährigen Abständen üblichen umfassenden statistischen Bestandsaufnahmen im Bereich der Land- und Forstwirtschaft beinhalten normalerweise auch gesonderte Erhebungen für den Weinbau, denen für Rheinland-Pfalz als dem bei weitem größten Weinbauland der Bundesrepublik eine entscheidende Bedeutung zukommt. Die in der Zeit von Dezember 1972 bis Februar 1973 als Nacherhebung zur Landwirtschaftszählung 1971 durchgeführte Weinbauerhebung 1972/73 richtete sich an alle Betriebe mit einer bestockten oder zur Wiederbestockung vorgesehenen Rebfläche von 10 Ar und mehr sowie an Betriebe unter 10 Ar, wenn sie Weinbauerzeugnisse zum Verkauf herstellten. In diesem Beitrag werden zunächst die Ergebnisse über die Produktionsgrundlagen wie Betriebsstruktur, Rebflächen und deren Bepflanzung und Bearbeitung, Besitzverhältnisse und Teilstücke, dargestellt. Ein weiterer Aufsatz wird sich mit der Verwendung der Ernte sowie den Absatzverhältnissen befassen. Zu Vergleichszwecken können Daten der Weinbaubetriebs-erhebung 1958 sowie des Weinbaukatasters 1964 herangezogen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Vergleichbarkeit zu 1958 im unteren Bereiche beeinträchtigt ist, da seinerzeit nur Betriebe ab 20 Ar Reb-

fläche bzw. Betriebe mit Erwerbsweinbau einbezogen waren und eine Größenklassengliederung nach der gesamten Rebfläche und nicht wie für 1972 nach der bestockten Rebfläche vorgenommen wurde. Mit den entsprechenden Zahlen des Weinbaukatasters 1964 können die Ergebnisse von 1972 dagegen uneingeschränkt verglichen werden.

Deutliche Entwicklung zu größeren Betrieben

Um die Jahreswende 1972/73 gab es in Rheinland-Pfalz 49 100 Weinbaubetriebe mit einer Gesamtrebfläche von 61 000 ha. Über eine bestockte Rebfläche von insgesamt 57 900 ha verfügten 48 970 Betriebe. Damit bewirtschafteten über 40% aller landwirtschaftlichen Betriebe in Rheinland-Pfalz auch Rebflächen, wobei dieser Anteil gebietsweise und hier besonders im südlichen Landesteil wesentlich höher lag. Trotz der im Zuge des allgemeinen landwirtschaftlichen Strukturwandels ständig zunehmenden Konzentration zu größeren Betriebseinheiten ist der Weinbau nach wie vor durch eine geringe Flächenausstattung pro Betrieb ge-

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Betriebe			Landwirtschaftlich genutzte Fläche			Bestockte Rebfläche		
	1964	1972	Verän- derung zu 1964	1964	1972	Verän- derung zu 1964	1964	1972	Verän- derung zu 1964
	Anzahl		%	ha		%	ha		%
unter 0,10 ha	4 461	2 529	- 43,3	3 662	2 398	- 34,5	292	154	- 47,3
0,10 - 0,25 "	16 845	10 116	- 39,9	23 153	12 291	- 46,9	2 749	1 657	- 39,7
0,25 - 0,50 "	15 557	10 157	- 34,7	31 650	16 922	- 46,5	5 458	3 498	- 35,9
0,50 - 1 "	13 886	9 519	- 31,4	48 872	29 679	- 39,3	9 763	6 627	- 32,1
1 - 2 "	9 068	8 283	- 8,7	52 379	45 142	- 13,8	12 477	11 537	- 7,5
2 - 5 "	4 145	6 834	64,9	35 194	63 792	81,3	11 812	20 720	75,4
5 - 10 "	509	1 449	184,7	7 277	19 961	174,3	3 376	9 335	176,5
10 - 20 "	102	189	85,3	2 515	4 010	59,4	1 341	2 440	82,0
20 und mehr "	30	56	86,7	1 645	3 049	85,3	928	1 960	111,2
Insgesamt	64 603	49 132	- 24,4	206 347	197 242	- 4,8	48 196	57 928	20,2

kennzeichnet, wobei jedoch auch zu berücksichtigen ist, daß pro Flächeneinheit ein um ein Mehrfaches höherer Ertrag zu erreichen ist als in der übrigen Landwirtschaft.

So besaß allein ein Viertel aller Betriebe nur bestockte Rebflächen von weniger als 0,25 ha, ein Fünftel wies 0,25 bis 0,5 ha nach. Weiteren 19% standen 0,5 bis 1 ha zur Verfügung. An der gesamten bestockten Rebfläche waren diese Betriebe jedoch nur zu 3,2, 6 bzw. 11% beteiligt. Knapp 8 300 Betriebe (17%) hatten Rebflächen zwischen 1 und 2 ha und 6 800 (14%) solche von 2 bis 5 ha in ihren Grenzen. Mit 20 bzw. 36% entfielen auf sie die höchsten Rebflächenanteile. Weinbaubetriebe mit 5 bis 10 ha sowie über 10 ha Rebland gab es nur 1 450 (3,0%) bzw. 245 (0,5%). Sie beanspruchten jedoch 16 bzw. 8% der gesamten Weinbergsfläche des Landes.

Unter den einzelnen Anbaugebieten war die Rheinpfalz mit gut 15 000 Betrieben am stärksten vertreten, gefolgt von Rheinhessen (14 800) und Mosel-Saar-Ruwer (13 700). Weit weniger Weinbaubetriebe fanden sich dagegen an der Nahe (3 330), am Mittelrhein (1 430) sowie an der Ahr (900). Als bedeutende Weinbaukreise verfügten Landau-Bad Bergzabern über 7 180, Alzey-Worms über 7 140 sowie Mainz-Bingen über annähernd 7 000 Weinbaubetriebe. Besonders zahlreich waren diese auch in Bernkastel-Wittlich (5 200), Trier-Saarburg (4 900), Bad Dürkheim (4 250), Bad Kreuznach (3 500) und Cochem-Zell (2 900). Die Stadt Neustadt a. d. Weinstraße beheimatete als größte deutsche Weinbaugemeinde mit einer Rebfläche von über 1 700 ha immerhin 1 470 Betriebe.

Seit 1964 ist die Zahl der Weinbaubetriebe um ein Viertel geringer geworden, während die bestockte Rebfläche im gleichen Zeitraum um 20% ausgeweitet wurde. Betriebe unter 0,25 ha gab es nur noch halb soviel wie vor acht Jahren. In den Größenklassen von 0,25 bis 0,5 und 0,5 bis 1 ha sind sie um jeweils ein Drittel reduziert worden. Selbst die Betriebe zwischen 1 und 2 ha bestockter Rebfläche wiesen mit — 9% noch einen durchaus nennenswerten Rückgang auf. Deutliche Zugänge verzeichneten dagegen die 2 bis 5 ha großen sowie diejenigen über 5 ha. Ihre Zahl stieg um 65% bzw.

um mehr als das Anderthalbfache. Zieht man das Jahr 1957 zu Vergleichszwecken heran, kommt der Konzentrationsprozeß noch wesentlich deutlicher zum Ausdruck. So gingen die Betriebe von 0,5 bis 1 ha Rebfläche seit der Zeit sogar um mehr als 40% zurück. Die 1 bis 2 ha bewirtschaftenden zeigten dagegen zwischen 1957 und 1964 noch einen leichten Anstieg, so daß die Abnahme zu 1972 nicht ganz so hoch (— 6%) ausfiel. Die Betriebe mit 2 bis 5 ha haben sich in den vergangenen 15 Jahren mehr als verdoppelt, die mit über 5 ha nahezu verdreifacht.

In der Mehrzahl reine Weinbaubetriebe

Da der Weinbau einerseits häufig mit dem Anbau von rein landwirtschaftlichen Kulturen gekoppelt ist, sowie andererseits Weinanbau, Weinhandel und Weinverarbeitung vielfach nebeneinander ablaufen, ist zur näheren Kennzeichnung der Betriebe — auch für die tabellarische Auswertung der Ergebnisse — eine Unterteilung in sogenannte Betriebsarten vorgenommen worden. Dies geschah im Rahmen der Aufbereitung anhand der von den Auskunftspflichtigen erfragten prozentualen Zusammensetzung der Betriebseinnahmen. Auf dieser Grundlage wurden 31 100 oder 63% der rheinlandpfälzischen Betriebe mit Weinbau als reine Weinbaubetriebe eingestuft, in denen 90% und mehr der Betriebseinnahmen auf den Weinbau entfielen. Die zweite bedeutende Gruppe stellten die Weinbaubetriebe mit Landwirtschaft (20%), deren Einnahmen zu 50 bis 90% aus dem Weinbau und zum restlichen Teil überwiegend aus der Landwirtschaft stammten und die besonders häufig im rheinhessischen Anbaugbiet anzutreffen waren. In weiteren 5 600 (11%) landwirtschaftlich-weinbaulichen Gemischtbetrieben dominierten die Einnahmen aus der landwirtschaftlichen Erzeugung im engeren Sinne. Sie wurden als landwirtschaftliche Betriebe mit Weinbau bezeichnet. Weinbau-Weinhandelsbetriebe (50 bis 90% der Einnahmen aus Weinbau, der Rest überwiegend aus Handel und Verarbeitung) sowie Handels- und Verarbeitungsbetriebe (weniger als 50% der Einnahmen aus Weinbau, der Rest überwiegend aus Handel und Verarbeitung) waren nur mit 2 bzw. 3,4% vertreten. Mit etwas mehr als der Hälfte der gesamten Rebfläche verfügten die reinen Weinbaubetriebe (1,0 ha) im Durchschnitt

Anbaubereich	Be- triebe	Be- triebs- fläche	Land- wirt- schaft- lich genutzte Fläche	Gesamte Reb- fläche	Be- stockte Reb- fläche	Reb- fläche im Ertrag	Betriebe mit Einkommen von Betriebsinhaber oder Ehegatte ausschließlich oder überwiegend aus Weinbau bzw. Landwirtschaft		
							Be- triebe	landwirt- schaftlich genutzte Fläche	gesamte Reb- fläche
	Anzahl	ha					Anzahl	ha	
Ahr	895	2 183	814	430	362	341	181	298	160
Mittelrhein ¹⁾	1 431	6 992	4 307	1 032	878	796	488	2 858	545
Bacharach	584	2 153	1 293	395	370	350	177	870	216
Rhein-Burgengau	839	4 767	2 967	618	492	431	307	1 971	317
Mosel-Saar-Ruwer	13 657	40 127	32 727	11 946	11 601	10 461	7 827	25 316	9 079
Bernkastel	7 419	18 645	15 153	6 962	6 828	6 049	4 767	12 233	5 626
Obermosel	1 330	7 097	6 591	985	966	913	724	5 711	795
Saar-Ruwer	1 865	8 647	6 693	1 718	1 642	1 491	714	4 136	994
Zell/Mosel	3 043	5 738	4 291	2 282	2 165	2 008	1 622	3 236	1 662
Nahe	3 334	23 909	21 993	4 816	4 236	3 856	1 695	18 117	3 625
Bad Kreuznach	1 618	7 867	7 332	3 064	2 744	2 493	831	5 967	2 382
Schloß Böckelheim	1 716	16 042	14 661	1 753	1 492	1 362	864	12 150	1 244
Rheinhessen	14 789	85 698	83 846	21 999	20 627	17 794	7 707	75 162	17 708
Bingen	5 457	28 677	27 825	7 348	6 793	6 004	2 869	24 396	5 826
Nierstein	5 907	33 617	33 022	9 009	8 420	7 144	2 963	29 451	7 096
Wonnegau	3 425	23 404	22 998	5 643	5 413	4 646	1 875	21 316	4 786
Rheinpfalz	15 034	56 408	53 603	20 780	20 240	17 570	6 672	44 844	16 091
Südliche Weinstraße	8 709	29 855	28 085	11 092	10 864	9 444	3 874	23 204	8 419
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	6 325	26 553	25 518	9 688	9 376	8 125	2 798	21 640	7 672
Rheinland-Pfalz	49 132	215 246	197 242	60 985	57 928	50 802	24 566	166 579	47 195

1) Einschl. 8 Betriebe des Landes Nordrhein-Westfalen (Siebengebirge).

über eine geringere Rebflächenausstattung als die Weinbaubetriebe mit Landwirtschaft (1,9 ha), die an der Rebfläche des Landes zu knapp einem Drittel beteiligt waren. Im Zuge der Spezialisierung hat sich in den Weinbaubetrieben der Anteil der Rebfläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche von 22% für 1957 über 26% im Jahre 1964 auf derzeit 31% erhöht.

In der Hälfte aller Weinbaubetriebe des Landes stammte das Einkommen von Betriebsinhaber oder Ehegatten ausschließlich oder überwiegend aus dem Weinbau bzw. der damit verbundenen Landwirtschaft. Dabei lag dieser Wert in den Anbaubereichen Ahr (20%), Mittelrhein (34%) und Rheinpfalz (44%) zum Teil wesentlich niedriger, an Mosel-Saar-Ruwer (57%) und in Rheinhessen (52%) dagegen höher. Von der bewirtschafteten Rebfläche entfielen etwas mehr als drei Viertel auf diese Haupterwerbsbetriebe. Günstigere Verhältnisse ergaben sich mit 81% lediglich für Rheinhessen. An Ahr und Mittelrhein erreichten die entsprechenden Anteile lediglich 37 bzw. 53%. Im Anbaubereich Mosel-Saar-Ruwer, an der Nahe sowie in der Rheinpfalz entsprachen sie im großen und ganzen dem Landesmittel.

Zunehmender Pachtlandanteil

Die von den Betrieben genutzten Rebflächen von fast 61 000 ha standen zu 80% in deren Eigentum, bei 19% handelte es sich um Pachtland. Betrachtet man die Verhältnisse in den einzelnen Größenklassen, so zeigt sich, daß mit zunehmender Betriebsgröße der Anteil des eigenen Landes abnimmt, während gleichzeitig der Prozentsatz des Pachtlandes größer wird. Diese Tatsache beweist, daß ähn-

lich wie in der übrigen Landwirtschaft auch im Weinbau eine Flächenaufstockung hauptsächlich über die Zupachtung vor sich geht. Ausschließlich eigene Rebflächen besaßen rund 70% der Betriebe. Da es sich hierbei jedoch meist um solche mit geringer Flächenausstattung handelt, entfielen auf sie nur 45% des Reblandes. Mit rund 1 400 nahm sich die Zahl der reinen Pachtbetriebe relativ gering aus, auf sie kamen lediglich 2% der gesamten Rebfläche. Über ein Viertel aller Betriebe bewirtschafteten sowohl eigene als auch gepachtete Weinberge, wobei sie besonders häufig im mittleren Größenklassenbereich von 1 bis 5 ha anzutreffen waren. Zu ihnen gehörten 32 400 ha oder 53% der gesamten rheinland-pfälzischen Rebfläche. Dabei sank der Anteil des Eigenlandes meistenteils (47%) nicht unter 75%, in knapp einem Drittel machte er immer noch zwischen 50 und 75% aus. Die Entwicklung seit 1964 ist bei einer Zunahme des Pachtlandanteils um drei Prozentpunkte durch eine größere Verbreitung der Betriebe mit eigenen und gleichzeitig gepachteten Flächen und einen Rückgang der Betriebe mit ausschließlich Eigenland gekennzeichnet. Am ausgeprägtesten stellt sich diese Erscheinung in der zahlenmäßig stark angewachsenen Betriebsgruppe über 2 ha Rebfläche dar, während im unteren Bereich im Zuge des Übergangs zur nebenberuflichen Betriebsführung eine Beschränkung auf die im Eigentum befindlichen Flächen erkennbar ist. Die Betriebe mit nur Pachtflächen wiesen dagegen keine entscheidenden Veränderungen auf.

Besitzersplitterung nach wie vor groß

Die auch im Weinbau infolge der Realteilung vorhandene Flurzersplitterung mit ihren für eine

Besitzverhältnisse der Weinbaubetriebe 1964 und 1972

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Betriebe insgesamt		Mit ausschließlich						Mit gemischten Besitz- verhältnissen	
			Eigenland		Pachtland		sonstigen Besitzarten			
	1964	1972	1964	1972	1964	1972	1964	1972	1964	1972
	Anzahl		%							
unter 0,10 ha	4 461	2 529	92,8	94,3	3,9	3,3	0,9	0,6	2,3	1,9
0,10 - 0,25 "	16 845	10 116	88,0	91,1	4,1	3,0	0,6	0,6	7,3	5,2
0,25 - 0,50 "	15 557	10 157	78,7	84,7	2,9	2,7	0,3	0,2	18,1	12,4
0,50 - 1 "	13 886	9 519	67,3	71,8	2,0	3,2	0,1	0,2	30,5	24,9
1 - 2 "	9 068	8 283	53,2	56,1	2,3	2,8	0,1	0,1	44,4	41,0
2 - 5 "	4 145	6 834	39,1	34,8	1,5	2,0	0,0	0,0	59,3	63,1
5 - 10 "	509	1 449	36,9	23,3	1,4	1,0	-	-	61,7	75,6
10 - 20 "	102	189	37,3	29,1	1,0	1,6	-	-	61,8	69,3
20 und mehr "	30	56	26,7	14,3	-	1,8	-	-	73,3	83,9
I n s g e s a m t	64 603	49 132	73,1	70,1	2,9	2,8	0,3	0,3	23,6	26,8

rationelle Bewirtschaftung mannigfaltigen Nachteilen wird darin besonders deutlich, daß lediglich 14% der Betriebe eine zusammenhängende Rebfläche bewirtschaften können; sie verfügten über nur ein Rebteilstück. Dabei handelte es sich überwiegend jedoch um kleinere Betriebe unter 0,25 ha, wie aus dem Anteil der zugehörigen Rebflächen (2,2%) unschwer abzuleiten ist. Rund 13% waren auf zwei und weitere 11% auf drei Rebgrundstücke angewiesen. In 21% der Betriebe stockten die Reben auf vier bis sechs und in 16% auf sieben bis zehn verschiedenen Flächen. Über ein Viertel aller Winzer mit nahezu 60% der gesamten Rebfläche mußten jedoch elf und mehr Rebteilstücke bearbeiten. Im Durchschnitt entfielen hier auf einen Betrieb 19 räumlich getrennte Flächen. Regional ergaben sich jedoch deutliche Unterschiede zwischen den nördlichen Anbaugebieten mit ihren verbreiteten Steillagen und dem Süden, wo überwiegend Flach- und Hanglagen das Bild des Weinbaues bestimmen. Während im Landesdurchschnitt ein Betrieb acht Teilstücke bebaute, waren es in den Bezirken Koblenz und Trier neun bzw. sogar zehn, in Rheinhessen und der Pfalz dagegen nur sieben. Auch die mittleren Teilstücksgrößen variierten von 12 bzw.

9 Ar in Koblenz und Trier bis zu 20 Ar in Rheinhessen-Pfalz. Im Schnitt belief sie sich im Land auf 16 Ar. Im Zuge der auch im Weinbau in den letzten Jahren verstärkt vorgenommenen Flurbereinigungen verminderte sich die Zahl der Rebgrundstücke seit 1964 von 434 400 auf 389 900 (— 10%). Die durchschnittliche Größe stieg dadurch von 11 auf 16 Ar, während sich die Zahl der Teilstücke pro Betrieb infolge des etwas stärkeren Rückgangs der Betriebe bei gleichzeitiger Ausweitung der Rebfläche von sieben auf acht erhöhte.

Überwiegend Drahtrahmenanlagen

Die mit Keltertrauben bepflanzte Rebfläche (57 700 ha) bestand Ende 1972 nur noch zu knapp einem Fünftel aus Pfahlanlagen. Dabei läßt sich eine deutliche Abhängigkeit dieser Erziehungsart von der vorhandenen Lagegestaltung feststellen. Während sie in den Anbaugebieten Rheinhessen, Rheinpfalz und Nahe nur in seltenen Fällen anzutreffen war, fand sie sich an der Ahr und im Anbaug Gebiet Mosel-Saar-Ruwer mit den dort verbreiteten Steillagen und ihren Terrassen auf drei Vierteln sowie am Mittelrhein auf knapp der Hälfte der Rebflächen. Die aus arbeitswirtschaftlicher Sicht

Weinbaubetriebe nach der Zahl der Rebgrundstücke 1964 und 1972

Betriebs- größenklasse nach der bestockten Rebfläche	Betriebe mit ... Rebgrundstücken											
	1		2		3		4 - 6		7 - 10		11 und mehr	
	1964	1972	1964	1972	1964	1972	1964	1972	1964	1972	1964	1972
	%											
unter 0,10 ha	67,6	65,0	19,1	21,5	7,0	7,9	5,6	4,5	0,6	0,9	0,1	0,2
0,10 - 0,25 "	33,0	36,9	28,9	31,0	15,2	15,0	15,5	12,9	5,9	3,5	1,5	0,8
0,25 - 0,50 "	8,0	10,9	17,1	21,0	18,4	20,9	33,5	31,5	13,1	9,9	10,0	5,8
0,50 - 1 "	1,7	1,7	4,5	6,4	8,2	10,8	34,0	37,9	27,4	23,3	24,2	19,9
1 - 2 "	0,6	0,5	1,1	1,2	2,1	3,0	17,7	20,3	33,3	30,7	45,3	44,3
2 - 5 "	0,5	0,2	0,5	0,5	0,6	0,8	4,7	5,9	18,6	21,9	75,1	70,7
5 - 10 "	0,8	0,1	0,4	0,3	0,6	0,4	3,3	2,6	6,9	9,7	88,0	86,9
10 - 20 "	-	-	2,0	1,6	1,0	1,6	2,9	3,2	2,0	4,8	92,2	88,9
20 und mehr "	3,3	3,6	-	-	3,3	-	3,3	3,6	-	-	90,0	92,9
Insgesamt	15,7	13,7	14,1	13,3	11,0	10,5	22,6	21,1	16,5	15,9	20,1	25,5

Anbaugbiet Bereich	Be- triebe	Reb- fläche ha	Mit Pfahlanlagen		Mit Drahtrahmen- anlagen		Bearbeitung der Rebflächen					
			Be- triebe	Reb- fläche	Be- triebe	Reb- fläche	im direkten Zug		im Seilzug		nur von Hand	
							Be- triebe	Reb- fläche	Be- triebe	Reb- fläche	Be- triebe	Reb- fläche
	Anzahl	ha					%					
Ahr	887	362	97,7	89,0	12,3	11,0	12,5	9,9	42,6	42,3	86,6	47,8
Mittelrhein ¹⁾	1 422	878	50,1	26,7	78,6	73,3	4,6	10,4	76,7	77,7	32,3	12,0
Bacharach	583	370	18,2	7,8	98,6	92,2	2,1	2,7	95,7	95,9	5,1	1,4
Rhein-Burgengau	823	492	77,4	52,8	47,5	47,2	6,3	15,7	63,9	64,0	52,2	20,3
Mosel-Saar-Ruwer	13 622	11 562	76,3	45,8	72,2	54,2	10,7	12,1	82,6	74,5	45,2	13,4
Bernkastel	7 407	6 802	86,0	49,6	71,3	50,4	8,7	9,8	89,1	79,2	40,7	11,1
Obermosel	1 325	963	5,7	2,0	96,8	98,0	25,2	36,1	77,8	58,7	21,2	5,3
Saar-Ruwer	1 859	1 636	56,5	24,6	86,8	75,4	2,6	7,6	87,6	88,2	18,7	4,3
Zell/Mosel	3 031	2 161	95,5	69,3	54,8	30,7	14,1	12,2	65,8	56,5	83,1	31,3
Nahe	3 307	4 224	21,7	8,0	91,6	92,0	38,2	50,9	71,5	46,8	13,8	2,2
Bad Kreuznach	1 606	2 733	5,0	2,5	96,2	97,5	55,7	63,5	64,8	34,9	7,7	1,5
Schloß Böckelheim	1 701	1 491	37,6	18,1	87,2	81,9	21,6	27,9	78,0	68,6	19,5	3,5
Rheinhessen	14 727	20 560	32,2	9,5	91,3	90,5	87,9	93,7	3,7	2,5	11,7	3,7
Bingen	5 434	6 766	18,8	4,7	93,1	95,3	84,8	90,8	7,7	5,5	11,5	3,7
Nierstein	5 883	8 397	38,5	11,9	91,5	88,1	89,4	94,0	1,7	1,4	12,9	4,6
Wonnegau	3 410	5 397	42,8	11,8	87,9	88,2	90,3	97,1	0,6	0,6	10,0	2,4
Rheinpfalz	14 999	20 142	37,3	12,8	87,0	87,2	92,9	98,2	1,1	0,3	8,9	1,4
Südliche Weinstraße	8 695	10 826	19,0	4,1	95,4	95,9	93,4	98,4	0,6	0,1	9,6	1,5
Mittelhaardt-Deutsche Weinstraße	6 304	9 316	62,5	23,0	75,4	77,0	92,3	98,0	1,8	0,6	8,1	1,4
Rheinland-Pfalz	48 957	57 712	47,0	18,6	82,9	81,4	60,8	74,0	32,2	20,8	22,3	5,2

1) Einschl. 8 Betriebe des Landes Nordrhein-Westfalen (Siebengebirge).

ungleich günstiger zu beurteilenden Drahtrahmenanlagen dominierten dagegen in den beiden südlichen Anbaugebieten. In der Mehrzahl wiesen sie hier Zeilenabstände von 1,40 bis 2,00 m auf. Anlagen von weniger als 1,40 m, bei denen die Vorteile eines möglichen Maschineneinsatzes schon nicht mehr voll zum Tragen kommen, beanspruchten ein Fünftel des Reblandes. Bei den Anlagen mit mehr als 2,00 m Reihenabstand sind durch die geringere Flächenausnutzung vielfach schon Ertragseinbußen zu befürchten, sie fanden sich daher nur auf 7% der Fläche. Während in Rheinhessen und der Pfalz allgemein die Anlagen mit größeren Zeilenabständen vorherrschten, gab es in den nördlichen Gebieten überwiegend solche mit weniger als 1,40 m.

Steillagen mit hohem Arbeitsaufwand

Auch die Bearbeitungsmöglichkeit der Rebflächen und damit die Höhe der Produktionskosten im Weinbau ist weitgehend abhängig von der Lagegestaltung, die im übrigen bei der Weinbauerhebung 1972/73 nicht erfragt wurde. Da sich hier nur in langjährigen Abständen größere Veränderungen ergeben, schienen die diesbezüglichen Daten des Weinbaukatasters von 1964 noch ausreichend. Nahezu drei Viertel aller rheinland-pfälzischen Weinberge wurden 1972 im direkten Zug bearbeitet, bei einem Fünftel war der Einsatz einer Seilwinde zur Herrichtung des Bodens erforderlich. Fast 3 000 ha (5%) wiesen so extreme Steigungen auf oder waren so klein, daß nur Handarbeit in Frage kam. Am günstigsten schnitten hierbei erwartungsgemäß wieder die Winzer in Rheinhessen und der Pfalz ab, wo etwa 95% der Rebflächen mit dem Schlepper befahren und bearbeitet werden konnten, gegenüber nur 51% an der Nahe und sogar nur 10% an Ahr und Mittelrhein sowie 12% an Mosel-Saar-

Ruwer. In den letzten beiden Gebieten fand dagegen auf 75% der Rebfläche die ungleich aufwendiger und schwieriger zu handhabende Seilwinde Verwendung. Gleichzeitig spielte hier auch noch die Handarbeit eine entscheidende Rolle. Knapp ein Drittel der Betriebe bearbeitete am Mittelrhein 12% der Rebfläche auf diese Weise, an Mosel-Saar-Ruwer waren es noch 45% mit 13% der Rebfläche. Den höchsten manuellen Arbeitsaufwand beanspruchten jedoch die Rebflächen an der Ahr, dem kleinsten Anbaugbiet von Rheinland-Pfalz. Mehr als 85% der dortigen 900 Betriebe konnten weder vom Schlepper noch von der Seilwinde Gebrauch machen.

Pfropfreben dominieren

Als wichtigste Abwehrmaßnahme gegen die Reblaus, die nach ihrer Einführung aus Nordamerika im vorigen Jahrhundert den deutschen Weinbau in seiner Existenz bedrohte, gilt nach wie vor der Anbau von reblausresistenten Pfropfreben. Im Jahre 1972 waren bereits 80% der rheinland-pfälzischen Rebfläche auf Veredlungen mit Amerikanerreben als Unterlagen umgestellt. Im Vergleich dazu stockten 1954 noch auf vier Fünfteln der Landesfläche wurzelechte Reben. Entsprechend dem damals hohen Verseuchungsgrad und in Verbindung mit dem häufigeren Umtrieb der Flächen stehen heute in den Anbaugebieten Rheinpfalz, Rheinhessen und Nahe zu über 90%, am Mittelrhein zu 75% Pfropfreben. An der Ahr sowie im Gebiet Mosel-Saar-Ruwer erreichten sie erst Anteile von 11 bzw. 54%, wobei in letzterem vor allem die besonders stark von der Reblaus heimgesuchten Bereiche Obermosel sowie Saar-Ruwer eine Ausnahme machen.

Diplom-Agraringenieur W. Laux

Umsätze der Unternehmen nach Umsatzgrößenklassen und Verwaltungsbezirken 1972

Nachdem in Heft 2/1974 dieser Reihe bereits eine Veröffentlichung der Hauptergebnisse der Umsatzsteuerstatistik 1972 erfolgte, sollen im folgenden Beitrag die Steuerpflichtigen und ihre Umsätze nach Umsatzgrößenklassen sowie in regionaler Gliederung dargestellt werden. Bezüglich der methodischen Grundlagen der Erhebung wird auf das Februarheft verwiesen.

Neben der Bilanzsumme und der Zahl der Beschäftigten dient vor allem die Höhe des erzielten Umsatzes als Maßstab zur Beurteilung der Größe und Bedeutung eines Unternehmens. Dementsprechend liefert die Gliederung der Umsatzsteuerpflichtigen nach der Umsatzhöhe interessante Einblicke in die Größenstruktur der gewerblichen Wirtschaft einschließlich der freien Berufe und sonstiger Institutionen, soweit eine Umsatzsteuerpflicht besteht. Die Zuordnung zu den einzelnen Umsatzgrößenklassen erfolgte bei den Regelbesteuerten nach der Höhe des steuerbaren Umsatzes ohne Umsatzsteuer (Nettoumsatz), bei den nach § 19 UStG Besteuer-ten dagegen nach deren Umsatz einschließlich Umsatzsteuer (Bruttoumsatz).

Knapp 8 000 Umsatzmillionäre

Im Jahre 1972 erreichten nahezu drei Viertel (74%) aller erfaßten Umsatzsteuerpflichtigen weniger als 250 000 DM und die Hälfte (50,1%) sogar weniger als 100 000 DM an Umsatz. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in die Statistik ohnehin nur Unternehmen mit mindestens 12 000 DM Jahresumsatz einbezogen wurden. Im Jahre 1968 blieben 58,4% und 1970 noch 56,4% der Umsatzsteuerpflichtigen unter einem Umsatzwert von 100 000 DM. Die geringe wirtschaftliche Bedeutung der Unternehmen, welche die Umsatzgrenze von 100 000 DM nicht erreichten bzw. überschritten, wird daran deutlich, daß sie bei einem zahlenmäßigen Anteil von gut 50% nicht mehr als 3,8% des gesamten Umsatzvolumens auf sich vereinigen konnten. Demgegenüber wurden durch die 7 966 Umsatzmillionäre - sie machten 7,3% (1970: 5,6%) aller

Steuerpflichtigen aus - über drei Viertel (75,9%) des gesamten Nettoumsatzes erzielt. Allein mehr als ein Fünftel des Umsatzes entfiel auf nur 41 Großunternehmen, die jeweils mindestens 100 Mill. DM im Erhebungsjahr umsetzten.

Ein Vergleich der Schichtung nach Umsätzen zwischen 1972 und 1970 ergibt, daß sowohl die Zahl der Steuerpflichtigen als auch das von ihnen erbrachte Umsatzvolumen in den Umsatzgruppen unter 100 000 DM absolut wie auch relativ deutlich rückläufig waren. Der zahlenmäßige Rückgang betrug in den drei untersten Gruppen insgesamt rund 10 600 Fälle, während die Gesamtzahl der Umsatzsteuerpflichtigen des Jahres 1972 um etwa 6 600 niedriger war als zwei Jahre zuvor. Dies bedeutet, daß ein Teil der Unternehmen mit niedrigen Umsätzen zwischenzeitlich aus dem Markt ausgeschieden ist, während andere auf Grund von Umsatzsteigerungen nunmehr auf höhere Umsatzschichten entfallen. In allen Umsatzgrößenklassen über 100 000 DM wurde eine Zunahme der Zahl der Steuerpflichtigen ermittelt; der relativ stärkste Zuwachs wurde mit + 23% in der Größenklasse 5 bis 10 Mill. DM erzielt. Auch das Umsatzvolumen war in allen Umsatzgrößenklassen über 100 000 DM zum Teil erheblich höher als zwei Jahre vorher, und zwar insbesondere in den oberen Umsatzgruppen.

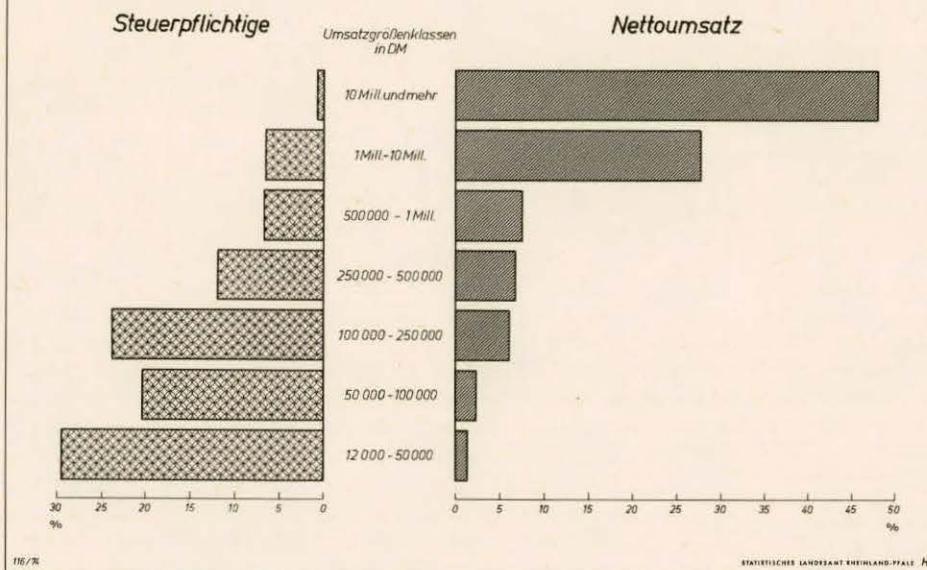
Gestiegene Umsätze der Unternehmen hatten also eine zahlenmäßige Verschiebung von den unteren in die mittleren und von diesen in die höheren Umsatzschichten zur Folge. Diese Entwicklung ist allerdings auch vor dem Hintergrund der in den letzten Jahren verstärkten Geldentwertung zu sehen, das heißt, den in der Statistik ausgewiesenen Umsatzsteigerungen steht keine entsprechende mengenmäßige Ausweitung des Absatzes gegenüber, da sich in den dargestellten Umsatzzuwächsen auch die eingetretenen Preissteigerungen niederschlagen haben.

Umsatzsteuerpflichtige und Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1970 - 1972

Umsatzgrößenklasse	Steuerpflichtige				Nettoumsatz ¹⁾				Steuerpflichtige mit ganzjährigen Umsätzen 1971 und 1972			
	1970	1972	Veränderung		1970	1972	Veränderung	Steuerpflichtige	Nettoumsatz		Veränderung	
									1971	1972		
Anzahl		%		Mill. DM		%		Anzahl	Mill. DM	%		
12 000 - 20 000 DM	12 375	8 108	7,4	- 34,5	195	130	0,2	- 33,7	5 579	85	90	5,3
20 000 - 50 000 "	28 842	24 440	22,2	- 15,3	957	822	1,2	- 14,2	19 005	598	644	7,6
50 000 - 100 000 "	24 474	22 528	20,5	- 8,0	1 753	1 623	2,4	- 7,4	18 697	1 261	1 351	7,1
100 000 - 250 000 "	26 157	26 267	23,9	0,4	4 143	4 208	6,1	1,6	22 992	3 418	3 697	8,2
250 000 - 500 000 "	11 707	13 150	12,0	12,3	4 069	4 614	6,7	13,4	11 731	3 733	4 114	10,2
500 000 - 1 Mill. "	6 296	7 397	6,7	17,5	4 353	5 132	7,5	17,9	6 397	4 036	4 420	9,5
1 Mill. - 2 " "	3 174	3 813	3,5	20,1	4 411	5 299	7,7	20,1	3 188	4 017	4 430	10,3
2 " - 5 " "	2 099	2 497	2,3	19,0	6 422	7 689	11,2	19,7	2 137	5 925	6 573	10,9
5 " - 10 " "	722	888	0,8	23,0	4 927	6 092	8,9	23,6	785	4 856	5 387	11,0
10 " - 25 " "	394	484	0,4	22,8	5 995	7 441	10,8	24,1	412	5 712	6 321	10,7
25 " - 50 " "	140	161	0,2	15,0	4 753	5 516	8,0	16,1	132	4 148	4 503	8,6
50 " - 100 " "	67	82	0,1	22,4	4 301	5 620	8,2	30,7	70	4 254	4 771	12,2
100 und mehr " "	33	41	0,0	24,2	11 449	14 497	21,1	26,6	37	11 964	13 598	13,7
Insgesamt	116 480	109 856	100,0	- 5,7	57 731	68 683	100,0	19,0	91 162	54 007	59 898	10,9

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuer-ten einschl. Umsatzsteuer.

Umsatzsteuerpflichtige und Umsatz nach Umsatzgrößenklassen 1972



Eine innerhalb der Wirtschaftsbereiche vorgenommene Schichtung der Steuerpflichtigen und ihres Umsatzes nach Umsatzgrößenklassen macht die zum Teil recht unterschiedlichen Größenstrukturen in den einzelnen Branchen deutlich. Während von der Gesamtheit aller Umsatzsteuerpflichtigen 1972 nur die Hälfte 100 000 DM und mehr umsetzte, waren es im produzierenden Gewerbe immerhin zwei Drittel (66,9%), die überdies nicht weniger als 98,5% des Umsatzes dieses Sektors auf sich vereinigten. Innerhalb des produzierenden Bereichs, der unter anderem die großen industriellen Fertigungsbetriebe umfaßt, erreichten insgesamt 3 559 oder 11,2% der Unternehmen einen Jahresumsatz von mindestens 1 Mill. DM, wobei sie 84,2% des Umsatzes erzielten. Im Baugewerbe, einem wichtigen Teilbereich des produzierenden Sektors, kamen 68,2% der Steuerpflichtigen über einen Umsatz von 100 000 DM hinaus und 9,2% von ihnen zählten zu den Umsatzmillionären. Mit einem Anteil von 30,6% entfielen mit Abstand die relativ meisten Bauunternehmen auf die Umsatzgrößenklasse 100 000 bis 250 000 DM.

Im Bereich des Handels überschritten 62,5% der Unternehmen - und damit prozentual etwas weniger als im produzierenden Gewerbe - die Umsatzgrenze von 100 000 DM. Auch der Anteil derjenigen Handelsunternehmen, die mindestens 1 Mill. DM umsetzten, lag mit 10,5% geringfügig unter dem entsprechenden Prozentsatz des Fertigungssektors. Differenziert man den Handelsbereich nach Groß- und Einzelhandel, so zeigt sich, daß die Großhändler im Schnitt weitaus höhere Umsätze erreichten. So blieb nur ein Fünftel der Großhandelsunternehmen unter 100 000 DM Jahresumsatz, bei den Einzelhändlern waren es dagegen 37,9%. Fast jedes zweite Einzelhandelsunternehmen setzte zwischen 100 000 und 500 000 DM um, und nur 5,4% von ihnen waren den Umsatzmillionären zuzuordnen.

Demgegenüber erzielten drei Zehntel aller Großhändler Millionenumsätze - das ist der bei weitem höchste Anteilssatz aller Wirtschaftsbereiche -, wobei diese Gruppe 88% des Großhandelsumsatzes auf sich vereinigte.

Die Gruppe der übrigen Wirtschaftsbereiche umfaßt neben Unternehmen des Verkehrssektors, des Kredit- und Versicherungsgewerbes sowie den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den Gebietskörperschaften vor allem die Dienstleistungsunternehmen. So entfallen von den für 1972 für die übrigen Wirtschaftsbereiche nachgewiesenen 31 600 Steuerpflichtigen allein gut 26 000 oder 82,9% auf

den Dienstleistungssektor, der auch 65,1% des Umsatzes erbrachte. Von der Gesamtheit der den übrigen Wirtschaftsbereichen zugeordneten Umsatzsteuerpflichtigen blieben allein gut zwei Drittel (67,1%) unter einem jährlichen Umsatz von 100 000 DM und lediglich 2,1% erzielten Umsätze, die über der Millionengrenze lagen. Allerdings entfielen auf diese Umsatzmillionäre 45,4% des Umsatzvolumens der gesamten Gruppe.

Höchste Durchschnittsumsätze je Einwohner in den Städten Ludwigshafen und Frankenthal

Bei der Beurteilung regional gegliederter Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik ist zu beachten, daß nach § 73 der Abgabenordnung für die Besteuerung nach dem Umsatz das Finanzamt zuständig ist, von dessen Bezirk aus der Unternehmer sein Unternehmen betreibt. Hat ein Unternehmer mehrere Betriebe, so ist, wie die Abgabenordnung weiter ausführt, das Finanzamt zuständig, in dessen Bezirk sich die Geschäftsleitung des Unternehmens befindet. Da es sich bei den Steuerstatistiken um Sekundärstatistiken handelt, deren begriffliche, räumliche und sonstige Abgrenzungen sich an den Bestimmungen des Steuerrechts ausrichten, sind die Umsatzsteuerpflichtigen in der Statistik demgemäß derjenigen Verwaltungseinheit zugeordnet, in welcher der Sitz der Geschäftsleitung des Unternehmens gelegen ist. Die Umsätze von Mehrbetriebsunternehmen werden also nicht entsprechend der regionalen Verteilung der einzelnen Betriebe, Zweigniederlassungen oder Filialen nachgewiesen, sondern am Hauptsitz des Steuerpflichtigen. Im Fall der Mehrbetriebsunternehmen, deren Zweigniederlassungen über mehrere Verwaltungseinheiten (Gemeinden, Kreise, Länder) streuen, sind daher die ausgewiesenen Umsätze nicht mit den innerhalb des betreffenden Verwaltungsbezirks von den örtlichen Betriebsstätten tatsächlich erzielten Erlösen identisch. Dies trifft zum Beispiel unter anderem für diejenigen überregionalen Großunternehmen des Einzelhandels zu, die über ein weitverzweigtes Netz von Filialgeschäften verfügen. Trotz dieses Modus der regionalen Zuordnung der Steuerpflichtigen und ihrer Umsätze geben die umsatzsteuerstatistischen Regionaldaten, insbeson-

dere in der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen, wichtige Aufschlüsse über die wirtschaftlichen Aktivitäten in den jeweiligen Gebietseinheiten. Bei den im folgenden dargestellten Kreisergebnissen wurde der Gebietsstand vom 31. Dezember 1972 zugrundegelegt. Die Kreisdaten der Erhebung von 1970 wurden auf den gleichen Gebietsstand umgerechnet, um eine Vergleichbarkeit zwischen beiden Statistiken zu ermöglichen.

Die auf Landesebene gegenüber 1970 zu verzeichnende zahlenmäßige Abnahme der Steuerpflichtigen um rund 6 600 (— 5,7%) schlägt sich - bis auf zwei Ausnahmen - in sämtlichen kreisfreien Städten und Landkreisen nieder. Der prozentual stärkste Rückgang ergab sich in den Städten Koblenz (— 10,9%) und Zweibrücken (— 13,8%) sowie in den Landkreisen Bitburg-Prüm, Kaiserslautern (jeweils — 9,5%) und Kusel (— 12,1%). Lediglich für den Landkreis Landau-Bad Bergzabern (+ 5,3%) und die Stadt Landau (+ 2%) wurden mehr Umsatzsteuerpflichtige als zwei Jahre zuvor nachgewiesen. Bei den kreisfreien Städten insgesamt war die Verringerung der Anzahl der umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen mit — 6,9% etwas höher als im Durchschnitt der Landkreise (— 5,3%).

Die Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen je 1 000 Einwohner verringerte sich gegenüber 1970 im Landesdurchschnitt geringfügig auf 30. Für die kreisfreien Städte wurde mit 27 Fällen ein niedrigerer Durchschnittswert ermittelt als für die Landkreise (31). In den einzelnen Verwaltungsbezirken der Kreisebene weicht diese Steuerpflichtigenquote zum Teil erheblich vom Mittelwert des Landes ab. Die niedrigsten Quoten errechneten sich für den Landkreis Ludwigshafen (21) sowie die kreisfreien Städte Frankenthal und Ludwigshafen (jeweils 20); die relativ meisten Unternehmen, bezogen auf 1 000 Einwohner, wurden in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich (48), Cochem-Zell (45) und Landau-Bad Bergzabern (44) gezählt.

Die Quote der Umsatzsteuerpflichtigen sagt, isoliert betrachtet, nur bedingt etwas über die wirtschaftlichen Gegebenheiten einer regionalen Einheit aus; eine hohe Dichteziffer spiegelt zumeist das Vorhandensein einer größeren Zahl kleinerer und mittlerer Unternehmen wider, während sich eine niedrige Quote möglicherweise bei zwar wenigen, dafür jedoch umsatzstarken Großunternehmen errechnen kann, wie das Beispiel der Industriestädte Frankenthal und Ludwigshafen zeigt. Entscheidend für die Beurteilung der Wirtschaftskraft eines Verwaltungsbezirks ist also das Umsatzvolumen. Setzt man den Umsatz in Relation zur Bevölkerungszahl, so ergibt sich der höchste Durchschnittsumsatz je Einwohner für die Städte Ludwigshafen (54 454 DM), Frankenthal (35 974 DM), Pirmasens (30 621 DM) und Koblenz (30 479 DM), den niedrigsten Wert verzeichnen die Landkreise Kaiserslautern (7 501 DM) und Kusel (7 425 DM). Im Durchschnitt aller kreisfreien Städte wurden 29 578 DM je Einwohner umgesetzt, das ist mehr als das Doppelte des entsprechenden Wertes aller Landkreise (14 421 DM). Der durchschnittliche Umsatz je Steuerpflichtigen war in denjenigen Verwaltungseinheiten am höchsten, in denen die Zahl der Steuer-

Umsatzsteuerpflichtige und Umsatz nach Umsatzgrößenklassen und Wirtschaftsbereichen 1970 und 1972

Umsatzgrößenklasse	Steuerpflichtige		Nettoumsatz ¹⁾			
	1970		1972		1970	
	Anzahl	%		%	Mill. DM	%
Produzierendes Gewerbe						
12 000 - 20 000 DM	2 050	1 284	4,1	33	21	0,1
20 000 - 50 000 "	5 578	4 147	13,1	189	141	0,4
50 000 - 100 000 "	6 357	5 027	15,9	466	371	1,0
100 000 - 250 000 "	9 503	9 289	29,3	1 527	1 528	4,0
250 000 - 500 000 "	4 713	5 402	17,1	1 631	1 898	5,0
500 000 - 1 Mill.	2 431	2 939	9,3	1 677	2 030	5,3
1 Mill. - 2 "	1 296	1 575	5,0	1 805	2 205	5,8
2 " - 5 "	961	1 121	3,5	2 971	3 486	9,2
5 " und mehr	724	863	2,7	21 834	26 233	69,2
Zusammen	33 613	31 647	100,0	32 133	37 913	100,0
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau/ Verarbeitendes Gewerbe						
12 000 - 20 000 DM	1 508	963	4,4	24	16	0,1
20 000 - 50 000 "	3 848	2 904	13,3	129	98	0,3
50 000 - 100 000 "	4 312	3 487	15,9	315	257	0,8
100 000 - 250 000 "	6 435	6 297	28,8	1 035	1 035	3,1
250 000 - 500 000 "	3 263	3 613	16,5	1 130	1 271	3,8
500 000 - 1 Mill.	1 682	1 949	8,9	1 165	1 342	4,0
1 Mill. - 2 "	916	1 085	5,0	1 274	1 526	4,6
2 " - 5 "	753	839	3,8	2 342	2 619	7,9
5 " und mehr	643	735	3,4	20 709	24 990	75,4
Zusammen	23 360	21 872	100,0	28 123	33 154	100,0
Baugewerbe						
12 000 - 20 000 DM	542	321	3,3	9	5	0,1
20 000 - 50 000 "	1 730	1 243	12,7	59	43	0,9
50 000 - 100 000 "	2 045	1 540	15,8	151	114	2,4
100 000 - 250 000 "	3 068	2 992	30,6	492	493	10,4
250 000 - 500 000 "	1 450	1 789	18,3	502	627	13,2
500 000 - 1 Mill.	749	990	10,1	512	688	14,4
1 Mill. - 2 "	380	490	5,0	531	677	14,2
2 " - 5 "	208	282	2,9	629	869	18,3
5 " und mehr	81	128	1,3	1 125	1 243	26,1
Zusammen	10 253	9 775	100,0	4 010	4 759	100,0
Handel						
12 000 - 20 000 DM	2 643	1 514	4,3	42	24	0,1
20 000 - 50 000 "	6 771	5 342	15,1	230	183	0,8
50 000 - 100 000 "	7 646	6 413	18,1	559	470	2,0
100 000 - 250 000 "	10 350	9 506	26,9	1 662	1 541	6,5
250 000 - 500 000 "	5 084	5 420	15,3	1 784	1 905	8,0
500 000 - 1 Mill.	3 054	3 475	9,8	2 123	2 435	10,2
1 Mill. - 2 "	1 559	1 842	5,2	2 169	2 542	10,6
2 " - 5 "	976	1 157	3,3	2 989	3 556	14,9
5 " und mehr	552	699	2,0	7 958	11 190	46,9
Zusammen	38 635	35 368	100,0	19 516	23 846	100,0
Großhandel						
12 000 - 20 000 DM	263	171	2,3	4	3	0,0
20 000 - 50 000 "	758	575	7,9	26	20	0,2
50 000 - 100 000 "	860	717	9,8	64	53	0,4
100 000 - 250 000 "	1 596	1 298	17,7	265	217	1,6
250 000 - 500 000 "	1 272	1 151	15,7	459	417	3,2
500 000 - 1 Mill.	1 229	1 216	16,6	877	871	6,6
1 Mill. - 2 "	932	938	12,8	1 319	1 331	10,0
2 " - 5 "	679	755	10,3	2 077	2 346	17,7
5 " und mehr	425	509	6,9	6 109	7 998	60,3
Zusammen	8 014	7 330	100,0	11 200	13 256	100,0
Einzelhandel						
12 000 - 20 000 DM	1 658	882	3,7	26	14	0,2
20 000 - 50 000 "	4 449	3 521	14,9	152	121	1,3
50 000 - 100 000 "	5 635	4 553	19,3	415	336	3,5
100 000 - 250 000 "	7 945	7 364	31,2	1 275	1 198	12,5
250 000 - 500 000 "	3 538	3 958	16,8	1 227	1 379	14,4
500 000 - 1 Mill.	1 646	2 053	8,7	1 121	1 420	14,8
1 Mill. - 2 "	534	778	3,3	719	1 039	10,8
2 " - 5 "	255	339	1,4	786	1 023	10,7
5 " und mehr	120	171	0,7	1 794	3 051	31,8
Zusammen	25 780	23 619	100,0	7 515	9 581	100,0
Übrige Wirtschaftsbereiche						
12 000 - 20 000 DM	3 896	2 418	7,7	62	39	0,6
20 000 - 50 000 "	11 773	9 585	30,3	396	329	5,3
50 000 - 100 000 "	9 303	9 202	29,1	649	653	10,5
100 000 - 250 000 "	5 797	6 690	21,2	879	1 022	16,4
250 000 - 500 000 "	1 770	2 131	6,7	607	742	11,9
500 000 - 1 Mill.	761	910	2,9	517	618	9,9
1 Mill. - 2 "	300	363	1,1	411	508	8,2
2 " - 5 "	154	211	0,7	441	623	10,0
5 " und mehr	78	90	0,3	1 601	1 694	27,2
Zusammen	33 832	31 600	100,0	5 563	6 228	100,0

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuernden einschl. Umsatzsteuer.

Umsatzsteuerpflichtige und Umsatz nach Verwaltungsbezirken 1970 und 1972

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand: 31.12.1972)	Steuerpflichtige ¹⁾				Nettoumsatz ²⁾				
	1970	1972			1970	1972			
	Anzahl		Verän- derung in %	je 1 000 Ein- wohner	Mill. DM	Verän- derung in %	DM je Ein- wohner	DM je Steuer- pflichtigen	
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 702	3 298	- 10,9	28	3 083	3 647	18,3	30 479	1 105 849
Landkreise									
Ahrweiler	3 777	3 597	- 4,8	34	1 186	1 441	21,5	13 497	400 587
Altenkirchen (Ww.)	3 293	3 082	- 6,4	25	1 536	1 917	24,8	15 566	622 003
Bad Kreuznach	4 919	4 736	- 3,7	32	2 223	2 713	22,1	18 249	572 948
Bad Kreuznach, St.	1 533	1 412	- 7,9	33	1 063	1 240	16,7	28 878	878 191
Birkenfeld	3 872	3 678	- 5,0	40	1 219	1 436	17,8	15 474	390 325
Idar-Oberstein, St.	1 870	1 765	- 5,6	46	832	960	15,4	25 018	543 747
Cochem-Zell	3 077	2 974	- 3,3	45	758	983	29,6	14 992	330 384
Mayen-Koblenz	5 623	5 254	- 6,6	28	2 317	2 837	22,5	15 063	540 034
Andernach, St.	871	856	- 1,7	31	699	809	15,8	29 716	945 495
Neuwied	5 043	4 642	- 8,0	31	2 948	3 418	15,9	22 681	736 320
Neuwied, St.	2 130	1 930	- 9,4	31	1 666	1 887	13,3	29 926	977 732
Oberwesterwaldkreis	2 402	2 329	- 3,0	29	836	1 064	27,2	13 448	456 642
Rhein-Hunsrück-Kreis	2 823	2 607	- 7,7	29	898	1 162	29,5	13 065	445 889
Rhein-Lahn-Kreis	3 596	3 296	- 8,3	28	1 229	1 480	20,5	12 451	449 168
Lahnstein, St.	554	518	- 6,5	27	294	349	18,4	17 978	672 832
Unterwesterwaldkreis	2 945	2 743	- 6,9	31	1 355	1 630	20,3	18 439	594 184
Reg. Bez. Koblenz	45 072	42 236	- 6,3	31	19 587	23 728	21,1	17 307	561 802
Kreisfreie Stadt Trier	3 050	2 863	- 6,1	28	1 998	2 517	26,0	24 421	879 024
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	5 492	5 267	- 4,1	48	1 457	1 800	23,6	16 382	341 818
Bitburg-Prüm	2 781	2 517	- 9,5	27	770	1 095	42,2	11 772	435 136
Daun	1 655	1 589	- 4,0	28	556	658	18,3	11 587	414 057
Trier-Saarburg	3 998	3 845	- 3,8	32	853	974	14,2	8 145	253 360
Reg. Bez. Trier	16 976	16 081	- 5,3	33	5 634	7 044	25,0	14 603	438 054
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	919	867	- 5,7	20	1 319	1 529	15,9	35 974	1 763 408
Kaiserslautern	3 147	2 899	- 7,9	29	2 040	2 250	10,3	22 204	776 146
Landau i. d. Pfalz	1 474	1 504	2,0	39	1 052	1 168	11,0	30 356	776 761
Ludwigshafen a. Rhein	3 814	3 483	- 8,7	20	8 498	9 542	12,3	54 454	2 739 673
Mainz	4 542	4 237	- 6,7	24	3 900	4 416	13,2	24 551	1 042 289
Neustadt a. d. Weinstr.	1 761	1 709	- 3,0	34	786	923	17,4	18 244	539 998
Pirmasens	2 288	2 181	- 4,7	39	1 498	1 734	15,7	30 621	794 990
Speyer	1 136	1 060	- 6,7	25	628	685	9,0	15 893	645 817
Worms	2 304	2 170	- 5,8	28	1 314	1 518	15,6	19 782	699 536
Zweibrücken	1 045	901	- 13,8	24	545	389	- 28,6	10 287	432 132
Landkreise									
Alzey-Worms	3 960	3 904	- 1,4	40	1 128	1 708	51,4	17 377	437 614
Bad Dürkheim	3 892	3 696	- 5,0	32	1 273	1 499	17,7	12 848	405 596
Donnersbergkreis	1 836	1 667	- 9,2	25	533	608	14,2	9 098	364 894
Germersheim	2 334	2 204	- 5,6	23	673	854	26,9	8 857	387 677
Kaiserslautern	2 547	2 306	- 9,5	24	613	728	18,8	7 501	315 745
Kusel	2 054	1 806	- 12,1	23	509	590	15,8	7 425	326 416
Landau-Bad Bergzabern	4 114	4 334	5,3	44	1 129	1 400	24,0	14 368	322 974
Ludwigshafen	2 749	2 596	- 5,6	21	952	1 256	31,9	10 326	483 761
Mainz-Bingen	5 397	5 175	- 4,1	34	2 900	3 672	26,6	24 081	709 654
Bingen, St.	963	876	- 9,0	34	886	1 037	17,0	40 513	1 183 447
Ingelheim am Rhein, St.	614	590	- 3,9	30	709	946	33,4	47 314	1 602 754
Pirmasens	3 119	2 840	- 8,9	27	1 218	1 440	18,2	13 926	507 140
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	54 432	51 539	- 5,3	28	32 510	37 910	16,6	20 693	735 569
Rheinland-Pfalz	116 480	109 856	- 5,7	30	57 731	68 683	19,0	18 636	625 210
Kreisfreie Städte	29 182	27 172	- 6,9	27	26 661	30 318	13,7	29 578	1 115 781
Landkreise	87 298	82 684	- 5,3	31	31 069	38 365	23,5	14 421	463 997

1) Nur Steuerpflichtige mit einem Umsatz von 12 000 DM und mehr. - 2) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer.

Anteil der Wirtschaftsbereiche am Umsatz in den Verwaltungsbezirken 1972

Verwaltungsbezirk (Gebietsstand: 31.12.1972)	Netto- umsatz ins- gesamt 1)	Land- und Forst- wirt- schaft	Produzierendes Gewerbe			Handel			Übrige Wirt- schaftsbereiche	
			zu- sammen	Energie, Wasser, Bergbau/ Verar- beitendes Gewerbe	Bau- gewerbe	zu- sammen	Groß- handel	Einzel- handel	zu- sammen	Dienst- lei- stungen 2)
	Mill. DM					%				
Kreisfreie Stadt Koblenz	3 647	0,3	31,7	26,5	5,2	54,4	36,8	16,7	13,6	12,0
Landkreise										
Ahrweiler	1 441	0,5	51,3	42,7	8,6	31,3	13,0	17,1	16,9	11,2
Altenkirchen (Ww.)	1 917	0,3	57,2	52,3	4,9	33,9	20,2	13,1	8,6	4,2
Bad Kreuznach	2 713	1,6	43,9	38,7	5,2	47,4	24,8	20,9	7,1	4,6
Bad Kreuznach, St.	1 240	0,5	44,3	39,2	5,1	46,8	32,1	13,9	8,4	5,4
Birkenfeld	1 436	0,1	55,3	48,0	7,3	37,0	22,7	13,8	7,6	4,5
Idar-Oberstein, St.	960	0,1	55,8	50,5	5,3	38,3	26,0	12,0	5,8	3,7
Cochem-Zell	983	2,8	44,2	27,9	16,3	42,7	24,9	13,9	10,3	7,8
Mayen-Koblenz	2 837	0,4	59,1	50,9	8,2	30,1	15,4	13,8	10,4	4,7
Andernach, St.	809	0,2	65,1	60,4	4,7	26,4	14,2	11,8	8,3	3,3
Neuwied	3 418	0,2	65,2	58,6	6,6	26,1	13,7	11,7	8,5	5,3
Neuwied, St.	1 887	0,1	63,6	59,3	4,3	29,4	15,2	13,7	6,9	5,3
Oberwesterwaldkreis	1 064	0,4	57,9	45,5	12,4	31,8	16,2	14,4	9,9	5,1
Rhein-Hunsrück-Kreis	1 162	0,3	52,8	40,2	12,6	36,9	21,0	14,7	10,0	6,2
Rhein-Lahn-Kreis	1 480	0,2	55,4	41,6	13,8	32,5	17,5	13,9	11,9	7,4
Lahnstein, St.	349	0,3	54,7	49,8	4,9	35,4	22,9	12,2	9,6	8,1
Unterwesterwaldkreis	1 630	0,4	66,6	59,7	6,9	25,6	13,3	11,4	7,4	3,8
Reg. Bez. Koblenz	23 728	0,5	52,5	44,6	7,9	36,8	20,9	14,8	10,2	6,6
Kreisfreie Stadt Trier	2 517	0,6	41,4	35,4	6,0	48,0	26,4	20,6	10,0	5,5
Landkreise										
Bernkastel-Wittlich	1 800	4,1	39,7	30,3	9,4	48,8	29,0	14,0	7,4	4,3
Bitburg-Prüm	1 095	0,3	55,1	42,8	12,3	36,3	18,7	16,9	8,3	5,2
Daun	658	0,2	57,4	44,9	12,5	33,2	14,4	18,2	9,2	5,1
Trier-Saarburg	974	5,8	38,9	24,1	14,8	45,7	23,7	16,0	9,6	5,5
Reg. Bez. Trier	7 044	2,1	44,2	34,6	9,6	44,7	24,4	17,4	9,0	5,1
Kreisfreie Städte										
Frankenthal (Pfalz)	1 529	0,0	80,6	77,9	2,7	14,1	7,4	6,5	5,3	3,8
Kaiserslautern	2 250	0,1	49,6	42,3	7,3	42,7	24,2	17,8	7,6	6,2
Landau i. d. Pfalz	1 168	1,0	46,3	40,8	5,5	45,8	27,6	16,1	6,9	4,3
Ludwigshafen a. Rhein	9 542	0,1	86,1	83,9	2,2	8,9	5,2	3,5	4,9	3,1
Mainz	4 416	0,3	41,4	35,5	5,9	37,1	23,8	11,9	21,2	15,9
Neustadt a. d. Weinstr.	923	1,3	37,0	30,1	6,9	51,4	30,2	19,1	10,3	5,8
Pirmasens	1 734	0,2	47,5	42,9	4,6	46,6	34,6	10,9	5,7	2,9
Speyer	685	0,1	46,0	37,4	8,6	35,4	16,7	17,5	18,5	12,3
Worms	1 518	0,5	52,3	46,8	5,5	40,7	22,1	17,1	6,5	4,4
Zweibrücken	389	0,1	49,9	36,2	13,7	37,3	17,9	18,3	12,7	9,4
Landkreise										
Alzey-Worms	1 708	7,4	22,7	18,5	4,2	66,1	19,9	42,0	3,8	2,4
Bad Dürkheim	1 499	3,4	51,4	41,5	9,9	33,5	17,7	12,8	11,7	8,6
Donnersbergkreis	608	1,3	61,4	49,7	11,7	28,5	12,3	14,7	8,8	4,4
Germersheim	854	0,3	60,6	46,4	14,2	29,4	13,3	15,4	9,7	5,2
Kaiserslautern	728	1,2	55,4	33,4	22,0	34,1	13,0	19,4	9,3	6,7
Kusel	590	0,3	52,0	38,9	13,1	39,5	13,2	25,5	8,2	5,8
Landau-Bad Bergzabern	1 400	5,5	45,1	37,4	7,7	41,7	24,1	11,7	7,7	4,2
Ludwigshafen	1 256	0,2	34,7	23,5	11,2	56,6	28,0	27,6	8,5	4,3
Mainz-Bingen	3 672	2,2	55,5	51,6	3,9	37,0	24,0	10,7	5,3	3,1
Bingen, St.	1 037	0,5	50,3	47,8	2,5	43,8	31,0	11,3	5,4	2,8
Ingelheim am Rhein, St.	946	0,5	71,6	67,7	3,9	24,8	20,0	4,4	3,1	2,5
Pirmasens	1 440	0,2	74,8	68,8	6,0	19,8	8,1	10,4	5,2	3,3
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	37 910	1,1	58,9	53,1	5,8	31,6	17,4	12,8	8,4	5,6
Rheinland-Pfalz	68 683	1,0	55,2	48,3	6,9	34,7	19,3	13,9	9,1	5,9
Kreisfreie Städte	30 318	0,3	58,0	53,3	4,7	31,9	19,6	11,5	9,8	7,0
Landkreise	38 365	1,6	53,0	44,3	8,7	36,9	19,1	15,9	8,5	5,1

1) Bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer; bei nach § 19 UStG Besteuerten einschl. Umsatzsteuer. - 2) Soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht.

pflichtigen pro 1 000 Einwohner unterdurchschnittlich niedrig war. Zu nennen ist an erster Stelle die Stadt Ludwigshafen, gefolgt von den Städten Frankenthal, Koblenz, Mainz und Trier. Weit unter dem Landesdurchschnitt liegende Umsätze je Steuerpflichtigen wurden dagegen für die drei Landkreise Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell und Landau-Bad Bergzabern errechnet, in denen die relativ meisten Umsatzsteuerpflichtigen, bezogen auf die Bevölkerungszahl, ihren Sitz hatten.

Im Vergleich zu 1970 wurden in den Landkreisen durchschnittlich 23,1% mehr Umsatz erzielt, die Steigerungsrate bei den kreisfreien Städten belief sich dagegen nur auf + 14,1%. Die kreisfreie Stadt Zweibrücken war die einzige Gebietseinheit, für die gegenüber der vorangegangenen Erhebung ein Umsatzrückgang, und zwar um 28,6%, zu verzeichnen war; alle übrigen Verwaltungsbezirke wiesen dagegen zum Teil erhebliche Umsatzzuwächse auf.

Landwirtschaftliche Umsätze nur in den Weinbaugebieten von Bedeutung

Den verschiedenen Wirtschaftsbereichen kommt in den Verwaltungsbezirken eine unterschiedliche Bedeutung zu. Die regionalen Schwerpunkte wirtschaftlicher Betätigung sind aus dem prozentualen Anteil der einzelnen Wirtschaftsbereiche am gesamten Umsatz der jeweiligen Gebietseinheit abzulesen. Der Umsatzanteil der Land- und Forstwirtschaft, der im Landesdurchschnitt nur 1% betrug, war im Durchschnitt aller Landkreise mit 1,6% naturgemäß deutlich höher als bei den kreisfreien Städten (0,3%). Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß nur bei jedem zehnten Land- und Forstwirt eine Umsatzsteuerbelastung und somit eine statistische Erfassung in Betracht kommt. Weit überdurchschnittliche Anteile wies die Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft vor allem in den Landkreisen Alzey-Worms (7,4%), Trier-Saarlautern (5,8%), Landau-Bad Bergzabern (5,5%), Bernkastel-Wittlich (4,1%), Bad Dürkheim (3,4%) und Cochem-Zell (2,8%) aus. Hier handelt es sich im allgemeinen um typische Weinanbaugebiete, die nachgewiesenen landwirtschaftlichen Umsätze betreffen also ganz überwiegend solche der dort tätigen Winzer. In sämtlichen vorgenannten, mehr agrarisch strukturierten Kreisen liegen die Umsatzanteile des produzierenden Gewerbes, welches als umsatzstärksten Bereich vor allem die Industrie umfaßt, mehr oder weniger deutlich unter dem Landeswert, der sich auf 55,2% belief. Die relativ geringste Bedeutung hatte der produzierende Sek-

tor, gemessen am Umsatzanteil, in den Städten Neustadt und Koblenz sowie in den Landkreisen Ludwigshafen und Alzey-Worms. Wie nicht anders zu erwarten, dominiert der produzierende Bereich insbesondere in den Industriestädten Ludwigshafen und Frankenthal, und zwar mit Anteilen von jeweils über vier Fünfteln des dort insgesamt erzielten Umsatzes. Zu nennen sind außerdem der vor allem durch die lederverarbeitende Industrie geprägte Landkreis Pirmasens (74,8%), der Unterwesterwaldkreis (66,6%) mit der dort ansässigen keramischen Industrie, Stein- und Glasverarbeitung sowie der Landkreis Neuwied (65,2%), in welchem die Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, die Eisen- und Stahlerzeugung sowie die Holz- und Papierverarbeitung die Umsätze des produzierenden Gewerbes maßgeblich bestimmen.

Die Handelsumsätze waren am gesamten Umsatz des Landes mit 34,7% beteiligt. Mehr als die Hälfte des jeweiligen Umsatzes wurde vom verteilenden Sektor in den kreisfreien Städten Koblenz und Neustadt sowie in den Landkreisen Alzey-Worms und Ludwigshafen erreicht, den gleichen Verwaltungsbezirken also, in denen andererseits das produzierende Gewerbe nur eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielt. Der Anteil des Großhandels am Umsatz insgesamt belief sich sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Landkreisen auf durchschnittlich knapp ein Fünftel, während der Umsatzanteil des Einzelhandels in den Landkreisen (15,9%) deutlich über demjenigen in den Städten (11,5%) lag.

Nur knapp ein Zehntel (9,1%) des auf Landesebene ermittelten Umsatzvolumens wurde von den übrigen Wirtschaftsbereichen erbracht. Unter den in dieser Gruppe zusammengefaßten Wirtschaftsabteilungen dominiert eindeutig der Dienstleistungssektor. Da insbesondere die größeren Städte zentralörtliche Funktionen haben, überrascht es nicht, daß im Durchschnitt der kreisfreien Städte sowohl die übrigen Wirtschaftsbereiche insgesamt als auch der Dienstleistungsbereich einen höheren Umsatzanteil am Gesamtumsatz auf sich vereinigen als in den Landkreisen insgesamt. Deutlich über dem Landesdurchschnitt liegende Anteile am Umsatz des jeweiligen Verwaltungsbezirks errechnen sich für die übrigen Wirtschaftsbereiche ebenso wie für den Unterbereich des Dienstleistungsgewerbes für die Städte Mainz, Speyer und Koblenz sowie für den Landkreis Ahrweiler.

Diplom-Kaufmann K.-J. Hesse

Hochbautätigkeit 1973

Wohnungsbau expandierte erneut

Im Jahre 1973 wurden in Rheinland-Pfalz insgesamt 38 356 Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnungsbau fertiggestellt gegenüber 33 572 im Jahr zuvor. Das bisherige Rekordergebnis des Jahres 1972, welches eine Zunahme von 26% erbracht hatte, wurde um nicht weniger als 4 793 Wohnungen oder 14%

übertroffen. Die vor Jahresfrist im Bericht über die Hochbautätigkeit 1972 vorausgeschätzte Zahl von 38 000 zu erwartenden Wohnungseinheiten hat sich somit als sehr zutreffend erwiesen. Inzwischen konnte auch die Vermutung bestätigt werden, daß die Restriktionsmaßnahmen von Bundesregierung und Bundesbank die Produktion von Wohnungen

Gemeindegrößenklasse	Gebäude		Wohnungen		Räume			Wohnfläche		Umbauter Raum	Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	1 000 DM	DM je Wohnung
Insgesamt												
unter 2 000 Einwohner	6 233	38,4	8 258	23,2	42 630	26,8	5,2	881	106,7	5 475	746 513	90 399
2 000 - 5 000 "	3 080	19,0	5 032	14,1	24 825	15,6	4,9	507	100,8	3 064	439 611	87 363
5 000 - 20 000 "	3 320	20,4	7 928	22,3	35 539	22,4	4,5	728	91,8	4 083	602 827	76 038
20 000 - 50 000 "	1 343	8,3	4 183	11,8	17 564	11,1	4,2	353	84,4	1 941	287 374	68 700
50 000 - 100 000 "	879	5,4	2 258	6,4	9 462	6,0	4,2	198	87,7	1 098	166 812	73 876
100 000 und mehr "	1 382	8,5	7 879	22,2	28 678	18,1	3,6	603	76,5	3 093	487 262	61 843
Insgesamt	16 237	100,0	35 538	100,0	158 698	100,0	4,5	3 270	92,0	18 754	2 730 399	76 830
Ein- und Zweifamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	6 023	41,6	7 301	40,9	38 936	40,8	5,3	806	110,4	5 094	693 860	95 036
2 000 - 5 000 "	2 829	19,6	3 501	19,6	18 761	19,7	5,4	391	111,7	2 467	354 357	101 216
5 000 - 20 000 "	2 852	19,7	3 558	20,0	19 052	20,0	5,4	402	113,0	2 511	370 922	104 250
20 000 - 50 000 "	1 102	7,6	1 366	7,7	7 377	7,7	5,4	156	114,2	981	147 315	107 844
50 000 - 100 000 "	752	5,2	891	5,0	4 809	5,0	5,4	101	113,4	624	95 165	106 807
100 000 und mehr "	912	6,3	1 215	6,8	6 465	6,8	5,3	142	116,9	876	137 310	113 012
Zusammen	14 470	100,0	17 832	100,0	95 400	100,0	5,3	1 998	112,0	12 553	1 798 929	100 882
Mehrfamilienhäuser												
unter 2 000 Einwohner	210	11,9	957	5,4	3 694	5,8	3,9	75	78,4	381	52 653	55 019
2 000 - 5 000 "	251	14,2	1 531	8,7	6 064	9,6	4,0	116	75,8	597	85 254	55 685
5 000 - 20 000 "	468	26,5	4 370	24,7	16 487	26,0	3,8	326	74,6	1 572	231 905	53 068
20 000 - 50 000 "	241	13,6	2 817	15,9	10 187	16,1	3,6	197	69,9	960	140 059	49 719
50 000 - 100 000 "	127	7,2	1 367	7,7	4 653	7,4	3,4	97	71,0	474	71 647	52 412
100 000 und mehr "	470	26,6	6 664	37,6	22 213	35,1	3,3	461	69,2	2 217	349 952	52 514
Zusammen	1 767	100,0	17 706	100,0	63 298	100,0	3,6	1 272	71,8	6 201	931 470	52 608

im Jahr 1973 kaum beeinträchtigt haben, vor allem deshalb, weil für den größten Teil der im Berichtsjahr fertiggestellten Wohnungen der Bau schon 1972 oder früher beantragt und genehmigt worden war. Die aus konjunkturellen Gründen beabsichtigte Drosselung des Wohnungsbaus dürfte sich allerdings im Ergebnis der Fertigstellungen für 1974 auswirken, wobei sowohl die Aussetzung der Steuerergünstigungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes als auch das hohe Zinsniveau und die fortschreitende Preisinflation den Markt beeinflussen.

Am Jahresende 1973 belief sich die Zahl der bereits genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen auf 64 600, von denen etwas mehr als die Hälfte bereits unter Dach stand. Zwar wurde damit ein nahezu ebenso hoher Bauüberhang wie Ende 1972 ausgewiesen, doch deuten die um 21% geringeren Fertigstellungen im ersten Halbjahr 1974 auf eine verminderte Produktion hin, die 1974 voraussichtlich 33 000 Einheiten ausmachen dürfte.

Rheinland-Pfalz wiederum deutlich über Bundesdurchschnitt

Im Bundesgebiet wurden 1973 insgesamt 674 276 Wohnungen in neuerrichteten Gebäuden fertiggestellt, das waren 50 959 oder 8,2% mehr als im Vorjahr. Innerhalb der einzelnen Bundesländer konnte ebenso wie 1972 die höchste Steigerungsrate im Saarland verzeichnet werden; sie belief sich auf + 22%, gefolgt von Rheinland-Pfalz mit + 15%. In der Aufgliederung der Wohngebäude nach der Zahl der Wohnungen ergab sich im Bundesgebiet für Wohngebäude mit einer Wohnung die kräftigste

Zuwachsrate (+ 6,3%), die in Rheinland-Pfalz mit + 8,3% noch höher ausfiel. Eine deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende Steigerungsrate wurde für das Land auch bei den Gebäuden mit drei und mehr Wohnungen ermittelt; sie erreichte + 18% gegenüber + 4,9% im Bundesgebiet und wurde nur noch von der des Saarlandes übertroffen. Gebäude mit zwei Wohnungen nahmen in Rheinland-Pfalz um 5,1% zu. Damit entspricht die Zugangsrate etwa der im Bundesgebiet erreichten (+ 5,3%).

Von den zum Wohnungsbestand im Jahr 1973 hinzugekommenen Wohnungen entfielen 20 038 oder etwas mehr als die Hälfte auf den Regierungsbezirk Rheinhessen-Pfalz, während für die Bezirke Koblenz und Trier 36 bzw. 11% ermittelt wurden. Damit belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz am Jahresende 1973 auf 1 317 025 Einheiten. Zu diesem Zeitpunkt kam durchschnittlich eine Wohnung auf 2,8 Personen.

Starke Zunahme der Wohnneubauten in Mehrfamilienhäusern

In Rheinland-Pfalz wurden 1973 insgesamt 16 237 Wohngebäude fertiggestellt, das waren 1 285 oder 8,6% mehr als im Vorjahr. Damit ist das bisher höchste Produktionsergebnis, welches im Jahre 1964 mit insgesamt 15 827 Wohngebäuden erzielt worden war, noch übertroffen worden. Infolge der unterschiedlichen Größe läßt sich die Zahl der Gebäude allerdings nur eingeschränkt vergleichen. Während im Berichtsjahr die Ein- und Zweifamilienhäuser, denen hierzulande eine dominierende Rolle zukommt, um 1 014 (+ 7,5%) auf 14 470 zunahmen, konnte bei den Mehrfamilienhäusern eine

deutlich höhere Zuwachsrate von + 18% ermittelt werden, so daß deren Anteil an den Wohngebäuden erneut anstieg, und zwar auf 11%. Die Anzahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern, welche fast sprunghaft um 3 356 zunahm, erreichte mit 17 706 erstmals nahezu die gleiche Höhe wie in Ein- und Zweifamilienhäusern. Hingegen befinden sich nur zwei Fünftel aller Räume in Mehrfamilienhäusern.

Die durchschnittliche Wohnfläche der neuerrichteten Wohnungen erhöhte sich um 0,2 auf 92,0 qm und hatte somit den gleichen Umfang wie im Jahre 1968. Die 1971 mit 94,2 qm errechnete größte durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung wurde in den beiden darauffolgenden Jahren nicht ganz erreicht. Das ist vorwiegend auf die hohe Zahl neuerrichteter Wohnungen in Mehrfamilienhäusern zurückzuführen, die im Schnitt nur über knapp zwei Drittel der Wohnfläche von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern verfügen. Im Jahre 1973 erhöhte sich die durchschnittliche Wohnfläche der Wohnungen in neuerrichteten Mehrfamilienhäusern um 1,8 auf 71,8 qm, in Ein- und Zweifamilienhäusern um 1,4 auf 112,0 qm. Die Zahl der Räume je Wohnung insgesamt belief sich durchschnittlich auf 4,5; diese Größe wurde schon 1962 ermittelt und unterliegt seitdem nur geringen Schwankungen.

Durchschnittliche Baukosten je Wohnung um 9,5% höher

Unter die veranschlagten reinen Baukosten, die zum Zeitpunkt der Baugenehmigung kalkuliert wurden, fallen nur die reinen Baukosten, also die Kosten sämtlicher Bauleistungen, die für die Errichtung eines Gebäudes erforderlich sind, nicht aber Kosten der Außenanlagen, Baugrundstückswerte und Erwerbskosten, Erschließungskosten und Baunebenkosten. Auch später angefallene Kosten durch Zusatzarbeiten können nicht berücksichtigt werden.

Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung erfuhren 1973 abermals eine kräftige Erhöhung, und zwar um 6 680 DM oder 9,5% auf

76 830 DM. Für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern wurden 100 882 DM (+ 12%) errechnet, für solche in Mehrfamilienhäusern 52 608 DM (+ 11%). Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß infolge der unterschiedlichen Größe der Wohnfläche in den beiden Gebäudetypen ein Kostenvergleich nur in eingeschränktem Maße möglich ist.

27% der Mehrfamilienhäuser in Großstädten

Bei der Klassifizierung der Wohnungen nach der Zahl der Räume ist zu beachten, daß Wohnräume alle innerhalb einer Wohnung liegenden und zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmten Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche sind. Kammern mit Tageslicht und ausgebauten Dachkammern gelten ebenfalls als Zimmer, wenn sie 6 oder mehr qm groß sind. Nicht als Wohnräume gelten Flure, Badezimmer und sonstige Nebenräume, auch wenn sich diese Räume innerhalb der Wohnung befinden.

In den verschiedenen Gemeindegrößenklassen setzte sich im wesentlichen die schon in den letzten Jahren beobachtete Entwicklung fort. Auch im Berichtsjahr wurden Ein- und Zweifamilienhäuser überwiegend in den kleineren Dörfern gebaut, in den Großstädten belief sich ihr Anteil nur auf 6,3%. Die durchschnittliche Anzahl der Räume je Wohnung blieb mit 5,3 gegenüber dem Vorjahr unverändert und zeigt innerhalb der einzelnen Gemeindegrößenklassen kaum Abweichungen. Noch deutlicher als in den vorhergegangenen Jahren ergab sich eine ansteigende Tendenz bei der durchschnittlichen Wohnfläche je Wohnung, die auf 110,4 qm in der Größenklasse unter 2 000 Einwohner und auf 116,9 qm in den Großstädten zunahm.

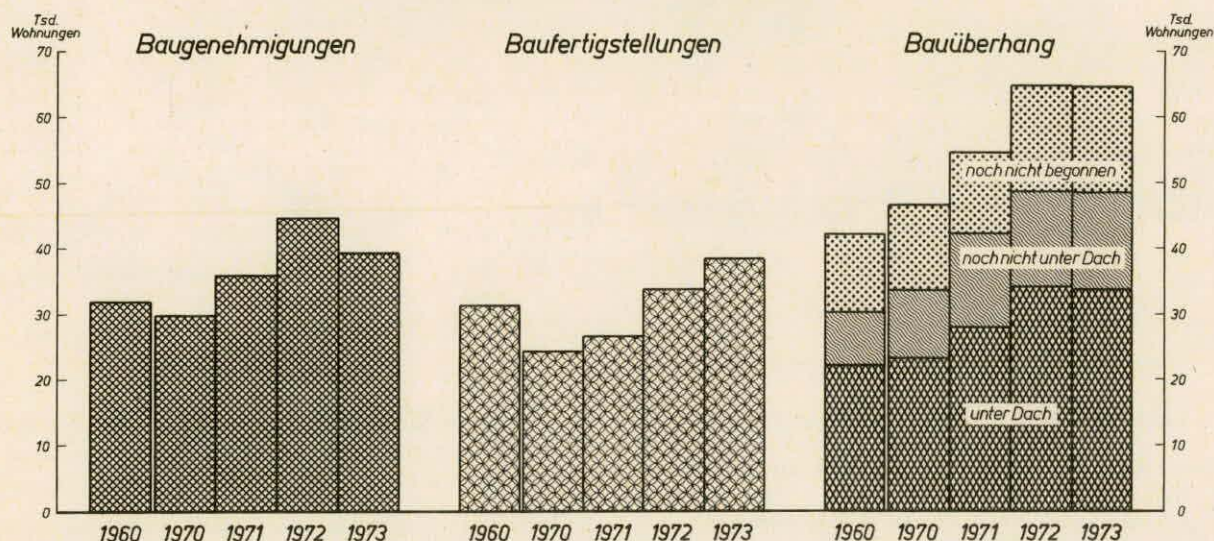
Von den neuerrichteten Mehrfamilienhäusern befindet sich nur etwa ein Zehntel in Gemeinden mit weniger als 2 000 Einwohnern, dagegen mehr als jeweils ein Viertel in Orten mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern und in den Großstädten. Lediglich in diesen beiden Größenklassen lassen sich deutliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr erkennen.

Wohnungszugang im Wohnbau nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen, Regierungsbezirken und Wohnungsgröße 1973

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Wohnungen	Mit ... Räumen									
		1 und 2		3		4		5 und 6		7 und mehr	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	2 818	658	23,3	575	20,4	895	31,8	571	20,3	119	4,2
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	5 458	429	7,8	1 030	18,9	2 258	41,4	1 617	29,6	124	2,3
Sonstige Wohnungsunternehmen	4 066	1 114	27,4	827	20,3	1 049	25,8	995	24,5	81	2,0
Öffentliche Bauherren	585	162	27,7	93	15,9	160	27,3	152	26,0	18	3,1
Private Haushalte	24 878	1 921	7,7	2 725	11,0	5 782	23,2	10 890	43,8	3 560	14,3
unter 2 000 Einwohner	9 116	354	3,9	910	10,0	1 853	20,3	4 377	48,0	1 622	17,8
2 000 - 5 000 "	5 485	324	5,9	586	10,7	1 334	24,3	2 481	45,2	760	13,9
5 000 - 20 000 "	8 437	806	9,6	1 160	13,7	2 543	30,1	3 219	38,2	709	8,4
20 000 - 50 000 "	4 316	489	11,3	860	19,9	1 231	28,5	1 419	32,9	317	7,4
50 000 - 100 000 "	2 429	320	13,2	465	19,1	759	31,2	721	29,7	164	6,8
100 000 und mehr "	8 022	1 991	24,8	1 269	15,8	2 424	30,2	2 008	25,1	330	4,1
Koblenz	13 386	1 321	9,9	1 924	14,4	3 520	26,3	5 127	38,3	1 494	11,1
Trier	4 060	268	6,6	441	10,9	950	23,4	1 735	42,7	666	16,4
Rheinhausen-Pfalz	20 359	2 695	13,2	2 885	14,2	5 674	27,9	7 363	36,2	1 742	8,5
Insgesamt	37 805	4 284	11,3	5 250	13,9	10 144	26,9	14 225	37,6	3 902	10,3

Bautätigkeit 1960 - 1973

Wohnungen im Wohn- und Nichtwohnbau



113/74

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Während der Anteil in den Großstädten von 32 auf 27% absank, erhöhte er sich in den Orten mit 5 000 bis 20 000 Einwohnern von 22 auf 27%, Dementsprechend wuchsen in dieser Größenklasse die Anteile an den Wohnungen und Räumen. Da die in den Großstädten errichteten Mehrfamilienhäuser über mehr Wohnungen und Räume als 1972 verfügen, ist trotz verminderter Anzahl der fertiggestellten Gebäude die Quote an den Wohnungen und Räumen insgesamt annähernd gleich hoch geblieben. Bemerkenswert ist außerdem, daß die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung mit zunehmender Größe der Gebäude zurückgeht. In den 1973 fertiggestellten Einfamilienhäusern befinden sich durchschnittlich 5,8 Räume, in Zweifamilienhäusern sind es nur noch 4,5, in Mehrfamilienhäusern mit drei Wohnungen 4,2 und in Großgebäuden mit 20 und mehr Wohnungen sogar nur 3,3.

Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen eine Steigerung der Wohnungszugänge um 27%, womit ihr Anteil von 13 auf 14% zunahm. Die öffentlichen Bauherren, denen im Wohnungsbau nur eine untergeordnete Rolle zukommt, verloren mehr als die Hälfte ihres Anteils und beanspruchen nur noch 1,5% am Ergebnis der Fertigstellungen. Nach dem sprunghaften Anstieg der Wohnungszugänge im Jahre 1972 für diese Bauherrengruppe erfolgte im Berichtsjahr eine Reduzierung auf den in früheren Jahren beobachteten Umfang.

Wohnungszugang im Wohnbau (Errichtung neuer Gebäude)
nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen
und Ausstattung der Wohnungen 1973

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Ins- gesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
	Anzahl	%			
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	2 778	1,0	1,0	99,0	99,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	5 458	2,2	2,2	97,8	97,7
Sonst. Wohnungsunternehmen	4 049	1,1	1,1	98,9	98,9
Öffentliche Bauherren	583	7,2	6,5	92,8	92,8
Private Haushalte	22 670	3,3	3,2	96,7	96,6
unter 2 000 Einwohner	8 258	5,5	5,4	94,5	94,4
2 000 - 5 000 "	5 032	4,5	4,5	95,5	95,3
5 000 - 20 000 "	7 928	1,7	1,7	98,3	98,2
20 000 - 50 000 "	4 183	2,4	2,4	97,6	97,6
50 000 - 100 000 "	2 258	1,6	1,4	98,4	98,3
100 000 und mehr "	7 879	0,3	0,3	99,7	99,7
Koblenz	12 557	2,5	2,4	97,5	97,5
Trier	3 906	3,1	3,1	96,9	96,8
Rheinhausen-Pfalz	19 075	2,9	2,8	97,1	97,1
Insgesamt	35 538	2,7	2,7	97,3	97,2

Private Bauherren weiterhin an der Spitze

Eine Aufgliederung der Fertigstellungen im Wohnneubau nach Bauherrengruppen zeigt erneut die dominierende Stellung der privaten Bauherren, deren Anteil knapp zwei Drittel beträgt und gegenüber 1972 unverändert blieb. Auch die Quoten, welche bei einer Unterteilung der privaten Haushalte auf selbständige Berufstätige, Beamte/Angestellte (jeweils ein Drittel) sowie Arbeiter (knapp ein Viertel) entfallen, haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Innerhalb der letzten zehn Jahre erhöhte sich dagegen die Zahl der Beamten und Angestellten unter den privaten Bauherren um fast das Doppelte und bei den Selbständigen um etwa ein Viertel, während sie bei den Arbeitern um etwa ein Fünftel zurückging. Von den übrigen vier Bauherrengruppen verzeichneten die

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (ohne Nichtwohnbau) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Wohnungsgröße 1973

Bauherr Gemeindegrößenklasse	Woh- nungen	Mit ... Räumen								Wohn- räume
		1 und 2		3		4		5 und mehr		
	Anzahl		%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl
Wirtschaftsunternehmen und öffent- liche Verwaltungen	390	108	27,7	77	19,7	119	30,5	86	22,1	1 298
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 331	87	3,7	454	19,5	1 003	43,0	787	33,8	9 766
Private Haushalte	1 851	27	1,5	88	4,8	284	15,3	1 452	78,4	10 381
unter 2 000 Einwohner	703	12	1,7	32	4,6	65	9,2	594	84,5	4 110
2 000 - 5 000 "	599	3	0,5	54	9,0	189	31,6	353	58,9	3 080
5 000 - 20 000 "	919	21	2,3	127	13,8	329	35,8	442	48,1	4 290
20 000 - 50 000 "	601	5	0,8	123	20,5	231	38,4	242	40,3	2 667
50 000 - 100 000 "	546	48	8,8	113	20,7	180	33,0	205	37,5	2 310
100 000 und mehr "	1 204	133	11,1	170	14,1	412	34,2	489	40,6	4 988
Insgesamt	4 572	222	4,8	619	13,5	1 406	30,8	2 325	50,9	21 445

17% mehr Ein- und Zweiraumwohnungen

Eine Analyse der durchschnittlichen Raumzahl der Wohnungen im Wohnneubau ergab, daß im Berichtsjahr nur unerhebliche Verschiebungen innerhalb der einzelnen Wohnungsgrößen eintraten. Die schon in früheren Jahren festgestellte zunehmende Bedeutung der Ein- und Zweiraumwohnungen setzte sich mit einer Steigerungsrate von + 17%, die somit höher als die für alle Wohnungen ermittelte ausfiel, weiter fort.

Unter den privaten Haushalten sind neuerstellte Wohnungen mit fünf und sechs Räumen am begehrtesten; ihr Anteil beträgt 44%. Auch Wohnungen mit sieben und mehr Räumen sind am häufigsten bei dieser Bauherrengruppe anzutreffen. Bei den sonstigen Wohnungsunternehmen und öffentlichen Bauherren lag der Schwerpunkt bei den Ein- und Zweiraumwohnungen. Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen

bevorzugten Wohnungen mit vier, fünf oder sechs Räumen und die Unternehmen schließlich Kleinstwohnungen und solche mit vier Räumen.

Innerhalb der einzelnen Größenklassen sind fertiggestellte Wohnungen mit fünf und sechs Räumen sowie sieben und mehr Räumen vorwiegend in Gemeinden bis zu 5 000 Einwohnern anzutreffen, dagegen wurde knapp die Hälfte aller Kleinstwohnungen in den Großstädten errichtet.

7,1% aller Wohnneubauten in Fertigteilbauweise

Nach den Richtlinien für die Bautätigkeitsstatistik werden als Fertigteilbau solche Gebäude ausgewiesen, für deren Außen- und Innenwände geschoßhohe oder raumbreite Fertigteile verwendet werden. Vorgefertigte Teile sind tragende oder nichttragende Teile, die nicht an der Einbaustelle hergestellt werden. Sie müssen ohne weitere Bearbeitung mit Hilfe von Anschlußmitteln zum Bauwerk zusammengefügt oder mit im Bauwerk hergestellten Bauteilen fest verbunden werden können. Daneben können Teile eines Gebäudes in herkömmlicher Weise erstellt werden.

Der Fertigteilbau, dessen Bedeutung schon seit einigen Jahren ständig wächst, konnte auch 1973 kräftige Steigerungsraten erzielen. Die Fertigstellungen im rheinland-pfälzischen Fertigteilbau beliefen sich im Wohnbau auf 1 158 Gebäude (+ 52%) und 1 348 Wohnungen (- 11%), im Nichtwohnbau auf 251 Gebäude (+ 20%) und 14 Wohnungen (+ 17%). Somit wurden 7,1% aller Wohnneubauten in Fertigteilbauweise errichtet, gegenüber 5,1% im Vorjahr; im Nichtwohnbau erhöhte sich der Anteil von 6,9 auf 8,4%. Innerhalb der einzelnen Gebäudearten nahm vor allem die Zahl der Einfamilienhäuser, die schon 1972 einen Schwerpunkt des Fertigteilbaus dargestellt hatten, zu, und zwar um 354 auf 1 018. Die Zahl der Mehrfamilienhäuser stieg zwar auf 15; in diesen befinden sich jedoch nur 80 Wohnungen, während es im Vorjahr 10 Gebäude mit 677 Wohnungen waren. Im Nichtwohnbau hat der Fertigteilbau vor allem bei Schulbauten einige Bedeutung erlangt. Von den insgesamt erstellten 67 Schulen mit 171,9 Mill. DM veranschlagten reinen Baukosten entfielen 13 (17,2 Mill. DM) auf den Fertigteilbau. Die größten Bauherrengruppen bildeten

Wohnungszugang im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau (Errichtung neuer Gebäude) nach Bauherren, Gemeindegrößenklassen und Ausstattung der Wohnungen 1973 (vollgeförderter Wohnungsbau)

Bauherr Gemeindegrößenklasse Regierungsbezirk	Insgesamt	Mit Ofenheizung		Mit Zentralheizung	
		zu- sam- men	mit Bad	zu- sam- men	mit Bad
		Anzahl	%	Anzahl	%
Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen)	68	14,7	14,7	85,3	85,3
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	2 331	3,9	3,9	96,1	96,1
Sonst. Wohnungsunternehmen	117	5,1	5,1	94,9	94,9
Öffentliche Bauherren	201	4,5	4,5	95,5	95,5
Private Haushalte	1 794	5,7	5,7	94,3	94,3
unter 2 000 Einwohner	667	9,3	9,3	90,7	90,7
2 000 - 5 000 "	592	8,4	8,4	91,6	91,6
5 000 - 20 000 "	911	6,1	6,1	93,9	93,9
20 000 - 50 000 "	595	7,1	7,1	92,9	92,9
50 000 - 100 000 "	543	1,3	1,3	98,7	98,0
100 000 und mehr "	1 203	0,2	0,2	99,8	99,8
Koblenz	1 240	6,9	6,9	93,1	93,1
Trier	406	4,4	4,4	95,6	95,6
Rheinhausen-Pfalz	2 865	4,0	4,0	96,0	95,8
Insgesamt	4 511	4,9	4,9	95,1	95,0

Gebäudeart Bauherr Gemeindegrößenklasse	Gebäude	Wohnungen	Brutto- wohn- fläche	Nutzfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
				ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je Gebäude	ins- gesamt	je cbm umbauten Raumes
	Anzahl		1 000 qm	qm		1 000 cbm	cbm	1 000 DM	DM
Anstaltsgebäude	122	23	1,6	130	1 066	606	4 967	184 424	304
Bürogebäude	149	109	9,1	127	852	631	4 235	124 351	197
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	637	6	0,6	190	298	894	1 403	39 841	45
Gewerbliche Betriebsgebäude	1 619	365	36,5	1 410	871	8 451	5 220	689 768	82
Schulen	67	6	0,6	162	2 418	881	13 149	171 861	195
Sonstige Nichtwohngebäude	381	21	2,6	182	478	1 092	2 866	154 562	142
Unternehmen und freie Berufe	2 447	465	45,2	1 734	709	10 052	4 108	917 058	91
Land- und Forstwirtschaft	607	6	0,6	185	305	870	1 433	38 748	45
Produzierendes Gewerbe	839	94	10,2	800	954	5 220	6 222	340 105	65
Handel, Geld und Versicherungswesen, Dienstleistungen	943	362	34,1	725	769	3 831	4 063	523 341	137
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	58	3	0,3	24	414	131	2 259	14 864	113
Öffentliche Bauherren	440	47	4,3	448	1 018	2 407	5 470	439 109	182
Gemeinden und Gemeindeverbände	273	26	2,6	291	1 066	1 618	5 927	301 310	186
Andere Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	57	3	0,3	70	1 228	330	5 789	55 834	169
Organisationen ohne Erwerbscharakter	110	18	1,4	87	791	459	4 173	81 965	179
Private Haushalte	88	18	1,5	19	216	96	1 091	8 640	90
unter 5 000 Einwohner	1 536	178	19,1	679	442	3 694	2 405	308 604	84
5 000 - 50 000 "	901	187	17,7	813	902	4 723	5 242	531 222	112
50 000 - 100 000 "	165	28	2,4	179	1 085	1 081	6 552	117 614	109
100 000 und mehr "	373	137	11,8	530	1 421	3 057	8 196	407 367	133
Insgesamt	2 975	530	51,0	2 201	740	12 555	4 220	1 364 807	109

hier im Wohnbau die privaten Haushalte, im Nichtwohnbau die Unternehmen und freien Berufe.

Im Bundesgebiet stieg 1973 der Anteil der Fertigteilbauten an der Gesamtzahl der genehmigten Wohngebäude von 9,4 auf knapp 11%, während er bei den Nichtwohngebäuden praktisch unverändert blieb (17%). Dabei konzentrierte sich im Wohnungsbau die Fertigteilbauweise vor allem auf den Bau von Einfamilienhäusern, deren Anteil an den genehmigten Wohnungen in Fertigbauweise im Berichtsjahr auf 13% anstieg.

Wohnkomfort nahm abermals zu

Mit steigendem Lebensstandard wuchsen abermals die Ansprüche an den Wohnkomfort. Verfügten 1972 schon 95% der neuerrichteten Wohnungen über Zentralheizung und Bad, so konnte 1973 eine Zunahme auf 97% festgestellt werden. Dementsprechend verminderte sich der Anteil der Wohnungen mit Ofenheizung und Bad von 4,5% auf 2,7%.

Von den einzelnen Bauherrengruppen erreichten die Unternehmen (ohne Wohnungsunternehmen) sowie die sonstigen Wohnungsunternehmen mit jeweils 99% den höchsten Ausstattungsgrad mit Zentralheizung und Bad. Bei der zahlenmäßig bedeutendsten Gruppe der privaten Haushalte ergab sich eine Zunahme um 2 Prozentpunkte auf 97% und schließlich konnte bei den öffentlichen Bauherren, deren Wohnungen im Vorjahr nur zu 79% die höchste Ausstattungsstufe aufzuweisen hatten, im Jahre 1973 ein Anteil von nicht weniger als 93% errechnet werden.

Die schon in früheren Jahren beobachtete Tendenz einer verbesserten Ausstattung der Wohnungen mit ansteigender Gemeindegrößenklasse gilt auch für das Berichtsjahr. Da jedoch in den kleinen Orten bis 2 000 Einwohner schon 94% der Fertigstellungen Zentralheizung und Bad erhalten haben, verringerte sich erneut der Abstand von der untersten Größenklasse zu den Großstädten.

Deutliche Zunahme im sozialen Wohnungsbau

Die folgenden Ausführungen beinhalten nur den sogenannten traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau. Unberücksichtigt bleibt der 1968 eingeführte sogenannte Zweite Förderungsweg, der solchen Personen den Bezug steuerbegünstigter Wohnungen ermöglichen soll, die wegen Überschreitung der Einkommensgrenzen keine Sozialwohnungen erhalten können und auch nicht in der Lage sind, die Miete für eine nichtsubventionierte steuerbegünstigte Wohnung aufzubringen. Verglichen mit dem traditionellen öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau wurden auf diesem Wege in den vergangenen Jahren erheblich weniger Wohnungen erstellt; im Berichtsjahr waren es 858.

Im sozialen Wohnungsbau beliefen sich 1973 die fertiggestellten Wohnungen auf 4 572 Einheiten, das sind 20% mehr als im Jahr zuvor. Der Anteil an den insgesamt in Rheinland-Pfalz errichteten Wohnungen blieb zwar mit 12% konstant gegenüber 1972, fiel jedoch etwas niedriger aus als in den beiden davorliegenden Jahren. Als Bauherren dominierten die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, welche mehr als die Hälfte der Wohnungen bauten, danach folgten die privaten Haushalte mit einer Quote von 40%. Mehr als vier Fünftel aller fertiggestellten Woh-

nungen verfügen über mindestens vier Räume; bei den privaten Haushalten erreichen Wohnungen mit fünf und mehr Räumen sogar einen Anteil von 78%. 2 863 Wohnungen befinden sich in den neuerichteten Mehrfamilienhäusern, in den Ein- und Zweifamilienhäusern dagegen mit 1 648 nur etwas mehr als ein Drittel. Im Landesdurchschnitt wurden 4,7 Räume und 89,5 qm Wohnfläche je Wohnung ermittelt. Dieses Ergebnis liegt nur knapp unter dem des Jahres 1971, als mit 90,8 qm die höchste durchschnittliche Wohnfläche errechnet wurde. Die Kosten pro Wohnung stiegen um 11% auf 69 376 DM; diese Zuwachsrate lag geringfügig über der im gesamten Wohnneubau. Auch der Wohnkomfort im sozialen Wohnungsbau nahm erneut zu. Ein zentralbeheiztes Bad weisen 95% der im Berichtsjahr errichteten Wohnungen auf gegenüber 93% bzw. 88% in den beiden Vorjahren.

Im Nichtwohnbau dominieren gewerbliche Betriebsgebäude

Die im Nichtwohnbau errichteten Gebäude beliefen sich auf 2 975, die darin befindlichen Wohnungen auf 530; das sind 2,5% weniger Gebäude und 10% weniger Wohnungen als 1972. Der umbaute Raum verringerte sich um 8,2% auf 12,56 Mill. cbm und die Nutzfläche um 1,9% auf 2,20 Mill. qm. Dagegen stiegen die veranschlagten reinen Baukosten insgesamt um 11% auf 1,36 Mrd. DM und je Kubik-

meter umbauten Raumes um 21% auf 109 DM. Die Nutzfläche je Gebäude belief sich auf 740 qm, das entspricht einer Zunahme um 0,7%. Mehr als die Hälfte aller Gebäude (1 619) gehören zu den gewerblichen Betriebsgebäuden, in denen knapp sieben Zehntel der Wohnungen liegen. Die größte durchschnittliche nicht Wohnzwecken dienende Nutzfläche je Gebäude weisen erneut Schulen und Anstaltsgebäude auf, obwohl sich diese um 2,1% auf 2 418 qm bzw. um 27% auf 1 066 qm verringerte. Die übrigen Gebäudearten verzeichneten dagegen eine Zunahme der durchschnittlichen Nutzfläche je Gebäude, die bei Bürogebäuden mit + 13% am höchsten ausfiel. Der umbaute Raum je Gebäude stieg am kräftigsten bei den Schulen, wo er von 12 180 auf 13 149 cbm zunahm. In hohem Maße wuchsen die veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes bei den Anstaltsgebäuden, die sich mit 304 DM nahezu um die Hälfte erhöhten und bei weitem die höchsten von allen Gebäudearten sind. Für gewerbliche Betriebsgebäude, die wichtigste Gebäudeart, stiegen die veranschlagten reinen Baukosten je Kubikmeter umbauten Raumes um 28% und erreichten 82 DM. Wie schon in früheren Jahren dominierten als Bauherren die Unternehmen und freien Berufe, die 2 447 Gebäude errichteten; danach folgten öffentliche Bauherren mit 440 und private Haushalte mit 88 Fertigstellungen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 685	3 698	3 700	3 702	3 703	3 696	3 696
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 204	2 137	2 414	3 063	2 051	2 121	2 204	2 921	2 040 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,0	5,8	7,7	9,7	6,7	7,0	7,0	9,3 ^p	6,7 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 420	3 083	3 174	3 075	3 026	2 787	3 205	3 067	3 238 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,3	8,3	10,1	9,8	9,9	9,2	10,2	9,8 ^p	10,7 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) 3)	Anzahl	3 660	3 682	3 561	3 454	3 253	3 215	3 626	3 333	3 398 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,9	10,0	11,3	11,0	10,7	10,6	11,6	10,6 ^p	11,2 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	82	76	77	72	81	63	55	66	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	24,0	24,7	23,8	23,4	26,8	22,6	17,2	21,5	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 240	- 599	- 387	- 379	- 227	- 428	- 421	- 266	- 160 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,7	- 1,6	- 1,2	- 1,2	- 0,7	- 1,4	- 1,3	- 0,8 ^p	- 11,2 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 377	10 464	11 605	12 566	11 390	7 076	10 060
* Fortgezogene	Anzahl	9 150	8 997	9 492	10 046	10 220	7 969	9 516
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 227	1 467	2 113	2 520	1 170	- 893	544
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 508	10 958	12 299	14 487	11 581	10 321	12 471
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	12,9	14,7	10,3	10,2	10,1	27,0	29,8	31,5	33,6
* Männer	1 000	7,8	8,5	5,2	5,2	5,0	15,4	17,2	18,2	19,6
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	776	715	79	104	130	181	202	254	311
Bauberufe	Anzahl	887	1 006	293	330	386	2 763	2 702	2 649	2 922
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	5 746	6 256	4 134	4 104	3 971	12 155	12 339	13 402	14 694
Offene Stellen	Anzahl	27 090	28 810	34 095	31 853	30 017	17 236	15 727	15 565	14 144
Männer	Anzahl	16 842	18 662	21 639	20 857	19 982	9 694	8 907	8 899	8 286
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	316	444	436	507	609	254	204	198	408
Bauberufe	Anzahl	2 623	2 704	3 301	3 092	2 977	988	945	1 062	811
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	11 549	13 068	15 859	15 241	14 086	6 411	5 860	5 622	5 078
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	678	693
* Milchkühe	1 000	251	250
* Schweine	1 000	744	737	.	.	790	.	.	739	.
* Zuchtsauen	1 000	70	71	.	.	75	.	.	74	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	42	45	.	.	45	.	.	48	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	16	14	15	17	14	17	17	18
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	98	93	88	82	80	78	89	83	91
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	9	6	10	9	10	8	11
* Schlachtmengen 5)	1 000 t	11,1	10,5	10,5	10,5	10,2	9,9	11,4	10,8	11,7
* Rinder	1 000 t	4,3	4,3	4,0	4,4	4,5	4,1	4,7	4,6	4,9
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,6	6,2	6,4	6,0	5,6	5,7	6,6	6,1	6,6
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 6)										
* für Legehennenküken	1 000	165	167	85	174	194	107	65	138	72
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	61	68	70	75	71	87	114	106	105
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	84	82	70	87	85	81	72
* an Molkereien geliefert	%	83,1	84,5	86,5	86,8	86,4	86,6	86,3	86,2	86,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,4	10,3	10,8	10,5	9,4	11,6	10,9	10,4	9,5

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 5) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 6) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 7) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973			1974				
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	3 059	2 997	2 992	2 994	2 998	2 911	2 895	2 888	...
* Beschäftigte	1 000	404	407	409	413	412	399	399	401	...
* Arbeiter 2)	1 000	298	299	301	304	302	290	291	291	...
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 571	45 676	41 670	47 732	45 630	38 519	40 340	43 975	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	591	669	673	670	635	737	760	719	...
* Löhne	Mill. DM	384	434	446	445	410	467	489	464	...
* Gehälter	Mill. DM	207	235	227	225	225	270	271	255	...
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	76	74	69	62	69	78	77	79	...
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	87	92	84	96	95	95	99	100	...
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4	1	2	1	2	2	2	2	...
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	83	91	82	95	93	93	97	98	...
* Heizölverbrauch	1 000 t	207	216	179	187	189	176	163	176	...
* leichtes Heizöl	1 000 t	40	39	26	28	29	25	24	23	...
* schweres Heizöl	1 000 t	167	177	153	159	160	151	139	153	...
* Stromverbrauch	Mill. kWh	847	871	858	876	906	924	924	939	...
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	299	283	257	267	279	296	292	281	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	2 815	3 125	2 925	3 186	3 143	3 389	3 612	3 675	...
* Auslandsumsatz	Mill. DM	637	757	685	764	731	1 025	1 034	1 078	...
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1962 = 100	234	246	220	235	257	253	221 ^p	241 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	247	262	232	248	270	268	237 ^p	256 ^p	...
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1962 = 100	247	263	234	249	272	269	237 ^p	256 ^p	...
Energiewirtschaft	1962 = 100	228	245	207	214	235	247	227 ^p	242 ^p	...
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1962 = 100	264	283	270	281	298	299	276	289	...
Industrie der Steine und Erden	1962 = 100	180	179	203	201	219	183	155	179	...
Chemische Industrie	1962 = 100	317	341	322	332	348	365	345	351	...
* Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	322	334	287	280	330	362	295	313	...
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1962 = 100	299	270	221	215	248	302	278	264	...
* Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	183	191	148	182	199	168	142	169	...
Schuhindustrie	1962 = 100	102	89	55	95	104	46	63	89	...
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1962 = 100	182	196	157	195	200	184	162	193	...
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	166	161	155	169	185	177	139	162	...
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	98	97	.	.	99	95
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	120	134	.	.	134	140
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	221	234	150	160	161	135	146
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 266	1 454	1 438	1 405	1 472	1 518	1 633
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	384	517	537	481	519	535	579
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 088	1 155	1 037	1 071	1 101	1 105	1 188
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,3	0,1	0	0	0	0,1	0	0	...
Gasbezug 4)	Mill. cbm	119	133	93	106	107	110	111	112	...
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	120	133	93	106	107	110	111	112	...
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	89 423	87 137	88 813	88 369	88 244	80 632	80 340	79 761	78 844
Facharbeiter	Anzahl	48 787	48 502	49 746	49 427	49 735	46 454	44 951	44 340	43 798
Fachwerker und Werker	Anzahl	26 017	23 651	24 175	23 804	23 421	19 583	20 728	20 586	20 181
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	13 348	12 311	12 509	14 152	13 475	11 027	10 975	12 160	11 773
Privater Bau	1 000	7 887	7 271	7 234	8 259	7 813	6 192	6 071	6 579	6 321
Wohnungsbau	1 000	5 235	4 935	4 900	5 620	5 334	4 022	3 977	4 380	4 209
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	122	94	95	178	155	131	89	120	106
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 530	2 242	2 239	2 461	2 324	2 039	2 005	2 079	2 006
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 461	5 040	5 275	5 893	5 662	4 835	4 904	5 581	5 452
Hochbau	1 000	1 346	1 142	1 126	1 197	1 175	1 101	1 090	1 237	1 227
Tiefbau	1 000	4 115	3 898	4 149	4 696	4 487	3 734	3 814	4 344	4 225
Straßenbau	1 000	1 909	1 836	1 998	2 291	2 135	1 846	1 863	2 130	2 107
Löhne und Gehälter	Mill. DM	131	139	151	158	153	144	148	151	145
* Löhne	Mill. DM	118	124	136	143	138	128	132	135	129
* Gehälter	Mill. DM	13	15	15	15	15	16	16	16	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	332	347	354	399	450	281	320	375	386

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1974 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 496	1 418	2 014	1 490	1 238	1 428	1 320	1 309	1 143
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 332	1 282	1 835	1 347	1 135	1 357	1 250	1 250	1 095
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 813	1 627	2 449	1 614	1 381	1 480	1 336	1 312	1 129
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	273	267	416	271	231	263	239	240	207
* Wohnfläche	1 000 qm	313	281	429	275	234	242	215	207	184
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	253	268	338	323	284	202	232	248	231
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 010	1 128	1 676	1 459	1 194	781	923	1 205	886
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	110	141	233	170	158	133	128	167	119
* Nutzfläche	1 000 qm	175	201	294	253	217	135	169	201	152
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	2 742	3 282	5 192	3 128	2 733	2 563	2 410	2 350	2 001
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	124	132	.	135	.	.	.	139	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	189	201	.	204	.	.	.	215	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	192	208	.	212	.	.	.	224	.
Leichttrennwand	1962 = 100	197	213	.	216	.	.	.	228	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	176	190	.	194	.	.	.	205	.
Beton für Wände	1962 = 100	182	197	.	200	.	.	.	206	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	137	147	.	150	.	.	.	171	.
Innenwandputz	1962 = 100	198	222	.	227	.	.	.	248	.
Deckenputz	1962 = 100	191	214	.	219	.	.	.	239	.
Außenwandputz	1962 = 100	205	230	.	235	.	.	.	253	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	170	189	.	192	.	.	.	212	.
Zimmertür, einflügelig	1962 = 100	182	202	.	205	.	.	.	221	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	737,5	866,8	825,7	880,7	854,8	1 037,9	1 204,3	1 192,5	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	25,5	41,4	39,8	55,8	46,3	40,4	58,0	55,3	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	712,0	825,5	785,9	824,9	808,4	997,5	1 146,3	1 137,2	...
* Rohstoffe	Mill. DM	10,3	11,5	10,6	11,9	11,5	12,2	12,7	11,9	...
* Halbwaren	Mill. DM	35,5	44,8	50,0	42,7	36,5	64,9	72,8	68,0	...
* Fertigwaren	Mill. DM	666,3	769,1	725,3	770,3	760,4	920,5	1 060,8	1 057,3	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	235,3	280,2	274,3	289,7	289,9	408,3	451,6	423,7	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	431,0	488,9	451,0	480,6	470,5	512,1	609,2	633,6	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Länder	Mill. DM	350,1	402,3	350,7	375,7	395,8	497,4	549,0	496,9	...
Frankreich	Mill. DM	122,9	133,1	130,2	102,4	125,1	155,4	184,8	136,4	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	51,4	60,8	56,4	62,5	60,1	78,0	77,3	79,7	...
Niederlande	Mill. DM	55,7	69,3	59,6	74,8	61,7	77,4	77,0	98,8	...
Italien	Mill. DM	65,4	73,6	71,1	59,7	76,9	106,4	104,6	72,2	...
Großbritannien	Mill. DM	38,3	46,6	43,7	54,3	48,9	56,4	82,4	83,7	...
Republik Irland	Mill. DM	1,7	2,6	3,8	3,3	2,2	2,9	3,5	2,7	...
Dänemark	Mill. DM	14,7	18,8	16,5	18,7	20,9	21,0	19,5	23,3	...
Österreich	Mill. DM	33,8	35,8	36,2	34,5	35,4	37,2	41,1	45,1	...
Schweiz	Mill. DM	41,7	46,1	44,4	46,1	43,2	56,1	57,7	56,4	...
USA und Kanada	Mill. DM	49,2	54,9	53,3	52,6	60,5	51,4	62,7	70,9	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	103,9	133,0	122,5	152,7	122,6	155,6	202,5	221,5	...
Ostblockländer	Mill. DM	36,0	48,1	50,6	50,7	48,0	75,9	75,7	86,0	...
Einfuhr (Generalhandel)										
* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	480,5	522,7	519,7	464,3	488,6	660,7	819,0	775,3	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	83,3	103,1	108,4	87,4	91,4	90,7	106,5	115,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	397,2	419,7	411,3	376,9	397,2	570,0	712,5	659,5	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	105	108	107	109	109	103	105	105	105
* Umsatz	1970 = 100	122	135	130	132	125	133	144	141 ^x	135
Waren verschiedener Art	1970 = 100	119	130	126	122	116	136	156	144	138
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124	139	137	146	134	138	145	151	138
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	122	133	120	103	109	117	132	115 ^x	129
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	131	150	137	146	135	145	155	162 ^x	147
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	124	137	113	119	117	128	135	130 ^x	125
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	115	117	117	106	109	112	123	96 ^x	98

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	103	106	106	103	104	105	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	117	115	117	122	126	122	123	127	...
* Umsatz	1970 = 100	112	116	131	137	144	131	125	150	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	113	120	150	151	168	148	143	163	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	109	116	118	126	127	119	112	140	...
Fremdenverkehr										
in 292 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	261	256	367	373	420	328	349	373	...
* Auslandsgäste	1 000	54	49	114	97	75	69	107	87	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	988	998	1 719	1 583	1 530	1 325	1 580	1 703	...
* Auslandsgäste	1 000	134	122	334	263	172	173	326	236	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 099	3 143	3 465	3 386	2 986	2 882	2 983	2 795	2 941
* Güterempfang	1 000 t	1 555	1 677	1 864	1 734	1 634	1 602	1 688	1 523	1 605
* Güterversand	1 000 t	1 544	1 466	1 601	1 652	1 352	1 280	1 294	1 272	1 336
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 166	3 649	3 504	3 792	4 125	3 249	3 287	3 182	3 503
Ladung	1 000 t	2 604	2 679	2 909	2 963	2 658	2 783	2 932	2 639	2 677
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	65	72	83	79	63	82	86	80	74
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 580	4 140	4 002	3 944	4 558	3 687	3 656	3 618	3 862
Ladung	1 000 t	1 158	1 323	1 485	1 511	1 291	1 575	1 360	1 576	1 429
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	60	70	82	78	62	84	85	81	73
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 664	11 174	10 447	8 443	9 045	9 209	9 699	7 518	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	165	212	317	256	139	261	223	183	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	10 427	9 899	9 070	7 280	8 068	8 153	8 566	6 639	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	613	580	573	502	438	422	517	366	...
Zugmaschinen	Anzahl	391	406	397	334	333	301	296	284	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	450	481	781	360	306	712	524	362	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	28 074	29 796	21 788	26 936	29 701	27 166	22 217	29 124	...
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	23 892	24 734	19 165	21 537	23 599	22 193	20 304	22 446	...
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	3 674	4 549	2 022	4 681	5 369	4 127	1 317	6 062	...
Berufsverkehr	1 000	900	1 017	850	1 009	1 065	947	1 138	1 364	...
Gelegenheitsverkehr	1 000	508	514	601	681	733	846	596	616	...
Ausflugsfahrten	1 000	110	103	137	130	152	171	141	124	...
Ferienziel - Reisen	1 000	3	3	9	8	4	8	9	6	...
Mietwagenverkehr	1 000	395	408	455	543	577	667	446	486	...
Wagenkilometer	1 000	11 704	12 996	12 062	15 017	16 186	13 911	12 380	15 371	...
Straßenverkehrsunfälle										
Anzahl		7 595	7 256	7 025	7 013	7 337	6 556	6 298	7 298	7 298
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 912	1 802	1 871	1 920	2 039	1 751	1 614	1 994	1 883
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 683	5 454	5 154	5 093	5 298	4 805	4 684	5 304	5 415
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 470	4 832	3 918	4 045	4 132	3 614	3 553	4 063	4 085
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 213	1 215	1 236	1 048	1 166	1 191	1 131	1 241	1 330
* Getötete Personen	Anzahl	101	90	98	106	110	74	90	77	98
Pkw - Insassen	Anzahl	56	46	52	48	64	40	46	34	40
Fußgänger	Anzahl	24	23	16	29	19	14	19	20	27
* Verletzte Personen	Anzahl	2 759	2 559	2 789	2 631	2 862	2 481	2 267	2 764	2 587
Pkw - Insassen	Anzahl	1 859	1 652	1 751	1 431	1 714	1 532	1 324	1 526	1 543
Fußgänger	Anzahl	331	318	259	330	331	248	227	336	323
Schwerverletzte	Anzahl	946	854	920	880	966	827	755	930	879
Pkw - Insassen	Anzahl	587	490	515	421	529	460	403	474	468
Fußgänger	Anzahl	169	155	125	144	155	130	106	155	155
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	44 981	41 755	38 380	39 537	40 260	38 675	29 500	37 555	...
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 115	1 079	792	1 032	1 008	683	774	885	...
Telegramme	1 000	40	36	42	41	36	31	37	35	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1108 815	1252 762	1411 456	1261 010	1153 499	1232 254	1487 154	1365 656	...
Lastschriften	1 000 DM	1103 065	1253 489	1391 028	1294 060	1120 693	1186 963	1505 860	1386 921	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	22 352	23 330	26 893	25 195	20 459	23 052	30 882	28 164	...
Auszahlungen	1 000 DM	24 564	30 567	33 332	35 941	30 337	29 341	36 655	35 813	...
Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 099	1 115	1 108	1 109	1 111	1 118	1 119	1 120	...
Fernsehrundfunk	1 000	984	1 001	995	996	998	1 008	1 008	1 010	...

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt ²⁾	Mill. DM	26 531	29 977	28 480	28 617	28 962	30 799	30 993	31 353	31 762
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	26 265	29 811	28 305	28 447	28 796	30 599	30 736	31 097	31 498
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	6 552	7 607	7 191	7 111	7 343	8 061	7 940	7 935	8 176
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	6 407	7 430	6 963	6 939	7 111	7 775	7 729	7 721	7 902
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	146	176	227	173	231	286	212	213	274
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 365	3 395	3 502	3 502	3 506	3 161	3 280	3 411	3 449
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 996	2 999	3 070	3 074	3 075	2 753	2 783	2 817	2 845
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	369	395	432	427	431	408	496	594	604
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	16 348	18 810	17 611	17 834	17 947	19 377	19 516	19 751	19 872
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 539	14 121	13 480	13 577	13 671	14 436	14 522	14 672	14 793
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	3 810	4 689	4 131	4 256	4 276	4 941	4 994	5 079	5 079
* Einlagen und aufgenommenen Kredite von Nichtbanken ²⁾	Mill. DM	23 587	26 828	24 567	24 952	24 951	27 368	27 432	27 585	27 715
* Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	8 355	10 561	9 388	9 818	9 838	10 883	10 871	10 900	10 951
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 968	8 817	7 829	8 186	8 223	8 992	8 973	8 982	9 026
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 388	1 744	1 559	1 633	1 615	1 890	1 898	1 918	1 925
* Spareinlagen	Mill. DM	13 742	14 711	13 657	13 604	13 577	14 894	14 962	15 077	15 152
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 479	8 861	8 440	8 406	8 387	8 951	8 988	9 063	9 101
* Gutschriften auf Sparkonten ³⁾	Mill. DM	757	778	707	693	597	645	902	785	725
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	617	725	807	746	625	625	834	671	650
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ⁴⁾	Anzahl	17	22	12	28	26	19	36	29	37
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	3 639	18 079	18 598	45 348	17 599	4 313	30 262	28 967	10 259
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	1	2	-	-	4	3	1	3
* Wechselproteste ⁵⁾	Anzahl	1 536	1 604	1 571	1 645	1 522	1 615	1 816	1 565	1 587
* Wechselsumme	1 000 DM	4 898	5 008	4 873	4 923	5 570	6 499	7 230	4 948	6 467
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	525 232	614 781	470 538	568 520	736 163	777 261	497 232	655 892	862 261
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	341 080	431 750	308 084	410 021	577 888	570 879	310 870	491 434	649 261
* Lohnsteuer ⁶⁾	1 000 DM	207 791	264 818	224 008	313 529	224 822	221 918	232 106	394 816	263 942
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	31 436	39 883	-	106 695	-	-	-	137 292	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	87 108	102 542	58 228	10 660	255 808	241 918	18 426	9 964	281 501
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	6 980	7 869	7 802	60 459	- 660	6 064	4 198	64 569	1 712
* Körperschaftsteuer ⁷⁾	1 000 DM	39 522	56 522	18 046	25 373	97 918	100 979	56 140	22 085	102 106
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	8 305	7 244	-	18 468	-	-	-	13 897	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	184 152	183 031	162 454	158 499	158 275	206 382	186 362	164 458	213 000
* Umsatzsteuer	1 000 DM	136 255	137 107	126 031	120 516	124 385	130 047	134 211	108 296	126 287
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	47 897	45 924	36 423	37 983	33 890	76 335	52 151	56 162	86 713
* Bundessteuern	1 000 DM	108 701	100 046	89 541	82 907	83 451	96 014	86 489	87 812	79 245
* Zölle	1 000 DM	7 806	6 949	4 861	5 074	4 751	7 341	6 014	6 289	8 816
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	93 404	83 209	76 450	71 190	64 347	74 849	73 317	72 768	53 602
* Landessteuern	1 000 DM	44 597	49 828	40 080	61 898	39 791	39 659	46 487	61 412	40 771
* Vermögensteuer	1 000 DM	9 969	12 766	1 869	27 439	2 339	3 045	3 786	26 560	3 146
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	24 155	25 607	27 531	23 507	24 530	22 481	30 740	23 760	23 620
* Biersteuer	1 000 DM	5 904	6 294	7 485	7 419	7 867	6 811	6 141	6 826	7 567
* Gemeindesteuern ⁸⁾	1 000 DM	281 926	328 243	.	.	342 753	327 775	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 552	8 608	.	.	11 919	8 975	.	.	.
* Grundsteuer B ⁹⁾	1 000 DM	34 377	37 647	.	.	47 975	40 164	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	198 901	237 996	.	.	237 930	232 043	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	16 389	19 219	.	.	20 672	20 271	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	391 359	424 982	366 222	372 640	441 954	479 735	382 340	411 724	507 450
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 914	190 160	134 285	182 317	255 300	252 972	137 898	217 383	286 449
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	120 015	119 869	105 597	103 027	102 882	130 577	117 857	106 523	137 830
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	36 799	4 389	321	172	40 096	6	3 926
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	288 219	343 212	293 395	322 142	373 797	382 107	325 024	358 529	417 805
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	149 897	189 374	133 375	181 741	255 300	252 972	133 742	215 955	286 449
* Anteil an den Steuern v. Umsatz ¹⁰⁾	1 000 DM	80 995	89 104	83 141	74 114	78 385	89 304	104 699	81 156	86 659
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	12 730	14 907	36 799	4 389	321	172	40 096	6	3 926
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	328 353	390 518	.	.	385 481	381 176	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ¹¹⁾	1 000 DM	122 457	148 511	.	.	155 184	143 775	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	122 871	151 759	.	.	125 473	141 669	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Finanzierungs-AG, Mainz, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie die Postscheck- und Postsparkassenämter. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen; ab 1974 einschl. steuerähnliche Einnahmen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	312	344	353
* Männliche Arbeiter	DM	341	375	385
* Facharbeiter	DM	364	397	406
Angelernte Arbeiter	DM	329	364	374
Hilfsarbeiter	DM	287	317	329
* Weibliche Arbeiter	DM	208	228	233
* Hilfsarbeiter	DM	197	215	219
Bruttostundenverdienste	DM	7,15	7,96	8,12
* Männliche Arbeiter	DM	7,64	8,50	8,67
* Facharbeiter	DM	8,15	8,98	9,14
Angelernte Arbeiter	DM	7,37	8,25	8,42
Hilfsarbeiter	DM	6,38	7,23	7,41
* Weibliche Arbeiter	DM	5,18	5,75	5,83
* Hilfsarbeiter	DM	4,87	5,41	5,46
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,6	43,0	43,5
Männliche Arbeiter	Std.	44,5	44,1	44,4
Weibliche Arbeiter	Std.	40,1	39,4	39,9
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 680	1 971	1 998
* männlich	DM	1 517	1 744	1 764
* weiblich	DM	1 824	2 105	2 125
Technische Angestellte	DM	1 187	1 345	1 366
* männlich	DM	1 932	2 223	2 258
* weiblich	DM	1 989	2 271	2 308
im Handel, Kredit und Versicherungen	DM	1 358	1 510	1 527
Kaufmännische Angestellte	DM	1 157	1 341	1 340
* männlich	DM	1 150	1 319	1 316
* weiblich	DM	1 504	1 711	1 713
in Industrie und Handel zusammen	DM	915	1 021	1 017
Kaufmännische Angestellte	DM	1 433	1 674	1 685
* männlich	DM	1 301	1 481	1 485
* weiblich	DM	1 657	1 880	1 889
Technische Angestellte	DM	1 013	1 131	1 134
* männlich	DM	1 910	2 191	2 233
* weiblich	DM	1 968	2 239	2 283
Öffentliche Sozialleistungen	DM	1 331	1 482	1 511
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)										
Pflichtmitglieder	1 000	1 122	1 111	1 108	1 118	1 121	1 112	1 108	1 108	...
Rentner	1 000	676	677	673	683	686	670	665	664	...
Krankenstand der Pflichtmitglieder	1 000	366	370	371	371	372	377	378	379	...
Männer	%	4,9	5,6	4,9	5,6	5,4	5,2	4,7	4,9	...
Frauen	%	5,0	5,7	5,1	5,7	5,5	5,4	4,9	5,0	...
	%	4,6	5,3	4,6	5,3	5,2	5,1	4,5	4,7	...
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	394 570	409 369	413 086	412 648	411 577	416 220	416 515	421 052	423 959
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	130 911	150 244	159 961	160 059	159 132	160 986	178 967	182 120	183 859
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 794	9 176	6 203	6 201	6 211	18 629	19 121	19 618	21 024
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 748	8 155	5 269	5 245	5 252	16 477	16 812	17 129	18 373
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	153	149	.	.	149	146	.	.	146
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	38 326	40 965	41 401	40 760	40 828	45 247	45 053	45 687	47 352

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkassen, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung. - 3) Einschl. Nachzahlungen nach dem 15. Renten Anpassungsgesetz.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 672	61 979	61 967	62 004	62 046	47 437	31 642	34 762	42 458
Eheschließungen 1)	Anzahl	34 594	32 879 ^p	42 089 ^p	36 301 ^p	44 715 ^p	56 857 ^p	50 194 ^p	56 764 ^p	53 298 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	58 435	52 970 ^p	54 301 ^p	56 115 ^p	53 782 ^p	61 274 ^p	54 976 ^p	58 716 ^p	56 590 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 939	60 919 ^p	57 167 ^p	58 828 ^p	58 359 ^p	61 274 ^p	54 976 ^p	58 716 ^p	56 590 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 2 504	- 7 950 ^p	- 2 866 ^p	- 2 713 ^p	- 4 577 ^p	- 4 417 ^p	- 4 782 ^p	- 1 952 ^p	- 3 292 ^p
Arbeitslose	1 000	246	273	201	217	222	457	451	491	527
Männer	1 000	141	150	100	111	111	239	233	255	273
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 028	20 452	20 436	22 334
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	292	290	278	283	283	318	286	328	305
Milcherzeugung	1 000 t	1 791	1 772	2 017	1 937	1 816	2 191	2 035	1 946	1 793
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 340	8 368	8 353	8 379	8 417	8 190	8 162	8 161	8 148
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	934	929	904	865	903	923	812	850	807
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	49 668	55 578	54 921	52 135	53 548	65 791	60 454	63 203	58 100
Auslandsumsatz	Mill. DM	9 950	11 936	11 596	10 894	10 946	15 947	14 798	15 251	13 657
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1962 = 100	166	179	188	159	158	185	195	161	154 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1962 = 100	167	180	188	159	158	186	196	162	155 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1962 = 100	164	177	187	156	156	183	194	159	152 ^p
Energiewirtschaft	1962 = 100	232	256	222	211	212	253	246	224	223 ^p
Bergbau	1962 = 100	94	94	89	83	85	94	93	86	85 ^p
Verarbeitende Industrie	1962 = 100	169	182	194	161	161	189	201	164	157 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1962 = 100	191	212	224	204	205	224	231	210	201 ^p
Investitionsgüterindustrien	1962 = 100	162	177	192	146	141	184	201	149	139 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1962 = 100	163	167	173	137	143	168	176	137	131 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1962 = 100	148	153	159	144	144	155	166	143	144 ^p
Bauhauptgewerbe	1962 = 100	152	150	181	154	151	159	174	138	133 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 539	8 112	7 165	7 498	8 159	8 119	6 747	8 383	7 500
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 201	9 888	9 615	9 447	9 371	10 161	9 486	10 191	10 020
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	2 667	3 069	2 887	3 249	3 190	3 403	3 154	3 545	3 469
Stahlrohblöcken	1 000 t	3 596	4 127	3 788	4 287	4 264	4 506	4 125	4 614	4 515
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	2 599	3 059	2 821	2 993	3 307	3 501	2 932	3 535	3 357
Stromerzeugung	Mill. kWh	22 898	24 916	21 240	26 151	22 098	25 208	22 552	23 531	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 682	3 933	7 004	7 256	7 316	4 040	3 714	3 732	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 533	1 508	1 552	1 558	1 551	1 366	1 360	1 359	1 352
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	210	196	219	210	212	193	172	180	168
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 170	6 445	6 388	6 708	6 590	5 673	5 601	6 352	6 131
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	64 053	54 841	61 274	65 887	62 152	42 044	35 907	40 894	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	122 ^z	131 ^z	127	120	121	140	125	139	...
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	112 ^z	128	125	123	128	149	135	149	142 ^p
Gastgewerbe										
Umsatz	1962 = 100	148	166	177	184	182	188	180	189	191
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	10 010	12 120	12 024	11 581	10 801	16 077	14 335	15 951	15 055
Ausfuhr	Mill. DM	11 333	14 873	13 640	14 512	14 020	20 958	16 845	20 400	18 210
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	1 323	2 753	1 616	2 931	3 219	4 881	2 510	4 449	3 155

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mütter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Umgerechnet auf den Heizwert von 4 300 Kcal / Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1972	1973				1974			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	93	98	92	96	96	103	97	106	...
Binnenschifffahrt	1970 = 100	95	102	110	106	108	113	108
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	97	108	109	106	104	127	123
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	103	103	107	104	97	96	103	100	...
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	104	107	103	87	92	111	103
Geld und Kredit (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
	Mill. DM	45 767	47 429	46 227	46 410	46 556	48 242	48 392	50 140	50 427 ^P
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	681 676	756 976	717 912	719 292	723 915	768 835	778 622 ^r	782 597	787 085 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	569 672	631 587	602 031	602 861	607 318	640 583	650 492 ^r	651 428	654 371 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	112 004	125 389	115 881	116 431	116 597	128 252	128 130 ^r	131 169	132 714 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	565 845	634 201	588 281	589 709	592 537	638 769	639 698 ^r	637 419	638 982 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	261 673	280 486	261 952	260 387	259 590	283 675	284 612	284 891	286 228 ^P
Index der Aktienkurse	31.12.65 = 100	150,5	144,7	146,6	137,9	135,7	122,2	117,5	111,9	112,5
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	79,4	70,8	67,9	67,3	67,2	62,6	62,4	62,4	62,4
Steuern										
Steuern vom Einkommen										
Lohnsteuer	Mill. DM	7 133	8 385	11 984	6 756	6 270	5 635	12 988	6 823	7 851
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 095	5 105	4 634	5 406	5 021	5 284	5 604	5 876	6 320
Umsatzsteuer	Mill. DM	3 915	4 152	4 144	4 069	4 575	4 967	4 487	4 075	4 841
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 846	2 938	2 841	2 863	2 668	2 652	2 863	2 558	2 448
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)										
	1961/63 = 100	118,7	118,8	122,3	120,6	118,6	114,0	113,2	111,1 ^P	111,3 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)										
	1962/63 = 100	127,3	139,8	138,2	140,0	138,0 ^r	142,6	143,2	143,1	143,9
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)										
	1970 = 100	107,0	114,1	113,8	114,8	115,1	129,1	129,3	130,8	131,3
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	174,3	187,1	.	.	189,9	202,2	.	.	203,6
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	126,7	130,9	.	.	132,1	144,6	.	.	145,5
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte										
	1970 = 100	111,1	118,8	119,0	119,3	119,3	126,7	127,2	127,5	127,7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	109,7	118,0	119,9	119,3	118,1	124,3	124,8	124,1	123,4
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	112,3	120,7	120,5	120,8	121,3	129,0	129,3	129,8	130,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	112,5	119,2	119,0	119,4	119,8	124,7	125,0	125,5	125,8
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	110,1	128,2	122,9	126,1	125,7	144,8	144,8	147,0	148,5
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	109,7	114,3	114,4	113,5	113,3	122,0	122,8	122,7	123,1
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung										
	1970 = 100	114,0	122,6	122,0	124,5	124,6	134,5	135,4	138,2	138,1
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	113,8	121,6	121,4	122,0	122,8	130,6	131,3	132,6	133,6
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	108,1	113,7	113,4	113,6	114,3	122,6	123,1	123,6	124,3
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	111,9	117,8	116,0	118,1	120,6	123,6	123,5	123,5	126,1
Preisindex für die Lebenshaltung der 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen										
	1970 = 100	110,7	118,2	118,3	118,7	118,7	125,8	126,3	126,7	126,8
Löhne in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	116,9	129,1	.	132,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	120,5	134,1	.	137,9
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	120,6	133,2	.	136,2
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	122,0	135,7	.	139,3
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	97,0	.	97,3
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,7	98,8	.	99,0

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baubeneleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnl.).

Kommunale Steuereinnahmen im 1. Halbjahr 1974 um 7,8% gestiegen

Im ersten Halbjahr 1974 leisteten die Kassen der Gemeinden und Gemeindeverbände ordentliche und außerordentliche Haushaltsausgaben in Höhe von 3 435 Mill. DM. Schwerpunkte bildeten die Personalausgaben mit 683 Mill. DM und die Ausgaben für Baumaßnahmen mit 649 Mill. DM. Von diesem Investitionsvolumen entfielen 153 Mill. DM auf den Straßenbau, 135 Mill. DM auf den Schulbau und 115 Mill. DM auf den Bereich Abwasserbeseitigung.

Da sich die ordentlichen und außerordentlichen Haupteinnahmen nur auf 3 229 Mill. DM beliefen, entstand im ersten Halbjahr ein kassenmäßiges Defizit von 206 Mill. DM. Wichtigste Einnahmequellen waren die Steuern mit 775 Mill. DM sowie die allgemeinen Zuweisungen und die Zuweisungen für laufende Zwecke, die 354 Mill. DM erbrachten. Ferner wurden Kredite in Höhe von 255 Mill. DM aufgenommen.

Gegenüber dem ersten Halbjahr 1973 stiegen die Steuereinnahmen um 7,8%. Die Entwicklung der einzelnen Steuerarten verlief stark differenziert. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer erbrachte 303 Mill. DM (+ 12,1%). Die höchste Zuwachsrate erreichte die Lohnsummensteuer (+ 16,8%). Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage verblieben den Gemeinden Einnahmen aus der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital in Höhe von 289 Mill. DM (+ 5,5%). Das Grundsteueraufkommen war mit 84 Mill. DM nur wenig höher als im Vorjahr (+ 1,1%); die nach der Grundsteuerreform erwarteten Mehreinnahmen sind also bisher ausgeblieben. Allerdings ist die Ermittlung der neuen Meßbeträge noch nicht abgeschlossen; außerdem war von vornherein damit gerechnet worden, daß die Mehreinnahmen in Rheinland-Pfalz strukturell bedingt unter der geschätzten bundesdurchschnittlichen Zuwachsrate von + 25% liegen würden. Eine Folge der nachlassenden Bautätigkeit ist die beträchtliche Mindereinnahme bei der Grunderwerbsteuer. Das Aufkommen ging um 18,7% auf 37 Mill. DM zurück.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände erreichten Ende Juni einen Stand von 5 458 Mill. DM; davon entfielen 5 169 Mill. DM auf Schulden aus Kreditmarktmitteln und öffentlichen Sondermitteln. Die Inanspruchnahme des Kapitalmarkts (Nettokreditaufnahme) war im ersten Halbjahr 1974 mit 89 Mill. DM erheblich niedriger als in der ersten Hälfte des Vorjahres. ly

Realsteuerhebesätze 1973 weiter erhöht

Das Realsteueristaufkommen stieg 1973 um 17,5% auf 1 214 Mill. DM. Dieser Zuwachs ergab sich aus der anhaltend günstigen Entwicklung der Steuerbemessungsgrundlagen und der weiteren Anspannung der Realsteuerhebesätze. Die Grundbeträge, in denen sich neben den ökonomischen auch zahlungstechnische Faktoren niederschlagen, nahmen durchschnittlich um 14,6% zu, jedoch verlief die Entwicklung bei den einzelnen Steuerarten recht unterschiedlich. Während bei der Grundsteuer A (landwirtschaftliches Vermögen) erneut ein Rückgang zu verzeichnen war (— 1,7%), erhöhten sich die Grundbeträge bei der Grundsteuer B (Wohn- und Geschäftsgrundstücke) um 5,4%. Die höchste Zuwachsrate ergab sich bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (+ 17,4%), hauptsächlich bedingt durch hohe Abschlußzah-

lungen für die Veranlagungszeiträume 1970 und 1971 und die Anpassung der Vorauszahlungen. Die Grundbeträge der Lohnsummensteuer nahmen, entsprechend dem Wachstum der Nominealeinkommen, um 14,4% zu. Die Lohnsummensteuer wurde 1973 von 425 Gemeinden erhoben.

Die Anspannung der Realsteuerhebesätze wurde bei allen Steuerarten weiter verschärft. Bei der Grundsteuer A stieg der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz um 6 Punkte auf 240%, bei der Grundsteuer B um 10 Punkte auf 264%. Nach der starken Zunahme im Vorjahr war der Anstieg des Durchschnittshebesatzes der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital um 6 Punkte auf 316% etwas schwächer, gemessen an der Hebesatzentwicklung früherer Jahre aber immer noch beträchtlich. Der Durchschnittshebesatz der Lohnsummensteuer erhöhte sich um 12 Punkte auf 504%.

Eine geeignete Grundlage zum Vergleich der Steuerkraft einzelner Gemeinden liefert die Realsteueraufbringungskraft, die den Einfluß der von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Hebesätze ausschaltet. Bei einem Landesdurchschnitt von 308 DM je Einwohner erreichte die Realsteueraufbringungskraft in der Stadt Ludwigshafen mit 960 DM je Einwohner den höchsten Wert. Es folgen Ingelheim am Rhein (701 DM), Bingen (629 DM), Andernach (536 DM) und Mainz (501 DM je Einwohner). ly

Anhaltend kräftige Zunahme des Lohnsteueraufkommens im 3. Quartal 1974

Die Entwicklung der Steuereinnahmen verlief im dritten Quartal 1974 etwas günstiger als in der ersten Hälfte des Jahres. Insgesamt erreichte das Aufkommen an staatlichen Steuern in den Monaten Januar bis September 6 924 Mill. DM (+ 6,7%). Eine überdurchschnittliche Zunahme verzeichneten die Steuern vom Einkommen. Ausschlaggebend hierfür war die Lohnsteuer, deren Aufkommen sich um 16,2% auf 2 493 Mill. DM erhöhte. Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer blieben mit 875 Mill. DM nahezu unverändert. Der in der ersten Hälfte des Jahres zu beobachtende Rückgang der Körperschaftsteuer setzte sich zunächst nicht fort, so daß das Aufkommen in den ersten drei Quartalen mit 469 Mill. DM nur geringfügig unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums lag. Ebenfalls über dem Durchschnitt lag die Zuwachsrate bei den Steuern vom Umsatz. Während die Umsatzsteuer mit einem Aufkommen von 1 211 Mill. DM weiterhin stagnierte, stieg die Einfuhrumsatzsteuer um 38,6% auf 545 Mill. DM.

Die rückläufige Entwicklung bei den Bundessteuern hielt an, obwohl sich in den letzten Monaten eine leichte Besserung abzeichnete. Insgesamt verringerten sich die Einnahmen in den ersten drei Quartalen um 6,3% auf 808 Mill. DM. Deutlich höhere Zahlungseingänge als im Vorjahr waren nur beim Branntweinmonopol und bei der Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verzeichnen. Das Aufkommen an reinen Landessteuern nahm im dritten Vierteljahr wieder zu, so daß sich für die ersten drei Quartale nur noch ein geringfügiger Rückgang um 1,5% auf 427 Mill. DM ergab. Die Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer waren mit 237 Mill. DM (+ 1,6%) etwas höher als im Vorjahr, obwohl die Zahl der neuzugelassenen Kraftfahrzeuge deutlich abgenommen hat. ly

Neues Rekordergebnis im Wohnungsbau 1973

In Rheinland-Pfalz wurden 1973 insgesamt 38 356 Wohnungen fertiggestellt gegenüber 33 572 im Vorjahr. Das bisherige Rekordergebnis des Jahres 1972 wurde um nicht weniger als 14% übertroffen. Ende 1973 konnte ein nahezu ebenso hoher Bauüberhang ausgewiesen werden wie ein Jahr zuvor, doch deuten die um 21% geringeren Fertigstellungen im ersten Halbjahr 1974 auf eine verminderte Produktion hin, die 1974 insgesamt voraussichtlich 33 000 Wohnungen ausmachen dürfte.

Unter den 1973 fertiggestellten 16 200 neuen Wohngebäuden befinden sich knapp neun Zehntel Ein- und Zweifamilienhäuser, während sich für Mehrfamilienhäuser nur ein Anteil von 11% ergibt. Die Anzahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern erreichte jedoch mit 17 700 erstmals fast die gleiche Höhe wie bei Ein- und Zweifamilienhäusern. Hingegen liegen nur zwei Fünftel aller Räume in Mehrfamilienhäusern. Während sich die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung geringfügig um 0,2 qm auf 92,0 qm erhöhte, blieb die durchschnittliche Zahl der Räume je Wohnung mit 4,5 unverändert. Über Zentralheizung und Bad verfügen schon 97% aller Wohnneubauten gegenüber 95% im Vorjahr. Die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung stiegen um 9,5% auf 76 830 DM.

Eine Aufgliederung der Fertigstellungen im Wohnneubau nach Bauherrengruppen zeigt erneut die dominierende Stellung der privaten Haushalte, deren Anteil knapp zwei Drittel beträgt und gegenüber 1972 unverändert blieb. Auch die Quoten, welche bei einer Unterteilung der privaten Haushalte auf selbständige Berufstätige, Beamte und Angestellte (jeweils ein Drittel) sowie Arbeiter (knapp ein Viertel) entfallen, haben sich kaum verändert.

7,1% aller Wohnneubauten wurden in Fertigteilbauweise errichtet gegenüber 5,1% im Vorjahr; im Nichtwohnbau erhöhte sich der Anteil von 6,9 auf 8,4%.

Am Jahresende 1973 belief sich der gesamte Wohnungsbestand in Rheinland-Pfalz auf 1 317 000 Einheiten. Zu diesem Zeitpunkt entfiel durchschnittlich eine Wohnung auf 2,8 Personen, wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 280

Rheinland-Pfalz in der Wohnungsversorgung mit an der Spitze

Im Durchschnitt hat eine Wohnung in Rheinland-Pfalz 4,5 Räume. Damit liegt das Land zusammen mit Niedersachsen unter den Bundesländern an erster Stelle (Bund: 4,2 Räume). Auch bei anderen aus der 1%-Wohnungsstichprobe 1972 gewonnenen Erkenntnissen schneidet das Land im Ländervergleich hinsichtlich einzelner Kriterien in der Wohnungsversorgung gut ab. In der Belegung der Wohnungen mit Personen (3,0; Bund 2,8) rangiert Rheinland-Pfalz zusammen mit drei anderen Bundesländern ebenfalls auf Platz 1. Ziffer 2 in der Länderskala ergibt sich für die Durchschnittswerte Fläche je Wohnung (79 qm) und Fläche je Person (26,8 qm). Vergleichsweise belaufen sich hier die Bundeswerte auf 75 bzw. 26,4 qm. Dem Bundesergebnis entsprechen die Merkmale Räume je Person und Personen je Raum mit Werten von 1,5 bzw. 0,7. Knapp unter dem Bundeswert liegt die durchschnittliche Raumgröße mit 17,6 qm (Bund 17,9 qm). hw

In jeder dritten Küche ein Elektroherd

Nahezu in jeder dritten rheinland-pfälzischen Küche wird ausschließlich auf einem Elektroherd gekocht, hingegen nur in jeder siebten auf einem Gasherd. 1972 gab es in einem knappen Viertel der insgesamt im Land vorhandenen 1,187 Mill. bewohnten Wohnungen sowohl einen Elektro- als auch Kohlenherd, während in jeder achten Küche die Kombination Gas- und Kohlenherd anzutreffen war.

Recht beachtliche Unterschiede zeigen sich in der Küchenausstattung der verschiedenen Wohnungsarten. So waren in Mietwohnungen Elektro- und Gasherde (36 bzw. 18%) öfter installiert als in Eigentümerwohnungen (28 bzw. 12%), in denen neben dem Elektroherd aber doppelt so oft wie in den Mietwohnungen noch ein Kohlenherd zur Verfügung stand (32 bzw. 16%).

In welchem Ausmaß die Küchenausstattung von dem Baualter der Gebäude abhängt, zeigt die Tatsache, daß in den bis 1918 errichteten Wohnungen Elektroherde relativ selten vertreten sind (18%), mit ansteigender Baualtersgruppe aber eine stetige Zunahme zu verzeichnen ist (1969 und später erbaut: 85%). Entsprechend umgekehrt nimmt der Anteil der kohlbeheizten Küchenherde ab. hw

Über die Hälfte der Wohnungen vom Heizöl abhängig

Von den im April 1972 bei der 1%-Wohnungsstichprobe durch Hochrechnung ermittelten 1,2 Mill. bewohnten Wohnungen in Rheinland-Pfalz wurde ein gutes Drittel (36%) über eine Sammelheizung mit Wärme versorgt. In den übrigen Wohnungen waren traditionelle Ofenheizung bzw. Mehrraumöfen anzutreffen. Annähernd 3% der Wohnungen hatten Anschluß an ein Fernheizungssystem. Die dominierenden Sammelheizungsarten bildeten Etagen- und Zentralheizung, die in mehr als drei Vierteln der Fälle von Öl gespeist wurden. Demgegenüber erreichten die Energieträger Gas (12%), Kohle (8%) und Strom (4%) eine wesentlich geringere Bedeutung.

Auch in den Wohnungen mit nur einer Energieart für Ofenheizung bzw. Mehrraumöfen wurde überwiegend Öl benötigt (38%), wohingegen es Kohle (einschließlich Koks und Briketts) auf 31% brachte. Damit sind von den 1,2 Mill. bewohnten Wohnungen rund 612 000 (51%) unmittelbar vom Heizöl abhängig, mittelbar weitere 13%, bei denen außer mit Öl auch noch mit Kohle, Gas oder Strom geheizt werden kann. Insgesamt wurden Wohnungen ohne Sammelheizung zu 81% mit nur einer Energieart beheizt, 17% mit zwei und 2% mit drei oder vier Arten.

Hinsichtlich der Wohnverhältnisse zeigen sich in der Art der Beheizung Abweichungen zwischen Miet- und Eigentümerwohnungen. Letztere verfügen öfter über eine Sammelheizung als Mietwohnungen (39 bzw. 34%) und beheizen diese stärker mit Kohle (10 bzw. 5%) sowie Strom (5 bzw. 2%). Keine grundlegenden Unterschiede zeigen sich bei den ofenbeheizten Wohnungen.

In den vor 1949 errichteten Wohnungen mit Küche ist eine Sammelheizung nur in jeder fünften Wohnung anzutreffen. Mit jüngerem Baualter nimmt dieser Wert erheblich zu. So lag er für den Fertigstellungszeitraum 1949 bis 1964 bei 43%, für 1965 und später errichtete Wohnungen sogar bei 86%. Ähnlich sieht es in den drei Baualtersgruppen mit ölbeheizten Geräten und Elektroheizung aus, umgekehrt hinsichtlich der Beheizung mit Kohle sowohl bei Sammelheizung als auch bei Einzelöfen (Anteilsraten zwischen 2 und 12 bzw. 2 und 34%). hw

In Kürze erscheint in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz

Band 233

PENDELWANDERUNG UND ARBEITSZENTREN IN RHEINLAND-PFALZ 1970

Umfang 622 Seiten, DIN A 4, Karton, Preis DM 22,50

Diese Veröffentlichung enthält, größtenteils bis auf Gemeindeebene, alle verfügbaren Ergebnisse zur Pendlerstatistik, wie sie im Rahmen der Volks- und Berufszählung 1970 anfielen. Pendlerzentren und Verflechtungsgrad der Gemeinden, Pendlerräume und Einzugsbereiche der Einpendlerzentren sowie die demographische und soziale Struktur der Pendler werden an Hand von zusammenfassenden Tabellen, Grafiken oder Kartogrammen dargestellt und textlich erläutert. Diese Darstellung beschränkt sich nicht auf die Berufspendler, sondern schließt auch die Ausbildungspendler ein. Breiter Raum ist der durch die Pendlerströme bewirkten Verkehrsbelastung gewidmet.

Der umfangreiche Tabellenteil umfaßt alle Tabellen des Kernprogramms aus dem Sachgebiet IV der Volks- und Berufszählung 1970.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz; Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,— Jahresabonnement DM 20,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (02603) * 711. Telex 869 007 la ems, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.